PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Ochsenhorn 6 – Auflage: 53 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621 / 36 014. Ständiger Ausschuß des ZK des KBW, Tel. 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36,– DM, In- und Ausland. Abonnement-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Kühl KG, Volksbank Mannheim, KtoNr. 57 34 18 oder: PschA Karlsruhe, KtoNr. 171 453-759 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 21.1.1975 fertiggestellt.

23. Januar 1975 Jg. 3 Nr. 3 50 Pfennig

Am 27.1.1973 mussten die US-Imperialisten das Pariser Vietnam-Abkommen unterzeichnen:

Volle Solidarität mit dem vietnamesischen Volk bei der Durchsetzung des Abkommens



Wie überall in der Welt in jenen Tagen demonstrierten am 14.1.1973 27 000 in Bonn für die Durchsetzung des Pariser Vietnam-Abkommens.

Pariser Vietnam-Abkommens.

In Worten hat sich der US-Imperialismus mit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens geschlagen gegeben: Er mußte in diesem Abkommen unterschreiben, daß er sein militärisches Engagement in Vietnam aufgebe, daß er sich nicht länger in die inneren Angelegenheiten Vietnams einmische, daß er seine Militärstützpunkte aufgebe und vernichte, daß er seine Truppen und seine 'Berater' abziehe, daß die politischen Gefangenen freigelassen werden, daß er kein zusätzliches Waffenmaterial an das Thieu-Regime liefere, kurz: er mußte das Selbstbestimmungsrecht und die Einheit des vietnamesischen Volkes anerkennen, das er jahrzehntelang mit Füßen getreten hatte. Eher hatte er das vietnamesische Volk vernichten wollen als dessen Selbstbestimmungsrecht anzuerkennen. Aber das kämpfende vietnamesische Volk hat den mächtigen US-Imperialismus schließlich zur Anerkennung dieses Rechtes gezwungen, wenn auch zunächst nur in Worten.

Der US-Imperialismus konnte seinen Statthalter Thieu in Saigon an der Macht halten. Er konnte unter Verletzung des Abkommens über 20 000 Berater in Vietnam zurücklassen oder neu einschleusen, er konnte zusätzliche Waffen an das Marionettenregime liefern, es ermutigen, die politischen Gefangenen nicht frei zu lassen und das Abkommen Buchstaben für Buchstaben und Tag für Tag zu verletzen. Seine Militärstützpunkte hat er nicht vernichtet, sondern dem Thieu-Regime übergeben. Das Thieu-Regime hat diese Stützpunkte benützt, um Angriffe auf die befreiten Gebiete durchzuführen.

Das Thieu-Regime und der US-Imperialismus, der es von seiner Botschaft aus lenkt, haben in den beiden letzten Jahren gezeigt, was ihre Unterschrift unter einem Friedensabkommen wert ist: nichts. Damit haben sie aber auch erreicht, daß die Front des Volkes gegen ihre Aggressions- und ihre Unterdrückungsmaßnahmen heute noch breiter ist als vor zwei Jahren, daß heute alle ausgebeuteten Klassen und Schichten Südvietnams wissen: das Friedensabkommen kann nur verwirklicht werden, wenn das Thieu-Regime gestürzt wird und die US-Imperialisten endgültig vertrieben werden. Diesem Zweck, die Saboteure des Friedensabkommens zu schlagen, dienen die laufenden militärischen Aktionen der Provisorischen Revolutionären Regierung. Sie verletzen das Abkommen nicht, sondern bekämpfen die Verletzer des Abkommens.

Warum versucht der US-Imperialismus mit allen Mitteln die Verwirklichung des Friedensabkommens zu verhindern? Er versucht den Frieden zu verhindern, weil er weiß, daß das vietnamesische Volk den Frieden nutzen wird, um eine neue, demokratische Gesellschaft aufzubauen und in dieser den Sozialismus. Das vietnamesische Volk hat nicht jahrzehntelang gegen den Kolonialismus, gegen den Imperialismus und gegen die einheimischen Marionetten gekämpft, um einen Frieden zu erhalten, in dem nach wie vor Ausbeutung und Unterdrückung herrscht. Seine Kraft hat das vietnamesische Volk daraus geschöpft, daß es die nationale Unabhängigkeit als unerläßliche Voraussetzung für eine neue Gesellschaft und schließlich für den Sozialismus braucht. Auf diesem Weg ist der Norden dem Süden vorangeschritten und der Süden hat seine Kraft aus den Erfolgen und Fortschritten des Nordens beim Aufbau einer neuen Gesellschaft geschöpft.

Der US-Imperialismus schreckt vor keinem Verbrechen gegen das vietnamesische Volk zurück, weil er weiß, dieses Volk ist entschlossen, sich vollständig zu befreien. Deshalb gibt der US-Imperialismus seine Aggression noch immer nicht auf und droht mit neuem offenen Eingreifen. Er fürchtet den Sozialismus, zu dem das vietnamesische Volk fortschreiten wird, wenn es die nationale Unabhängigkeit errungen haben wird. Daß das vietnamesische Volk diesen Weg erfolgreich verfolgen wird, zeigt der Norden, in dem mit dem Aufbau des Sozialismus begonnen wird, und zeigen die befreiten Gebiete, in denen eine neue demokratische Gesellschaft bereits im Aufbau ist.

Größer aber als der Haß der Imperialisten auf den Befreiungskampf und seine Ziele, ist die Entschlossenheit des vietnamesischen Volkes, diese Ziele seines Befreiungskampfes zu verwirklichen, Schritt für Schritt und Schlag für Schlag gegen den Imperialismus und seine Statthalter.

Das Abkommen von Paris war ein großer Schritt vorwärts für das vietnamesische Volk. Es muß aber erst noch verwirklicht werden. Es war ein schwerer Schlag gegen den US-Imperialismus. Er muß aber erst noch vollendet werden.

Dabei stehen wir voll und ganz auf der Seite des vietnamesischen Volkes.

Endgültige Beendigung jeglicher US-Einmischung in Vietnam !

Freilassung aller politischen Gefangenen!

Verwirklichung des Pariser Abkommens gegen das Thieu-Regime und den US-Imperialismus!

Anerkennung der Demokratischen Republik Vietnam und der Provisorischen Revolutionären Regierung durch die Bundesregierung!

Es lebe der Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes!

Mannheim, den 21. 1.75 — Ständiger Ausschuß des Zentralen Komitees

Der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) ruft für den zweiten Jahrestag des Pariser Abkommens, Montag, den 27.1.1975, – teilweise gemeinsam mit anderen Organisationen – in mehreren Städten zu Solidaritätsdemonstrationen mit dem Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes auf; so unter anderem in Köln, Bremen, Frankfurt, Mannheim, Göttingen, Heidelberg, Freiburg. In zahlreichen Städten wird der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) Kundgebungen und Veranstaltungen durchführen.



Gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Fremdherrschaft ...



... für Freiheit, Einheit und Unabhängigkeit kämpft das vietnamesische Volk seit Jahrzehnten. Das Abkommen ist ein wichtiger Sieg in diesem Kampf. Das Volk von Vietnam wird seine Verwirklichung erkämpfen.

Auswirkungen eines China-Besuchs

Der Besuch von Franz Josef Strauß in der Volksrepublik China hat hierzulande erfreuliche Auswirkungen. Strauß, der als Kommunistenfresser und offener Reaktionär klar gekennzeichnet ist, gibt sich froh und glücklich, daß er von einer revolutionären Macht überhaupt wahrgenommen wird. Das spiegelt eine Veränderung der Kräfteverhältnisse wider. Diese Änderung ist unerfreulich für alle Reaktionäre und erfreulich für alle Revolutionäre.

Der Kanzler Schmidt ließ sich vor Wochenfrist noch im 'Spiegel' und durch Rudolf Augstein als den kommenden Mann der Weltdiplomatie feiern. Inzwischen läßt er seinen Pressesprecher öffentlich nachdenken, welche besonderen Ehrungen für ihn, bedeutendes Diplomatenwunder, denn beim geplanten Chinabesuch noch möglich sind. Jetzt weiß man, daß der Pfau aus Hamburg in verletzter Eitelkeit zu jeder Dummheit fähig ist.

Franz Josef Strauß versucht, den Staatsmann herauszukehren. Boenisch von der 'Bildzeitung' schreibt ihm einen Leitartikel: "Mao tse Strauß". Strauß selber bezeichnet seinen Besuch als "ein historisches Ereignis von superdimensionalen Ausmaßen".

Sowohl der heimliche Häuptling der bürgerlichen Opposition als auch der Häuptling der bürgerlichen Regierung sind an den Klippen dieses Besuches gestrandet. Der eine wegen befriedigter Eitelkeit, der andere wegen verletzter Eitelkeit.

Heftige Auswirkungen auch unter den "Linken". Manche Leute haben erwartet, die Volksrepublik China würde dem reaktionären Christdemokraten Strauß die kalte Schulter zeigen und den reaktionären Sozialdemokraten Schmidt später richtig an die Brust nehmen. Um die Reformpolitik zu stärken oder so. Wer so denkt, erwartet von der Volksrepublik China etwas Merkwürdiges: Einen Hinweis, mit welcher Parteiströmung der Ausbeuter und Unterdrücker man sich in der BRD eher abfinden soll. Darauf wird man lange warten müssen. Das Ärgernis besteht darin, daß das westdeutsche Volk gegenwärtig noch von Ausbeutern und Unterdrückern nach außen vertreten wird. Und das kann bloß im eigenen Land abgestellt werden.

In unserem Lande ist die revolutionäre Bewegung schwach und manchmal kleinlich. Viele Menschen setzen ihre Hoffnung nicht auf den Sturz der Ausbeuterordnung, sondern auf mildere Herren. An der Verbreitung dieser Haltung hat die bürgerliche Klasse großes Interesse. Der Verbreitung dieser Ideologie hat die Einladung von Strauß durch die Volksrepublik China nicht genützt. Nicht erstaunlich, daß bürgerliche und kleinbürgerliche Ideologen darob aufheulen und überall versuchen, Verwirrung zu stiften.

–M.A.–

Aus dem Inhalt:

Flick verschiebt Daimler-Benz an Deutsche Bank

Den größten Teil ihrer Daimler-Benz-Aktien, nämlich 29 % verschacherte jetzt die Flick-Familie an die Deutsche Bank. Diese stellt jetzt damit nach Flick mit 57,5 % aller Daimler-Aktien den Hauptaktionär in diesem Betrieb.

Zwar hat dieses Geschäft großes Aufsehen erregt, aber weniger wegen seiner wirklichen Bedeutung, sondern mehr weil damit wieder einmal die Hetzerei gegen die ölproduzierenden Länder betrieben werden konnte, wie dies z. B. auch in Karrikaturen der Fall war, in denen bei einem Mercedes der Daimler-Stern durch ein Kamel ersetzt wurde. Für die Benz-Arbeiter, wie allgemein für die westdeutsche Arbeiterklasse, ist es jedenfalls keine wichtige Frage, welche Haarfarbe ihre Ausbeuter tragen, diese werden allemal ihr Feind bleiben. Ob Flick, die Deutsche Bank oder der Schah von Persien, aber auch gar nichts wird sich daran ändern, daß der eine Kapitalist so gut wie der andere eben Ausbeuter bleibt. Warum haben die Flickkapitalisten ihre Aktien an die Bankkapitalisten verkauft?

Einmal gibt es zwischen den verschiedenen Gliedern und Zweigen der Flick-Sippe, die alle am Vermögen des 1972 verstorbenen Großkapitalisten Friedrich Flick beteiligt sind, Konkurrenz und Streitigkeiten. "Die Interessengegensätze blockierten die Unternehmerpolitik", erklärte der Flick-Manager Brauchitsch im neuen 'Spiegel'. Daß es solche Interessengegensätze in einer Kapitalistenfamilie gibt, kann auch nicht wundern. Jedes Familienmitglied will hier sein eigener, selbständiger Kapitalist sein, den anderen über die Ohren schlagen und nach Möglichkeit ausbooten.

Marx beschreibt diesen Prozeß, der der Konzentration und Zentralisation des Kapitals entgegenwirkt, so: "Zugleich reißen sich Ableger von den Originalkapitalen los und funktionieren als neue selbständige Kapitale. Eine große Rolle spielt dabei unter anderem die Teilung des Vermögens in Kapitalistenfamilien." (Das Kapital, Band 1, S. 653)

Was aber haben die Familienstreitigkeiten der Sippschaft Flick mit dem Verkauf der Aktien zu tun? Die Flick-Sippe erhielt für diese Aktien einen Preis, der 10 % über dem lag, zu dem diese Aktien gegenwärtig an der Börse gehandelt werden. Einen solchen Aufschlag konnte sie aber nur erzielen, weil sie auf einen Schlag ein großes Aktienpaket verkaufte, das nicht bloß Dividenden abwirft, sondern den Käufer gleichzeitig zum Hauptaktionär und Befehlshaber über das Aktienunternehmen macht. Deshalb war wohl auch ein Teil der Flick-Sippe dafür, die Aktien jetzt zu verkaufen, bevor noch die Aktien unter die Familienmitglieder verteilt werden.

Um die Aktien aber zu verkaufen, mußte noch hinzukommen, daß die Flickkapitalisten selbst nicht mehr davon ausgehen, daß in der Auto-Branche noch allzuviel Gewinne zu machen seien und daß sie deswegen auch den Zeitpunkt für günstig halten, die Papiere abzustoßen.

Was aber werden sie mit den zwei Milliarden machen? Auszahlen wird es ihnen die Deutsche Bank so schnell nicht können und dafür wird sie den Flickkapitalisten einen bestimmten Einfluß auf die Deutsche Bank einräumen müssen. Die Flickkapitalisten ihrerseits haben auch kein Interesse, daß sie das Geld so schnell erhalten. Sie wollen erst, daß Gras über die Sache wächst, damit sie für diese Transaktion keine Steuern zahlen müssen. Dies geht dann, wenn diese Transaktion und die Geschäfte, die mit diesen zwei Milliarden getätigt werden, als "volkswirtschaftlich förderungswürdig" anerkannt werden. Für solche Geschäfte sieht der Paragraph 6b des Einkommenssteuerrechts Steuererleichterungen vor, woran man sieht, wie das Steuerrecht die Kapitalisten hinten und vorne begünstigt. "Volkswirtschaftlich förderungswürdig" ist hier z. B., wenn ein Kapitalist sein Geld aus einer Branche zieht, die pleite geht, um sie in Geschäfte zu stecken, die noch florieren. Dies gilt als "ökonomisch sinnvolle Anpassung der Wirtschaft an strukturelle Veränderungen produktionstechnischer, verteilungswirtschaftlicher und regionaler Art" (aus der Begründung für die Einführung des § 6b). Als "volkswirtschaftlich förderungswürdig" gilt auch, wenn die Flicks dieses Geld im Ausland investieren würden, weil diese Verlagerung der Ausbeutung ins Ausland als Entwicklungshilfe zählt. Schließlich hat diese Transaktion auch die Macht und den Einfluß der Deutschen Bank gestärkt, auch wenn Flick jetzt daran teil hat, denn sie hat sich eines der wichtigsten westdeutschen Industrieunternehmen unter den Nagel gerissen. Diese Zusammenballung von Bankwesen und Industrie charakterisiert aber gerade, das Finanzkapital.

Unternehmerpolitik", erklärte der Flick-Manager Brauchitsch im neuen 'Spiegel'. Daß es solche Interessengegensätze in einer Kapitalistenfamilie gibt, kann auch nicht wundern. Jedes Familienmitglied will hier sein eigener, selbständiger Kapitalist sein, den anderen über die Ohren schlagen und nach Möglichkeit ausbooten.
Marx beschreibt diesen Prozeß, der der Konzentration und Zentralisation des Kapitals entgegenwirkt, so: "Zugleich reißen sich Ableger von den Originalkapitalen los und funktionieren als neue selbständige Kapitale. Eine große Rolle spielt dabei unter anderem die Teilung des Vermögens in Kapitalistenfamilien." (Das Kapital, Band 1, S. 653)
Was aber haben die Familienstreitigkeiten der Sippschaft Flick mit dem Verkauf der Aktien zu tun? Die Flick-Sippe erhielt für diese Aktien einen Preis, der 10 % über dem lag, zu dem diese Aktien gegenwärtig an der Börse gehandelt werden. Einen solchen Aufschlag konnte sie aber nur erzielen, weil sie auf einen Schlag ein
wie das Steuerrecht die Kapitalisten hinten und vorne begünstigt. "Volkswirtschaftlich förderungswürdig" ist hier z. B., wenn ein Kapitalist sein Geld aus einer Branche zieht, die pleite geht, um sie in Geschäfte zu stecken, die noch florieren. Dies gilt als "ökonomisch sinnvolle Anpassung der Wirtschaft an strukturelle Veränderungen produktionstechnischer, verteilungswirtschaftlicher und regionaler Art" (aus der Begründung für die Einführung des § 6b). Als "volkswirtschaftlich förderungswürdig" gilt auch, wenn die Flicks dieses Geld im Ausland investieren würden, weil diese Verlagerung der Ausbeutung ins Ausland als Entwicklungshilfe zählt. Schließlich hat diese Transaktion auch die Macht und den Einfluß der Deutschen Bank gestärkt, auch wenn Flick jetzt daran teil hat, denn sie hat sich eines der wichtigsten westdeutschen Industrieunternehmen unter den Nagel gerissen. Diese Zusammenballung von Bankwesen und Industrie charakterisiert aber gerade, das Finanzkapital.

Gruppe Rote Fahne: Allzeit frontal

Was dabei herauskommt, wenn eine Organisation ihre Politik völlig den Wahlen zu einem bürgerlichen Parlament – hier in Rheinland-Pfalz – unterordnet, hat der Trierer KSV (Studentenverband der Gruppe Rote Fahne (KPD)) zum Ausdruck gebracht: *"Der revolutionäre Wahlkampf der Partei wird* nicht nur *unter der* Linie *geführt: wo kann man am meisten Stimmen* ergattern, *sondern wo sind die Bedingungen für den Aufbau von Parteiorganisationen am günstigsten, wo können Kampffronten eröffnet werden."* (Kommunistische Studentenpresse Trier 2/74). Diese Auffassung bestätigt nachdrücklich, daß die Gruppe Rote Fahne einen bürgerlichen Reklamefeldzug plant (vgl. KVZ 1/75 S. 2). Wer diese Planung gar rechtfertigen will, kommt noch mehr in Schwierigkeiten. Das zeigt sich am Artikel *"Die Wahlen in Rheinland-Pfalz aus der Zirkelperspektive"* (Rote Fahne 2/75). Zum Zeitpunkt seiner Veröffentlichung hat die Gruppe Rote Fahne einen Schritt zurückgemacht: eine eigene Kandidatur hat sie stillschweigend begraben. Stattdessen läßt sie jetzt eine *"Wählergemeinschaft kämpft mit der KPD"* kandidieren. Beim Versuch, zwei Schritt nach vorn zu machen, kommt sie ins Stolpern.

War in dem KVZ-Artikel der Inhalt ihres Wahlkampfes als bürgerlicher Reklamefeldzug charakterisiert und ihre Kandidatur als taktische Frage behandelt worden, so ist die Gruppe Rote Fahne jetzt derart in Verlegenheit gekommen, daß sie gleich **prinzipiell** antwortet: *"Das, was die revolutionären Pflichten und Aufgaben einer Kommunistischen Partei sind, hält der KBW für nicht begründbar: in* **jeder** Situation die Führung des Kampfes der Arbeiterklasse zu übernehmen, in **jeder** Situation – mit den richtigen Mitteln – die Bourgeoisie frontal anzugreifen – und sich nicht auf 'mangelnde Verankerung' zurückziehen." Eigentümlich ist es schon, den Eingriff in den Wahlkampf zu einem bürgerlichen Parlament, der u. a. auf 'der Linie des Stimmenergatterns' geführt wird. als frontalen Angriff auf die Bourgeoisie zu bezeichnen. Um diesen offenkundigen Unsinn zu rechtfertigen, stellt die Gruppe Rote Fahne ein – der kommunistischen Bewegung bislang unbekanntes – neues allgemeines strategisches Prinzip des Klassenkampfes auf: ungeachtet mangelnder Verankerung in **jeder** Situation die Bourgeoisie **frontal anzugreifen.** In jeder Armee der Welt wäre ein solcher Truppenführer, der in jeder Situation seine Truppen frontal gegen den Feind in den Angriff führte, entweder bald abgesetzt oder bald ohne Truppe, meist aber beides zusammen.

Über solche Strategien kann der jeweilige Feind, in unserem Fall die Bourgeoisie, nur glücklich sein. Die Gruppe Rote Fahne hingegen geht davon aus, daß sie als 'richtiges Mittel' eine Wunderwaffe braucht und hat: den Namen der Kommunistischen Partei, den sie usurpiert hat.

Abschließend muß noch festgestellt werden: der anonyme Verfasser des Artikels in der "Roten Fahne" hat meinen Artikel falsch datiert und ist einer Täuschung unterlegen: nicht von den Möglichkeiten einer Kommunistischen Partei war die Rede, sondern von den Möglichkeiten der Gruppe Rote Fahne. Das macht einen erheblichen Unterschied. –HJH–

Massive israelische Aggression im Libanon

Die Fedayin kämpfen erfolgreich

Seit der Nacht vom 11. zum 12. Januar finden ununterbrochen Angriffe auf das südlibanesische Arkub-Gebiet statt, das in der Nähe der zu Syrien gehörenden Golan-Höhen liegt. Panzer und andere motorisierte Einheiten der israelischen Armee drangen nach stundenlangem Artillerie-Beschuß immer wieder auf dieses Gebiet des Libanon vor. Zentrum ihrer Angriffe waren die Ortschaften Kfar Schuba, Kfar Hama, Rashaya, al-Foukhar, Hibariya und al-Majidiyah. In diesen Ortschaften sprengten sie Häuser, Verbindungsstraßen und Brücken. Bei allen ihren Aktionen stießen sie auf den Widerstand der libanesischen Bevölkerung und palästinensischer Fedayin-Einheiten. Die israelischen Truppen mußten hohe Verluste hinnehmen. Seit dem 17. Januar kämpfen die Fedayin unter einheitlichem Oberkommando. Die libanesische Armee, die noch im Mai 1973 Angriffe gegen palästinensische Flüchtlingslager ausführte und damit den Israelis in die Hände arbeitete, ist heute auf Grund des heldenhaften Widerstandes der libanesischen Bevölkerung gezwungen, gegen die israelische Armee in die Auseinandersetzung einzugreifen. In den von der Front zurückliegenden Ortschaften hat die Bevölkerung Demonstrationen durchgeführt und ein verstärktes Eingreifen der libanesischen Truppen gefordert.



Das Bild zeigt, wie die Bewohner des Ortes Kfar Schuba aus ihren von den Israelis zerstörten Häusern in einer Feuerpause ihr Eigentum zu retten versuchen. Der Ort, in dem 3 000 Menschen lebten, wurde bei Überfällen auf den Libanon von israelischen Truppen vollständig zerstört. Zur Abwehr der israelischen Angriffe auf den Südlibanon wurde der "Arabische Verteidigungsrat" der Arabischen Liga auf Antrag der libanesischen Regierung für den 5. Februar zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen. Die Verteidigungs- und Außenminister der 20 Mitgliedstaaten werden eine Beurteilung der Lage im Südlibanon vornehmen und koordinierte Aktionen gegen die israelische Aktion beraten.

Das Ziel der israelischen Überfälle auf den Libanon ist, den gesamten Südlibanon zu entvölkern. Der israelische Besatzerstaat will rundum ein Niemandsland schaffen. Nur als Festung noch kann sich dieser Kolonialistenstaat auf dem Boden halten, den er seinem rechtmäßigen Besitzer, dem palästinensischen Volk, entrissen hat.

Krankenkassen für Bauern teurer
"Jeden Monat ein Schwein für den Beitrag zur Landwirtschaftlichen Krankenkasse! Meine Eltern und ich als Familienmitglied bewirtschaften einen Hof von 20 Hektar. Mein Vater ist zu 35 % kriegsversehrt. Nach der neuen Verordnung haben wir nun Beiträge in Höhe von monatlich 240 DM zu entrichten. Bei den heutigen Erzeugerpreisen für landwirtschaftliche Produkte empfinde ich es als untragbar, diesen Beitrag weiter zahlen zu müssen." Das schrieb kürzlich ein Bauer im "Hessenbauer". Aus dem gleichen Grund trat die Vertreterversammlung der Landwirtschaftlichen Krankenkasse Ober- und Mittelfranken (Bayreuth) nach der zweiten Tariferhöhung 1974 zurück. Jetzt sind in den Landwirtschaftlichen Krankenkassen die Beiträge erneut um bis zu 20 % erhöht worden!
Erst seit 1972 sind die Landwirte in die gesetzliche Krankenversicherung einbezogen, vorher bekamen sie nur ein bescheidenes Altersgeld aus der Alterskasse und dem Versicherungsschutz durch die Unfallversicherung (Berufsgenossenschaft). Wenn also bei 10 bis 12 Stunden Arbeit täglich ohne Urlaub die bäuerlichen Familien krank wurden, hatten bis 1972 viele keinen Versicherungsschutz!
gen der Landwirtschaftlichen Krankenkasse müssen die Versicherten durch stetig steigende Beiträge bezahlen. Das Geld wird verbraucht für die wachsenden Arzthonorare (obwohl gerade auf dem Lande die ärztliche Versorgung schlecht ist) und für die Profite der Arzneihersteller (siehe KVZ 28/74).
Die hohen Beiträge drücken vor allem die Kleinbauern: Während in der Landwirtschaft die Durchschnittsein-
organe" der Kassen tätig sein. Diese Organe sind regional für Unfall-, Alters- und Krankenkasse zuständig. In der Landwirtschaftlichen Unfallversicherung besteht die Vertreterversammlung zu je einem Drittel aus Landarbeitern, Arbeitgebern (Großbauern) und Selbständigen ohne fremde Arbeitskräfte (Klein- und Mittelbauern). In der Landwirtschaftlichen Krankenkasse sind die Landarbeiter nicht vertreten, ihre Sitze in der Vertreterversammlung nehmen Bauern ein, die von staatlichen Stellen benannt werden. Die landwirtschaftlichen Kapitalisten (in der BRD 3 bis 6 % der Bauern) haben also neben ihrem Drittel an Stimmen in der Vertreterversammlung also meist noch weit mehr Stimmen. Denn sie haben mehr Beziehungen zu staatlichen Organen und haben mehr Zeit für ehrenamtliche Tätigkeit als die Kleinbauern, die vor lauter Überar-

Krankenkassen für Bauern teurer

"Jeden Monat ein Schwein für den Beitrag zur Landwirtschaftlichen Krankenkasse! Meine Eltern und ich als Familienmitglied bewirtschaften einen Hof von 20 Hektar. Mein Vater ist zu 35 % kriegsversehrt. Nach der neuen Verordnung haben wir nun Beiträge in Höhe von monatlich 240 DM zu entrichten. Bei den heutigen Erzeugerpreisen für landwirtschaftliche Produkte empfinde ich es als untragbar, diesen Beitrag weiter zahlen zu müssen." Das schrieb kürzlich ein Bauer im "Hessenbauer". Aus dem gleichen Grund trat die Vertreterversammlung der Landwirtschaftlichen Krankenkasse Ober- und Mittelfranken (Bayreuth) nach der zweiten Tariferhöhung 1974 zurück. Jetzt sind in den Landwirtschaftlichen Krankenkassen die Beiträge erneut um bis zu 20 % erhöht worden!

Erst seit 1972 sind die Landwirte in die gesetzliche Krankenversicherung einbezogen, vorher bekamen sie nur ein bescheidenes Altersgeld aus der Alterskasse und dem Versicherungsschutz durch die Unfallversicherung (Berufsgenossenschaft). Wenn also bei 10 bis 12 Stunden Arbeit täglich ohne Urlaub die bäuerlichen Familien krank wurden, hatten bis 1972 viele keinen Versicherungsschutz!

Die SPD/FDP-Regierung aber scheut sich nicht, eine solche Selbstverständlichkeit wie die gesetzliche Pflichtversicherung als Wahlschlager zu verkaufen. Minister Ertl will damit aber keineswegs die Lage der Kleinbauern bessern, sondern "der Anpassungsprozeß der deutschen Landwirtschaft an die veränderten Strukturen des Gemeinsamen Marktes soll durch sozialpolitische Maßnahmen erleichtert werden". Auf gut deutsch: Die Masse der Kleinbauern soll schneller aus der Landwirtschaft raus, um Flächen und Marktanteile an große Höfe abzugeben. Nur an diese vergibt die Regierung im Rahmen des Ertl-Plans noch Investitionsbeihilfen.

Das ganze "Förderungsprogramm" der Regierung bedeutet so für die Mehrheit der Kleinbauern ein "Hinausbeförderungsprogramm"! Die staatlichen Zuschüsse zum Altersgeld (294 DM pro Ehepaar) oder die Landabgaberente von 469 DM sollen die älteren Bauern zur frühzeitigen Abgabe der Landwirtschaft bewegen. Deshalb zahlt der Staat auch Zuschüsse dafür, daß abgewanderte Bauern nachträglich in die Rentenversicherung einbezogen werden.

Die Leistungen sind schlecht, die Beiträge steigen.

Die Leistungen der Landwirtschaftlichen Krankenkasse bei Krankheit, Mutterschaft usw. sind ebenso schlecht wie die der Krankenversicherungen der Lohnabhängigen. Es gibt aber eine Besonderheit: Damit beim Ausfall der Arbeitskraft eines kranken Bauern weiterhin das Vieh versorgt und die Feldfrüchte bestellt werden können, kann er bei über zweiwöchigem Krankenhausaufenthalt sich einen Betriebshelfer stellen lassen. Das gilt aber nur für 3 Monate, und wenn keine Familienangehörigen auf dem Hof mitarbeiten. Auch bei Kuren, Schwangerschaft usw. ist die Betriebshilfe nicht vorgeschrieben. Wird ein mithelfender Familienangehöriger krank, gibt es nur geringe Beihilfen. Die unzureichenden Leistungen der Landwirtschaftlichen Krankenkasse müssen die Versicherten durch stetig steigende Beiträge bezahlen. Das Geld wird verbraucht für die wachsenden Arzthonorare (obwohl gerade auf dem Lande die ärztliche Versorgung schlecht ist) und für die Profite der Arzneihersteller (siehe KVZ 28/74).

Die hohen Beiträge drücken vor allem die Kleinbauern: Während in der Landwirtschaft die Durchschnittseinkommen des unteren Viertels der Bauern zu denen des oberen Viertels sich wie 1:47 verhalten (Spiegel vom 14.10.74), brauchen die bäuerlichen Großverdiener in der Kasse nur das 2,5 fache der niedrigsten Beitragsklasse zu zahlen. Beispielsweise zahlen in Niedersachsen die Bauern mit dem niedrigsten Flächenwert des Hofes 80 DM je Mitglied, die mit dem höchsten Flächenwert 200 DM,

Die Versicherungen in die Hand der Versicherten!

All das ist möglich, weil der Staat durch die Reichsversicherungsordnung die wesentlichen Bestimmungen schon gesetzt hat. Nur in diesem Rahmen können die "Selbstverwaltungsorgane" der Kassen tätig sein. Diese Organe sind regional für Unfall-, Alters- und Krankenkasse zuständig. In der Landwirtschaftlichen Unfallversicherung besteht die Vertreterversammlung zu je einem Drittel aus Landarbeitern, Arbeitgebern (Großbauern) und Selbständigen ohne fremde Arbeitskräfte (Klein- und Mittelbauern). In der Landwirtschaftlichen Krankenkasse sind die Landarbeiter nicht vertreten, ihre Sitze in der Vertreterversammlung nehmen Bauern ein, die von staatlichen Stellen benannt werden. Die landwirtschaftlichen Kapitalisten (in der BRD 3 bis 6 % der Bauern) haben also neben ihrem Drittel an Stimmen in der Vertreterversammlung also meist noch weit mehr Stimmen. Denn sie haben mehr Beziehungen zu staatlichen Organen und haben mehr Zeit für ehrenamtliche Tätigkeit als die Kleinbauern, die vor lauter Überarbeit nicht vom Hof wegkönnen. So ist es kein Wunder, daß die großbäuerliche Führung des Bauernverbandes stets für diese "Selbstverwaltung auf berufsständischer Basis" eintritt!

Die Kleinbauern müssen auch hier gegen die kapitalistischen Großbauern vorgehen, die sie aus der Landwirtschaft verdrängen. Sie werden schon bald Lohnabhängige sein, deshalb müssen sie gemeinsam mit allen Lohnabhängigen in eine einheitliche Versicherung, die von den Versicherten selbstverwaltet wird, ohne staatliche Bevormundung. Diese Versicherung muß bei Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter und Mutterschaft sowie bei Arbeitslosigkeit vollständigen Schutz gewähren.

–E.N., OG Hildesheim–

Steuerreform: Einige haben sofort weniger

In mehreren früheren Ausgaben der Kommunistischen Volkszeitung haben wir nachgewiesen, daß die Steuerreform nur sehr kurzfristig Vorteile bringt. Durch Abgabeerhöhungen und staatliche Preiserhöhungen sind diese Nachlässe teils schon jetzt wieder vom Staat kassiert. Ein Teil der Lohnabhängigen bekommt jedoch durch die Steuerreform effektiv weniger Nettolohn raus, auch wenn man das Kindergeld anrechnet.

- Der Freibetrag für Diätkranke ist ab 1. Januar gestrichen.
- Eltern, deren Kinder Wehrdienst leisten, erhalten kein Kindergeld; die bisher geltenden Kindergeldfreibeträge aber fallen weg.
- Witwen, auch wenn sie Kinder haben, können nur noch im Todesjahr des Ehegatten die Verheiratenten-Steuerklasse nutzen.
- Sozialrentner mit Kindern bekommen das Kindergeld auf die Kinderzuschüsse angerechnet, die Kinderfreibeträge fallen weg.
- Ausländische Arbeiter erhalten nur geringeres Kindergeld, die Kinderfreibeträge fallen weg.
- Lohnabhängige über 50 Jahren bekommen die bisherigen Sonderfreibeträge gestrichen.
- Geschiedene und Alimentezahler bekommen keine Freibeträge mehr für die Aufwendungen für ihre Kinder.
- Eheleute, die beide berufstätig sind, müssen oft durch die Neufestsetzung der Steuerklasse IV mehr Steuerabzüge als bisher hinnehmen, die sie erst im Lohnsteuerjahresausgleich erstattet bekommen.

Bei der steuerlichen Schlechterstellung dieser verschiedenen Gruppen spekuliert der Kapitalistenstaat, der sich "Sozialstaat" nennt, darauf, daß jeder einzelne für sich zu schwach ist, sich gegen die besondere Schlechterstellung zu wehren.

Der kapitalistische Staat ist ganz vorn in der Preistreiberei

Die Bundesregierung stellt immer wieder die "geringste Preissteigerung der westlichen Industrieländer" heraus und versucht daraus eins ihrer wichtigsten Argumente für den Lohnverzicht zu machen. Wenn man diese Regierungssprecher oder den Kanzler hört, dann könnte man meinen, die Preise selbst seien gefallen, wo doch die Preise weiter steigen, und nicht zu knapp.

Kanzler Schmidt hatte schon im Herbst gesagt, daß er zum Jahreswechsel mit einer Minderung der Preissteigerungsrate rechne. Das konnte er so sicher sagen, weil diese Minderung darauf beruht, daß im Dezember 1973 die Preise vor allem für Ölprodukte, Heizöl und Benzin so stark gestiegen sind, daß im Vergleich dazu die gewöhnliche Preissteigerung in diesem Jahr rechnerisch als Minderung der Preissteigerungsrate erscheint. Das heißt aber, daß an der durchgehenden Tendenz der Preissteigerung sich überhaupt nichts geändert hat. Das schreiben auch die bürgerlichen Zeitungen in ihren Wirtschaftsteilen. So erklärt sich das Rätsel leicht, daß man im Fernsehen immer wieder hört, die Preissteigerungsrate sei weiter gesunken, während man beim Einkaufen merkt, daß man immer weniger bekommt für den Lohn. Dabei ist die durchschnittliche Preissteigerung für Arbeiterhaushalte höher, weil gerade die Güter des notwendigen Lebens, die in der Arbeiterfamilie den ganzen Lohn kosten, weit mehr im Preis gestiegen sind; für Rentner, die sich nur das allernotwendigste leisten können, ist der Preisindex noch höher, weil die Preise für das allernotwendigste am meisten gestiegen sind. Man sieht, was es heißt, wenn die Regierung sagt, "uns geht es noch am besten".

Verdichtung der Ausbeutung

Während die Löhne für die größten Teile der Arbeiterklasse im vergangenen Jahr real gesunken sind, ganz zu schweigen von denen, die vom Arbeitslosengeld leben müssen, ist die abgepreßte Arbeitsleistung enorm gestiegen: Im Durchschnitt wurde die Produktivität nach offiziellen Angaben pro Arbeitsstunde um 3,5 % erhöht (Süddeutsche Zeitung vom 9. Januar). Zwar wurde nicht mehr produziert im Jahre 1974 – das gleiche Produktionsergebnis wie im Jahr 1973 wurde aber von absolut weniger Beschäftigten in weniger Arbeitszeit, also bei entsprechend höherer Arbeitshetze geschaffen.

Zur gestiegenen Ausbeutung durch die Kapitalisten kommt die gesteigerte Ausplünderung durch den Staat. Die kurzfristige Ministeuersenkung durch die sogenannte Steuerreform ist an anderer Stelle schon mehr als aufgehoben. Steigerung der Krankenkassenbeiträge, ab 1. Januar Erhöhung der Abzüge für die Arbeitslosenversicherung, allgemeine Erhöhung der Stromgebühren durch das Kohleverstromungsnetz, Erhöhung der Bundesbahnpreise vor allem im Nahverkehr, also für Fahrten zum Arbeitsplatz, Erhöhung der Pauschalen für Instandhaltung und Verwaltung bei Sozialwohnungen, die den Vermietern die gesetzliche Ermunterung für Mieterhöhungen an die Hand gibt, und die ständigen Erhöhungen der städtischen Gebühren für Wasser, Gas, Bestattungen, Straßenbahn, die unterschiedlich, aber in allen Städten laufend vorgenommen werden.

Der kapitalistische Staat, der pausenlos seine Propaganda von Stabilität an die Lohnabhängigen heranredet, um gegen berechtigte Lohnforderungen Druck zu machen, ist ganz vorn bei der Preistreiberei, bei der Ausplünderung der Volksmassen durch Steuern und Abgaben. Erinnern wir uns außerdem an die dreisten Diätenerhöhungen um 1 200 DM netto monatlich im letzten Jahr. Seitdem geht das Gerangel um weitere Diätenerhöhungen, die "notwendig" seien, damit die Diäten besteuert werden können, denn bisher sind die Diäten steuerfrei. Vorläufig werden sie auch steuerfrei bleiben, weil sich die bürgerlichen Parteien gegenwärtig nicht an diese "Reform" heranwagen. Dazu sagte Wehner: "Diätenerhöhungen können wir uns jetzt nicht leisten, also gibt es auch keine Versteuerung." (Nach: Stern Nr. 3/1975) Können die frechen Maßhalteappelle dieser Herrn die Lohnabhängigen unter Druck setzen?

bb


Die Kollegen des Stübbe-Werkes versammeln sich zum Protest

Entschlossener Kampf gegen Stillegung in Kalletal

Kalletal/Kreis Lippe. Am Donnerstag, dem 9.1.1975 streikten bei der Maschinenbaufirma Stübbe/Kalletal die rund 600 Arbeiter und Angestellten gegen die geplante Stillegung des Werkes, das 1969 von den Demag-Kapitalisten aufgekauft worden war. Von damals fast 1 300 Beschäftigten hatten die Kapitalisten nach und nach 600 entlassen. Die Demag-Kapitalisten hatten einen ernsthaften Konkurrenten für die Sparte Kunststofftechnik eingesackt. Stübbe stellte eher. Die Spezialkunststoffspritzmaschine her. Die Produktion wurde allmählich an andere Demag-Werke verlegt. Durch die Stillegung sind die Lohnabhängigen der ganzen Region bedroht.

Das Stübbe-Werk ist der einzige größere Betrieb im Umkreis. Ungefähr 40 bis 50 Kleinbetriebe (zwischen 3 und 10 Beschäftigten) sind von Stübbe abhängig. Andere Arbeitsplätze sind kaum vorhanden. Die für dieses Gebiet zuständigen Arbeitsämter des Kreises Lippe, Detmold und Herford, hatten im Dezember eine Arbeitslosenquote von 5 bzw. 5,5 %. Die Arbeiter von Stübbe haben den Kampf gegen die Stillegungspläne aufgenommen. Am Freitag, 17.1., demonstrierten 250 am Vormittag vom Werk (siehe Bild) durch die Stadt mit Transparenten zum Markt: "Wir wollen Arbeit und Brot – Demag-Mannesmann will unsern Tod". Die Bevölkerung steht hinter ihnen. Das wurde auf der Protestveranstaltung am Freitagabend deutlich, als ungefähr 1 000 im Saal ihren Protest zum Ausdruck brachten. Ein paar hundert hörten auf dem Vorplatz der Übertragung zu.

Ein Genosse, der die Veranstaltung besuchte, schrieb an die KVZ:

Die offiziellen Redner: Bürgermeister, Betriebsratsvorsitzender, IGM-Bevollmächtigter, DGB-Kreisvorsitzender stellten noch einmal die Situation dar. Durch die Stillegung würde der Lebensnerv der Gemeinde entscheidend getroffen. Hingegen müsse man mit allen legalen Mitteln ankämpfen. Die Belegschaft und die ganze Gemeinde müsse hierbei zusammenstehen. Die Unternehmensleitung müsse unbedingt ihre Entscheidung, das Werk stillzulegen, zurücknehmen, oder es müsse ein anderer Käufer gefunden werden. Bei Gesprächen mit der Landesregierung ist bisher herausgekommen, daß sie nicht unmittelbar in die unternehmerischen Entscheidungen eingreifen kann. Ist aber bereit, Investitionen mit 22,5 Prozent zu fördern. Als weitere Maßnahmen wurden angegeben: verstärkt an die politischen Vertreter in Landtag und Bundestag wenden, breite Öffentlichkeitsarbeit machen und Unterschriften gegen Stillegung sammeln.

Die offiziellen Redner drückten zwar unterschiedlich stark die berechtigte starke Empörung der Bevölkerung aus und auch die Absicht, weiterhin einheitlich gegen die Schließung des Werks zu kämpfen, gaben aber keine klare Stellungnahme ab, wie der Kampf erfolgreich weitergeführt werden könne.

Weitere Redner, die sich auf der Versammlung meldeten, waren je ein Jugendvertreter von Demag-Düsseldorf und Mannesmann-Huckingen Duisburg, die ihre Solidarität mit dem Kampf der Kollegen aus Kalldorf ausdrückten und auf die Notwendigkeit eines Streiks hinargumentierten. Ebenso ein Kollege von den Anker-Werken Bielefeld. Diese Beiträge kamen bei den Versammelten ganz gut an, der Versammlungsleiter, Betriebsratsvorsitzender, hingegen sorgte dafür, daß die Diskussion schnell beendet wurde, da ihr die Beiträge zu radikal wurden. Zum Thema Streik kam noch von der Versammlungsleitung, dies sei im Moment schwierig, wenn nicht unmöglich, da von der Firma noch Lieferfristen erfüllt werden müßten.

Die Belegschaft hat Kampferfahrung. Als 1972 ein größerer Entlassungsschub anstand, gab es härtere Auseinandersetzungen (Warnstreiks, Autodemonstration durch die Kreisstadt, Fahrt der gesamten Belegschaft zu einer Demonstration vor der Hauptverwaltung der Demag nach Duisburg). Man war auch recht erfolgreich. Ein Teil der Entlassungen wurde zurückgenommen und für die anderen wurde ein äußerst günstiger Sozialplan erzielt. Darüberhinaus gab es häufiger spontane Arbeitsniederlegungen auf Abteilungsebene, wenn es zum Beispiel um Arbeitsbedingungen ging. Ohne entschlossene Kampfmaßnahmen werden die Kollegen die Pläne der Kapitalisten nicht brechen können.

Auswirkungen der staatlichen Krisenmaßnahmen

In der letzten KVZ wurde auf eine Erhöhung der Stückzahl bei der Stoßstangenfertigung bei VW-Wolfsburg hingewiesen. Die Sache verdient, daß man sie näher betrachtet.

Der VW-Konzern hat zirka sechs, sieben neue Pressen (Weingarten) gekauft, die wesentlich mehr Hübe pro Minute fahren. Werden die Pressen von Hand gefahren, das heißt jedes einzelne Teil eingelegt und die Presse für jeden Hub erneut gestartet, so wäre eine Erhöhung der Stückzahlen nicht mehr möglich gewesen. Also wurde die Fertigung mechanisiert. Jetzt braucht man nur noch einen Kollegen, der die Magazine der Presse füllt, und einen, der die Stoßstangen kontrolliert und einpackt. So konnte der Ausstoß auf 16 Stück pro Minute erhöht werden und die Stückzahlen von 1 500 auf 6 000. Eine dieser Pressen kostet zirka 1,2 Millionen DM. Auf diese Investitionen gibt es nach dem neuen Konjunkturprogramm der Bundesregierung, das den Schutz der Arbeitsplätze verspricht, 7,5 % Investitionshilfe vom Staat aus Steuergeldern der Werktätigen. Also zirka 67 500 DM. Die Folge: Drei Arbeiter sind übrig gemacht worden. Während der Konzern so von unseren Steuergeldern gefördert wird, Arbeiter zu entlassen, werden die anderen Kollegen immer stärker von der Maschine abhängig und zum Anhängsel entwürdigt. Fährt man jetzt einen Tag lang, also zwei Schichten lang, Stoßstangen, so hat man genug für die Autoproduktion eines Typs vom ganzen Monat. Das zeigt, welche Auswirkungen sechs dieser Maschinen für die Arbeiter haben.

–W., Betriebszelle VW, Ortsgruppe Wolfsburg–

80 % Lohnkostenzuschuß bei Entlassungen

Quadrat-Ichendorf (Köln). Wie bekannt, bekommen die Kapitalisten, wenn sie Arbeitslose einstellen, bis zu 80 % von deren Lohn vom Arbeitsamt ersetzt. Was dabei für die Werktätigen herauskommt, zeigt folgendes Beispiel aus dem Martinswerk in Quadrat-Ichendorf.

Dort wurden zum 31.1.1975 zwei Putzfrauen gekündigt, ohne Begründung. Für diese beiden Putzfrauen werden z.Zt. arbeitslose Putzfrauen eingestellt. Diesen Putzfrauen brauchen dann die Martinswerk-Kapitalisten nur noch 20 % des Lohns zu zahlen, die restlichen 80 % zahlt das Arbeitsamt. Die eine Kollegin, die zum 31.1. arbeitslos werden soll, hat ein Kind und ca. 700 DM Brutto-Monatsverdienst. Was bei einer Arbeitslosenhilfe auf sie zukomme, kann sich jeder ausrechnen.

–J.W.–

Sie können den Hals nicht voll genug kriegen

„Nach Verabschiedung des Konjunkturprogramms stehen zur Neuerrichtung von Betrieben an der Saar nunmehr staatliche Finanzierungshilfen bis zur Höhe von

27,5 Prozent

der Investitionskosten zur Verfügung. Diese Chance sollten Sie wahrnehmen!

Es bleibt nicht bei 7,5 % Investitionszulage, die die Bundesregierung den Kapitalisten zur "Konjunkturbelebung" nachwirft, wie diese Anzeige beweist. 27,5 % der Investitionskosten aus Steuermitteln bietet das Wirtschaftsministerium des Saarlandes an. Dazu kommen die Lohnkostenzuschüsse aus Steuermitteln. Und dennoch kommen die Investitionen nicht in Gang, und wenn die Kapitalisten die Prämien in Anspruch nehmen, dann um Rationalisierungsinvestitionen durchzuführen.

Aus der Organisation

Kassel. Auf Beschluß des Zentralen Komitees wurden die Mitglieder der Sympathisantengruppe Kassel in den Kommunistischen Bund Westdeutschland aufgenommen und als Ortsaufbaugruppe organisiert. Im März 1974 hatten die Genossen aus dem Kommunistischen Studentenbund Kassel mit der Aufbauarbeit begonnen. Heute hat die Ortsaufbaugruppe eine zellenmäßige Struktur und Arbeitsweise ausgebildet. Sie hat die Arbeit vor und in Metallbetrieben sowie im öffentlichen Dienst aufgenommen und konnte zwei Stadtteilzellen bilden. Sie leitet eine Studentenorganisation an und hat ein Soldaten- und Reservistenkomitee aufgebaut. Bei den hessischen Landtagswahlen haben die Genossen der Sympathisantengruppe Kassel kandidiert und 218 Stimmen erhalten. Gegenwärtig werden durchschnittlich 350 KVZ in Kassel verkauft.

Büro der Ortsaufbaugruppe Kassel: Kassel, Frankfurter Str. 72, Telefon: 0561 / 24 778

„Wir wollen doch nur Ihr Bestes"

Die Gewerkschaftsführer erzählen den Kapitalisten, die Kapitalisten erzählen den Lohnabhängigen, was für den andern nützlich sei.

Nachdem die Gewerkschaftsführung in ihren Stellungnahmen der letzten Zeit immer wieder versuchte, den Kapitalisten einzureden, daß Abschlüsse bei 10 % ihren Gewinnen dienen würden: "Entscheidend für die Investitionen sind aber die Absatzerwartungen ... Die Tarifpolitik ihrerseits kann die Massenkaufkraft stützen. Solche realistischen Überlegungen passen den Arbeitgebern aber einfach nicht in den Kram." (Metall Nr.23/74); versucht Gesamtmetall seinerseits jetzt, den Metallarbeitern einzureden, daß ein 6 %-Abschluß real mehr bringt als ein 10 %-Abschluß: "Lohnerhöhungen um 6 % bringen im Endeffekt mehr als Lohnerhöhung um 10 %."(Anzeige von Gesamtmetall in "Bild" vom 16.1.1975).

Einmal versucht die IG Metall-Führung den Kapitalisten zu erklären, daß "hohe" Lohnerhöhungen (um die 10 %) eigentlich die Gewinne steigern, andererseits versucht Gesamtmetall zu erklären, daß niedrige Lohnerhöhungen mehr bringen als hohe. Jetzt wird auch klar, wie die Tarifverhandlungen zwischen den Herren laufen müssen. Sie setzen da und versuchen sich gegenseitig von dem Standpunkt bei der Annahme des eigenen Lohnerhöhungsvorschlages zu überzeugen. Das ist auch eine Form der Auseinandersetzung, allerdings eine, wo beide Seiten um das Wohl des Kapitalismus geht. Da ist auch klar, daß sich die Kapitalisten am Ende durchsetzen. Daß da für die Metallarbeiter nicht viel herauskommen kann, liegt auf der Hand.

"Was ist Ihnen und Ihrer Familie lieber?"

fragt Gesamtmetall in viertelseitigen Anzeigen in fast allen Tageszeitungen und stellt fest, daß die Arbeiter mit einem 6 %-Abschluß real mehr bekommen als mit 10 %.

Man stutzt beim Lesen dieser Anzeige. Seit wann haben die Kapitalisten ihr Herz für die Arbeiter entdeckt? Beim genauen Lesen stellt man dann auch fest, daß die Anzeige der Kapitalisten nichts mit Nächstenliebe zu tun hat. Im freundlichen Ton ist diese Anzeige nichts als einer der bekannten Erpressungsversuche.

"Bei Lohnerhöhungen um 6 % einschließlich aller Zusatzleistungen (!) werden sich die Gewinne der Unternehmer wiederholen. Dann können die Unternehmer wieder mehr investieren, mehr Arbeitskräfte beschäftigen."

"Bei zweistelligen Lohnerhöhungen bleibt ihnen dafür kein Geld. Dann haben wir Ende des Jahres 1975 immer noch eine Million Arbeitslose."

Weiter weissagen sie, daß bei 6 % Lohnerhöhung die Inflationsrate auf 4 % zurückgehen wird.

Bei zweistelligen Lohnerhöhungen "*kämen die Preise allerdings "wieder ins Laufen*" und es werden 8 1/2 % Inflationsrate vorausgesagt.

Also bleiben die Löhne unten, machen die Kapitalisten mehr Gewinne, das ist bei sonst gleichbleibenden Bedingungen unbestritten. Steigen die Löhne, sinken die Gewinne, bei sonst gleichbleibenden Bedingungen, das ist auch klar. Nun sollen aber nach Gesamtmetall bei 10 % Lohnerhöhung gleichzeitig die Gewinne fallen und die Preise steigen. Wie geht das? Entweder die Gewinne fallen, oder aber die Preise der Waren werden so erhöht, daß die gestiegenen Lohnkosten aufgefangen werden, dann aber bleiben die Gewinne gleich. Daß beides auf einmal durch Lohnerhöhungen eintreten kann, ist schlechterdings unmöglich.

Mit diesen Taschenspielertricks versucht Gesamtmetall die Reihen der Metaller aufzuweichen und sie von einem Eingreifen in die Tarifverhandlungen abzuhalten. Aber trotz aller Versuche, die Dinge zu verdrehen, bleibt weiterhin: Die Preise machen die Kapitalisten, darauf haben die Arbeiter keinen Einfluß, die Lohnforderungen stellen die Arbeiter auf, und dabei kommt es darauf an, wieviel von den Kapitalisten erkämpft werden kann. An diesen Tatsachen können die Anzeigen von Gesamtmetall etwas ändern.

–db–

Klöckner-Hütte Bremen:

Der Wahlkampf zu den Betriebsratswahlen ist in vollem Gange

Die Betriebszelle des KBW untersucht die Entwicklung der Klassenkämpfe und der Kräfteverhaltnisse auf der Hütte



1969 kämpften die Kollegen für 70 Pfennige mehr für alle. Die Betriebsversammlung bestätigte unter freiem Himmel den Klöckner-Betriebsrat, der das "letzte Angebot" der Kapitalisten abgelehnt hatte.

Auf der Klöckner-Hütte, Bremen, ist der Wahlkampf zu den Betriebsratswahlen 1975 bereits in vollem Gange.

Seitdem der 1. Betriebsrats-Vorsitzende Heinz Röpke (DKP) Mitte November zurückgetreten ist, überschlagen sich die Rücktrittserklärungen einzelner Kollegen und die Neubesetzung der freigewordenen Posten innerhalb des Betriebsrats. Mitte Dezember ist der gesamte Betriebsrat nach einem Mehrheitsbeschluß zurückgetreten und hat einen Wahlvorstand für vorgezogene Neuwahlen gewählt. Die Entwicklung der letzten 2 Monate hat in der Belegschaft große Verwirrung hervorgerufen, weil unklar geblieben ist, was die Rücktritte und Neuwahlen einzelner Personen mit den Interessen der Belegschaft zu tun haben. Natürlich hat das ganze gegenwärtige Durcheinander im Betriebsrat mit den Interessen der Belegschaft sehr viel zu tun, das weiß jeder Kollege. Aber durchschaubar wird es erst, wenn man es vor dem Hintergrund der Entwicklung der Klassenkämpfe und des Kräfteverhältnisses auf der Hütte untersucht.

Spätestens seit den Streiks im Herbst 1969 galt die Belegschaft der Klöckner-Hütte, Bremen, als eine der fortgeschrittensten und kämpferischsten Belegschaften in der Bundesrepublik überhaupt. In vorderster Reihe hatte sie in der damaligen Streikbewegung erfolgreich für mehr Lohn gekämpft. Dieser erfolgreiche Streik im Herbst 69 wäre nicht möglich gewesen, wenn die Belegschaft nicht schon in den Jahren vorher in kleineren Aktionen zur Durchsetzung ihrer Interessen ihre Kräfte gesammelt und gestählt hätte, wenn sich in diesen Aktionen nicht Kollegen auf Abteilungs- und Betriebsebene herausgebildet hätten, die sich ehrlich bemühten, die Interessen ihrer Kollegen gegenüber den unmittelbaren Vorgesetzten und gegenüber den Klöckner-Kapitalisten zu vertreten, die die Kungeleien der damaligen sozialdemokratischen Betriebsrats-Mehrheit und der höheren IG-Metall-Funktionäre offen anprangerten, ja sogar in die politischen Auseinandersetzungen auf der Ebene der Stadt und des Staates eingriffen, indem sie z. B. die Aktionen gegen die Tariferhöhung der Bremer Straßenbahn und gegen die Notstandsgesetze unterstützten. Diese Kollegen wurden im Frühjahr 1969 gegen den hartnäckigen Widerstand der rechten Sozialdemokraten und der IG-Metallführung in den Betriebsrat gewählt und bildeten dort eine fortschrittliche Mehrheit. An dieser fortschrittlichen Mehrheit änderte auch die Betriebsratswahl 1972 nichts.

Auch nach dem großen Streik im Jahre 1969 hatten die Belegschaft oder Teile von ihr ihre Interessen durch kleinere Aktionen durchzusetzen vermocht. Die letzten größeren Aktionen waren z. B. der Kranfahrerstreik im Sommer 72, mit dem die Kranfahrer trotz Aussperrung der gesamten Belegschaft und massiven Entlassungsdrohungen ihre Forderung nach einer höheren Lohneinstufung teilweise durchsetzen konnten, ein Warnstreik in der Tarifrunde 72/73, bei dem schließlich für die Dauer einer halben Schicht die Arbeit im ganzen Werk niedergelegt wurde und die Klöcknerkapitalisten die Ausfallzeit bezahlen mußten und letztlich der nach 3 Tagen niedergeschlagene Streik im Sommer 1973.

Die Niederschlagung des Streiks und ihre Folgen

Der niedergeschlagene Streik bedeutet die entscheidende Wende in der Entwicklung des Kräfteverhältnisses zwischen der Belegschaft und den Klöcknerkapitalisten. Die Belegschaft traf auf einen Gegner, der zu allem entschlossen war, um den Streik – und auch gerade im Interesse der gesamten Kapitalistenklasse in der Bundesrepublik – nicht zum Erfolg kommen zu lassen. Auf Seiten der Belegschaft bestand keine feste Einigkeit über die Höhe der Forderung; aus der Belegschaft war die Forderung nach 60 Pfennig gekommen, der Betriebsrat forderte 30 Pfennige und konnte sich damit im Vertrauenskörper durchsetzen; der Streik wurde nicht von der gesamten Belegschaft aktiv unterstützt, ein großer Teil blieb einfach zu Hause; der Streik war nur sehr schlecht vorbereitet und es dauerte im Gegensatz zum Frühjahr desselben Jahres mehrere Tage bis das ganze Werk stand; jene Kräfte die in den vergangenen Jahren an der Spitze der Belegschaft gestanden hatten, unterstützten den Streik nur zum Teil und nur zögernd. Unter diesen Bedingungen war es der Belegschaft auch nicht möglich, die Entlassungen zweier junger Kollegen, die an der Spitze dieses Streiks gestanden hatten, zu verhindern, geschweige denn, ihre Vertrauensleute und Betriebsräte überhaupt ins Gebet zu nehmen und wo nötig auszuwechseln

Der selbständige Kampfwille der Belegschaft war für's erste gebrochen.

Die anläßlich der fristlosen Kündigung des ersten Betriebsratsvorsitzenden H. Röpke aufflammende Empörung reichte nicht mehr aus, um Kampfmaßnahmen dagegen zu organisieren (ein SPD-Betriebsgruppenmitglied hatte DKP-Röpke denunziert, Röpke habe den Streik im Sommer 1973 organisiert). Das Ergebnis der folgenden Tarifrunde 1973/74 erfuhr die Belegschaft aus der Tagespresse. Jetzt erst – unter den wesentlich schwierigeren Bedingungen der kapitalistischen Krise – fangen Teile der Belegschaft ganz allmählich wieder an, sich an kleineren Reibungspunkten auf Abteilungsebene wie Kantinenpreiserhöhung, Urlaubsplänen, Umbesetzungen usw. zu sammeln. Die fortschrittliche Betriebsratsmehrheit war den Klöcknerkapitalisten von Anfang an ein Dorn im Auge. Wiederholt war den Betriebsräten von den Kapitalisten bedeutet worden, die Streiks wegen jeder Kleinigkeit auf der Hütte Bremen müßten endlich aufhörer.

der Rechtsanwalt des Arbeitgeberverbandes sprach es in dem Kündigungsverfahren gegen Heinz Röpke ganz deutlich aus, indem er sinngemäß sagte, ob Röpke wirklich den Streik aktiv unterstützt habe, sei nicht so wesentlich, wesentlich sei, daß er dauernd Lohnpolitik betriebe und deshalb müsse er weg.

Die Zusammenarbeit im Betriebsrat bricht auseinander

Mit der Niederlage im Streik und dem Rückzug der Belegschaft war auch die Grundlage für die Zusammenarbeit der fortschrittlichen Betriebsrats-Mehrheit verloren gegangen. Diese Betriebsratsmehrheit, die aus DKPlern und linken SPDlern bestand, sah sich vor die Tatsache gestellt, daß allein mit ihrer Fortschrittlichkeit nun nichts mehr anzufangen ist und daß ein großer Teil ihrer Illusionen, gerade über die Mitbestimmung in der Auseinandersetzung mit dem IG-Metall-Arbeitsdirektor den Bach hinunter ging. Der Boden für den zersetzenden Einfluß von Arbeitsdirektor Sporbeck war gut aufbereitet, die Einheit gegenüber dem Kapitalisten verloren. Karl Sporbeck war seinerzeit eigens zu dem Zweck nach Bremen geholt worden, um auf der Hütte den starken linken Flügel in Betriebsrat und Vertrauenskörper zu zerschlagen.

Im Entlassungsverfahren gegen Röpke bediente er sich einiger Elemente aus dem rechten Flügel der Betriebsgruppe, die als Kronzeugen des Kapitalisten auftraten. Gleichzeitig ging er daran, mit Zuckerbrot und Peitsche die einzelnen Betriebsrats-Mitglieder gegeneinander auszuspielen. Für die Belegschaft nicht erkennbar, spielten sich die Auseinandersetzungen im Untergrund ab und traten lediglich auf Betriebsversammlungen als scheinbar persönliche zutage. Damit einher ging der Verfall der gesamten Betriebsratstätigkeit überhaupt. Am 15.11.74 brach die Auseinandersetzung offen aus. Röpke mußte auf Druck aus den Reihen des geschäftsführenden Betriebsrats und aus seiner eigenen Partei aus "gesundheitlichen Gründen" seinen Rücktritt erklären. Um ihn von der "Notwendigkeit" seines Rücktritts zu überzeugen, mußten ihn erst zwei Betriebsräte aus seiner eigenen Partei 2 Stunden lang "bearbeiten". Mit diesem Rücktritt war jedoch die Mehrheit der DKP-Betriebsgruppe nicht einverstanden. Sie geriet somit in Widerspruch zu ihrer eigenen Parteileitung, die diesen Rücktritt gebilligt, wenn nicht sogar gefördert hatte. Für die DKP-Genossen im Betrieb bedeutet das, daß sie sich entscheiden müssen zwischen der offiziellen DKP-Politik für Mitbestimmung und Zusammenarbeit selbst mit den rechten Sozialdemokraten und der Realität im Betrieb, die gerade auch in dieser Auseinandersetzung das wahre Gesicht der Mitbestimmungsvertreter und der rechten SPD auf der Hütte hervortreten läßt. Die Mehrheit der DKP-Betriebsräte forderte, daß H.Röpke auf der Betriebsratssitzung vom 18.11.74 als zweiter Vorsitzender kandidiere. Unterstützt wurden sie dabei von der Gruppe Arbeiterpolitik und verschiedenen Kollegen aus dem Vertrauenskörper. Auf dieser Betriebsratssitzung wurde H.Röpke dann mit einer Stimme Mehrheit zum 2. Vorsitzenden gewählt.

Am 3.12.74 wurde die Auseinandersetzung erstmals öffentlich auf der Betriebsversammlung für die Belegschaft erkennbar. Die rechte SPD fuhr scharfe Angriffe gegen die ehemalige Betriebsrats-Mehrheit, die "linke" SPD schwieg zu sämtlichen Anschuldigungen. Röpke selbst, als Hauptangriffspunkt, fehlte wegen Krankheit. Deutlich wurde hier auch, wen der Arbeitsdirektor und der Kapitalist stützt: die rechte SPD. Gegen die Demagogie dieser Leute standen verschiedene Kollegen auf und hoben hervor, daß die Betriebsarbeit zwar auch nicht ihren Vorstellungen entspräche, aber man müsse bei diesen Vorgängen sehen, wo der Hauptfeind und Hauptdrahtzieher steckt und daß es darauf ankommt, daß sich Betriebsrat und Belegschaft darauf besännen, daß der Kapitalist der Gegner ist. Für den Kapitalisten kommt es darauf an, die klassenbewußten Kräfte aus der Belegschaft völlig zu schlagen, um in der Krise einen Betriebsrat zu haben, der ihm an keinem Punkt widerspricht, möglichst nicht einmal seine legalen Mittel im Interesse der Belegschaft ausnutzt. Dabei sind ihm Arbeitsdirektor und SPD treue Helfer.

Von den Klasseninteressen leiten lassen

Die Auseinandersetzungen um den Betriebsrat haben bei den aus der spontanen Bewegung von 69 hervorgegangenen Kollegen einen Polarisierungsprozeß eingeleitet. Sie müssen sich entscheiden, in welche Richtung sie wollen, nachdem die Entwicklung der Klassenkämpfe ihren bisherigen Vorstellungen und Illusionen einen Strich durch die Rechnung gemacht haben. Mit Mitbestimmung ist nichts mehr und allein durch Verhandlungen ohne die Belegschaft zu mobilisieren, läßt sich nichts mehr durchsetzen.

In diesen Auseinandersetzungen ist die linke SPD, als ehemaliger Bestandteil der fortschrittlichen Betriebsratsmehrheit, umgefallen und hat sich faktisch auf die Seite der rechten SPD und somit auf die Seite der Klöckner-Kapitalisten geschlagen. Deutliches Beispiel dafür ist, daß sie bei der Wahl des Verhandlungsausschusses des Betriebsrats im Dezember ihre Stimmen anstatt Röpke (DKP) einem rechten SPDler gaben, einem "Parteigenossen", der zu jenen Leuten gehört, die ihnen selbst vor einem Jahr noch mit Parteiausschlußverfahren wegen Zusammenarbeit mit Kommunisten gedroht hatten. Gerade weil einige von ihnen jedoch als Hallenbetriebsräte das Vertrauen ihrer Kollegen haben, werden sie so zum linken Feigenblatt der rechten Mehrheit der SPD auf der Hütte.

Die DKP ist in dieser Auseinandersetzung in eine schwere Krise geraten. Wir haben den Widerspruch, in den sie gekommen ist, schon weiter oben beschrieben als einen Widerspruch zwischen der offiziellen Parteipolitik, die sich an Gewerkschaftsführung, Mitbestimmung und Sozialdemokratie orientiert und den Realitäten im Betrieb. Ein großer Teil der jetzigen DKP-Mitglieder ist im Laufe der 69er und 72er Ereignisse auf der Hütte in die DKP eingetreten, mit der Überzeugung, dort linke Politik betreiben zu können. Die meisten von ihnen, nachdem sie bereits jahrelang im Betrieb aktiv waren und sich das Vertrauen ihrer Kollegen erworben haben. Sie stehen heute an einem Punkt wo sie erkennen müssen, daß es mit der bisherigen Politik nicht mehr weiter geht und sie sich neu orientieren müssen.

Orientieren müssen sie sich zusammen mit allen anderen klassenbewußten Kollegen aus Betriebsrat und Vertrauensleutekörper auf den Gegner, die Kapitalisten, und auf das, was ihm entgegenzusetzen ist, "die Interessen der Belegschaft".

Die Auseinandersetzung an den Reibungspunkten entwickeln

Die allgemeine Krise und Verschiebungen innerhalb der Stahlindustrie setzen den Kampf um die Arbeitsplätze auf die Tagesordnung. Nachdem das Kaltwalzwerk bereits im Frühjahr heruntergefahren wurde, wird jedes weitere Stillegen von Anlagen zu Entlassungen führen, wenn die Belegschaft dem nicht entgegentritt. Weiter hat die Arbeitslosigkeit zu einem Druck auf die Arbeitsplätze der einzelnen Kollegen geführt und wird von den Kapitalisten zur Verbreitung von Unsicherheit und Angst genutzt. Hier muß ein neuer Betriebsrat dem Kapitalisten entgegentreten und Entlassungen ablehnen.

Im letzten Jahr gab es über ein Dutzend tödlicher Unfälle auf der Hütte. Die "wertvolle Produktionszeit" steht für Klöckner über der Gesundheit und dem Leben der Arbeiter. Scharfe Kontrolle der Arbeitssicherheit und Verbesserung des Gesundheitswesens muß die Forderung der Belegschaft dagegen sein. Weiter gibt es im Warmwalzwerk, in der Stranggußanlage, nachdem sie bereits fast 2 Jahre in Betrieb sind immer noch keine Arbeitsplatzbeschreibungen. Ebenso bei einigen Facharbeiterlohngruppen. Dies erhöht die Unsicherheit der Kollegen in diesen Bereichen, weil sie so lohnmäßig hin und her geschoben werden können. Hier müssen unverzüglich Arbeitsplatzbeschreibungen erstellt werden.

Um an diesen Punkten weiter zu kommen, braucht die Belegschaft einen Betriebsrat, der sich nicht leiten läßt von den Interessen des Klöckner-Vorstandes, sondern von denen der Arbeiter.

Für eine Einheitsliste der IGM

Im Interesse der Belegschaft ist es, wenn der neue Betriebsrat auf einer IGM-Einheitsliste zustande kommt und die Kandidaten aus der alphabetischen Reihenfolge ausgewählt werden können. Dieses Verfahren sichert, daß unabhängig von parteipolitischer Zugehörigkeit die Kollegen gewählt werden, die das Vertrauen der Belegschaft genießen. Für das Zustandekommen dieser Einheitsliste werden sich alle klassenbewußten Kollegen einsetzen müssen, auch wenn sowohl von rechts als auch von "links" Gegner der Einheitsliste auftauchen. Nicht nur der Christliche Gewerkschaftsbund und die Kommunistische Partei Deutschland/Marxisten-Leninisten wollen eigene Listen, auch die Bremer IGM-Führung versucht, gegenwärtigen Bedingungen wieder Boden auf der Hütte zu gewinnen: unter dem Vorwand, der CGB werde sowieso eine eigene Liste aufstellen und deshalb müsse sich auch die IGM auf die Listenwahl vorbereiten, versucht die IGM-Führung sich Raum für alle möglichen Kungeleien bei der Besetzung der Listenplätze zu verschaffen, um wieder ihre Gesinnungsfreunde aus der SPD-Betriebsgruppe in den Sessel zu heben.

Die Belegschaft muß sich entscheiden zwischen den Kandidaten, die konsequent ihre Forderungen gegenüber den Kapitalisten vertreten, die bereit sind, sich auf die Belegschaft zu stützen und sie zu mobilisieren und jenen Kandidaten, die mit dem Kapitalisten zusammenarbeiten wollen und für die die Belegschaft nur Mittel der eigenen Karierre ist.

T./D. BZ Klöckner Bremen

VW Wolfsburg

Massnahme des Vorstandes

Die ersten Maßnahmen des Vorstandes zur Sanierung des VW-Konzerns laufen in diesen Tagen an.

Im Werk Wolfsburg gibt es in der Abteilung Schnittbau über 3 300 Kollegen, überwiegend Werkzeugmacher und Schlosser. Schon Leiding hatte vor, diese Abteilung auf 2 800 Kollegen zu reduzieren. In dieser Woche soll der erste Schub in die Produktion versetzt werden. Wie wirken sich die Umsetzungen aus? Schon jetzt sind in der Produktion viele Kollegen von Entlassungen direkt bedroht. Durch die Umsetzung von ca. 500 Facharbeitern in die Produktion wächst diese Bedrohung noch mehr. Dies führt außerdem zu einer starken Spaltung der Belegschaft, denn die Kollegen in der Produktion fühlen sich von den Facharbeitern von ihrem Arbeitsplatz verdrängt. Die Umsetzungen sind also direkte Vorbereitungen von Massenentlassungen. Die damit verbundene Spaltung der Belegschaft erleichtert dem VW-Vorstand dieses Vorhaben. Im Schnittbau selbst sieht es natürlich so aus, daß so viele Kollegen versetzt werden sollen, daß die anderen die Arbeit nur noch mit äußerster Anstrengung schaffen können. Die Versetzungen werden auf Raten durchgeführt, so daß für die Bleibenden die Arbeitslast langsam aber stetig erhöht wird. Druckmittel des Vorstandes ist dabei die Angst vor Versetzung und der damit verbundene Lohnverlust und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Facharbeiter. Der Betriebsrat hat den Umbesetzungen insgesamt zugestimmt und sich lediglich vorbehalten zu überprüfen, ob nicht "zuviel" Kol-

rung der Arbeitsbedingungen der Facharbeiter. Der Betriebsrat hat den Umbesetzungen insgesamt zugestimmt und sich lediglich vorbehalten zu überprüfen, ob nicht "zuviel" Kol-

legen versetzt werden, und Härtefälle zu vermeiden. Durch die Zustimmung des Betriebsrates ist es für die Kollegen im Schnittbau natürlich, sich gegen die Umsetzungen zu wehren. Obwohl die Empörung über das Vorhaben des Vorstandes groß ist. Die Politik des Interessensausgleiches zwischen Arbeitern und Kapitalisten, wie sie der Betriebsrat verfolgt, muß die Arbeiter immer in die Sackgasse führen. Nur konsequent den Maßnahmen des Vorstandes entgegentreten hilft der Belegschaft. An dieser Tatsache ändert auch nicht, daß der Betriebsrat für die Kollegen, die jetzt versetzt werden, eine Verlängerung des tarifvertraglich auf 6 Monate festgelegten Lohnausgleichs mit dem VW-Vorstand ausgehandelt hat. Zumal nur ausgehandelt wurde, daß nur bis zum 31.12.1975 Lohnausgleich gezahlt wird, so daß nur die Kollegen einen Vorteil haben, die vor Juli 1975 versetzt werden. Vielmehr wird deutlich, wohin die Belegschaft mit so einem Betriebsrat kommt: hätte der VW-Vorstand nicht die Zustimmung des Betriebsrates zu Umsetzungen gehabt, und hätte die Belegschaft die Umsetzungen trotzdem nicht verhindern können, so könnte der Betriebsrat laut Betriebsverfassungsgesetz einen einjährigen Lohnausgleich vor dem Arbeitsgericht einklagen. Bei den kommenden Tarifverhandlungen muß die Belegschaft aber trotzdem dafür eintreten, daß im Tarifvertrag festgelegt wird, daß grundsätzlich niemand im Lohn zurückgestuft werden darf.

H., Betriebszelle VW-Wolfsburg

rifvertrag festgelegt wird, daß grundsätzlich niemand im Lohn zurückgestuft werden darf.

H., Betriebszelle VW-Wolfsburg

Stillegung?

Audi-NSU

Unter den Heilbronner Lohnabhängigen wächst die Unruhe über die geplante Stillegung von Audi-NSU. CDU (Junge Union) und SPD kappeln sich gegenseitig, wer denn die Schuld habe bei der Audi-NSU-Misere. Die bürgerlichen Parteien schieben sich gegenseitig den Schwarzen Peter zu.

Es fanden in der "Heilbronner Stimme" einige Leserbrief- und Artikelschlachten statt, wo einerseits die CDU die SPD-FDP-Regierung beschuldigt, daß sie durch die jahrelange Konjunkturpolitik die Misere bei Audi-NSU mit herbeigeführt habe. Außerdem seien die Gewerkschaften und die Bundesregierung im Aufsichtsrat bei VW entscheidend mit schuld. Die SPD argumentiert so, daß die Landesregierung die Verantwortung für die 10 200 Arbeitsplätze hätte. Der Aufsichtsratsvorsitzende Birnbaum stellte fest: Eine endgültige Entscheidung über die Kapazitätseinschränkungen oder Stillegungen könnte erst an der nächsten Aufsichtsratssitzung am 25. April 1975 getroffen werden.
Ein Redakteur der "Heilbronner Stimme" meinte am 14.1.75 dazu: "Daß etwas geschehen wird, daß Kapazitätseinschränkungen und damit Entlassungen wohl auch größeren Umfangs im Raum Heilbronn anstehen, das ist so sicher wie das Amen in der Kirche." Die Lage unter den Kollegen bei Audi-NSU ist sehr gespannt.

ter den Kollegen bei Audi-NSU ist sehr gespannt.

Hannover. Am 28. Februar soll die "Neue Hannoversche Presse" eingestellt werden. Das Bild zeigt Kollegen, die im Januar zusammen mit anderen Kollegen aus Niedersachsen gegen die geplante Stillegung demonstrieren. Sie kritisieren zugleich die Gewerkschaftsführung, die jahrelang den Plänen der Kapitalisten und der SPD tatenlos zusah. Die SPD-Zeitung "Neue Hannoversche Zeitung" hatte sich vorher schon mit dem Zeitungskapitalisten Madsack zusammengetan. Die SPD, Nau ist ihr Kapitalverwalter, will ihr Geld profitträchtiger anlegen. Durch die Errichtung eines Druckzentrums bei Hannover und durch Pressekonzentration werden zahlreiche Druckarbeiter in Niedersachsen auf die Straße gesetzt. Auch in Stuttgart soll der technische Betrieb der "Stuttgarter Nachrichten" stillgelegt werden. Durch die Errichtung eines großen Druckzentrums für mehrere Zeitungen sollen 160 Arbeitsplätze abgebaut werden.

55 DM wöchentlich mehr für jeden

55 DM wöchentlich mehr für jeden

München. Auf einer Vertrauensleutesitzung beim Pressehaus Bayerstraße beschlossen die Kollegen: wöchentlich 55 Mark mehr für jeden.
Außerdem: Absicherung aller übertariflichen Zulagen – Existenzlohn für Lehrlinge 600 Mark, im vierten Lehrjahr 700 Mark – Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse in der Tarifkommission.
Eine betriebliche Mitgliederversammlung bestätigte diese Forderung. Die Gewerkschaftsmitglieder im Pressehaus werden in einer Abstimmung, an der alle Kollegen beteiligt sind, endgültig über diese Forderung entscheiden. Das ist eine gute Vorbereitung für die Ortsmitgliederversammlung, auf der die Tarifforderung beschlossen wird.

Entlassungen in der Druckindustrie

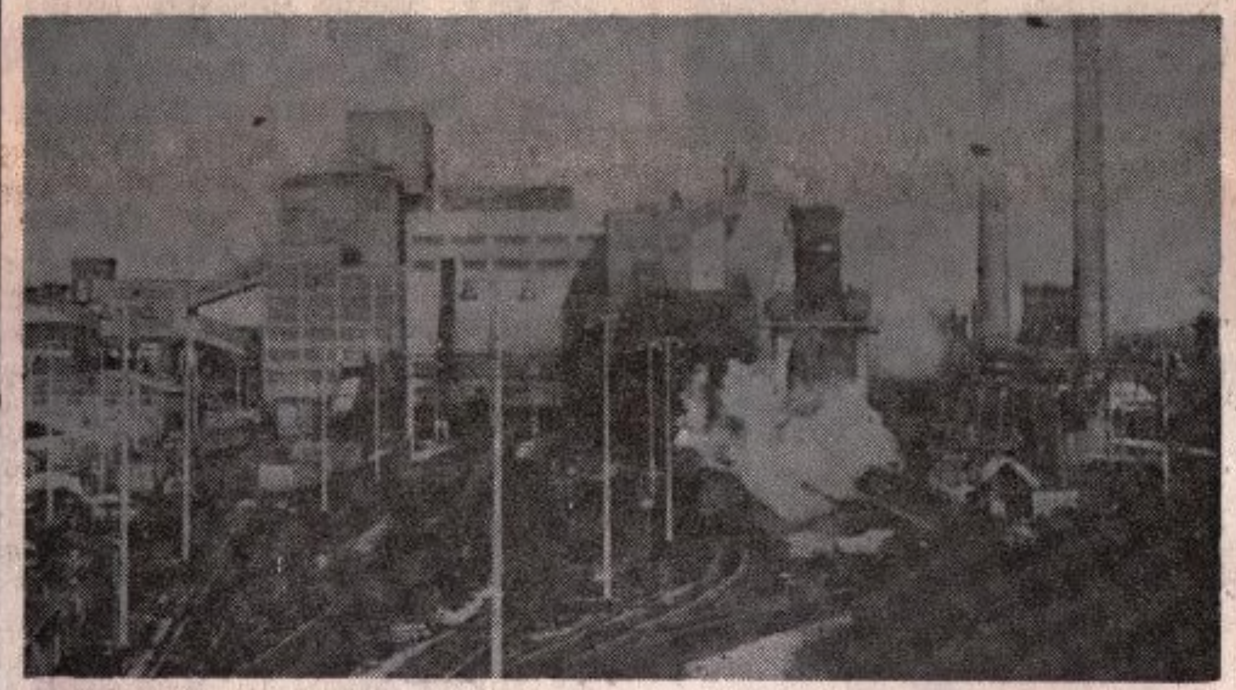
Entlassungen in der Druckindustrie

Überall in der Druckindustrie werden Arbeiter entlassen. Von einem Bei-

Überall in der Druckindustrie werden Arbeiter entlassen. Von einem Beispiel berichtet die Ortsaufbaugruppe Celle des KBW:

Celle. Weil in der Zeitungsherstellung der "Celleschen Zeitung" durch neue Maschinen und durch das neue Druckverfahren (Rotaprint) Arbeiter eingespart werden können, fliegen jetzt vier Maschinensetzer auf die Straße – wegrationalisiert. Da die Cellesche Zeitung im Landkreis Celle das Zeitungsmonopol hat, ist es für die vier Maschinensetzer schier unmöglich, schnell neue Arbeit zu finden. Aber das interessiert die Cellesche Zeitung Kapitalisten überhaupt nicht. Der Zeitungskapitalist G.Pfingsten hat Geld investiert, um seine Produktion rationeller umzustellen. Die Arbeiter, die ihm alle Werte und seinen Reichtum geschaffen haben, müssen dafür büßen.

Mörderische Arbeitsbedingungen auf der Kokerei



Bei der Bergbau AG Oberhausen der Ruhrkohle AG bekommen die Kumpel die Rationalisierung der Kohle-Kapitalisten besonders hart zu spüren.
Einerseits verringerte die Bergbau AG Oberhausen den Personalbestand um 621 Kollegen. Andererseits stieg die Koksproduktion auf den Kokereien im 2.Quartal 1974 gegenüber dem 1.Quartal um 3 Prozent. Wie sich das mörderische Arbeitstempo auf den Oberhausener Kokereien (Osterfeld und Jacobi) auswirkt, zeigen die Unfallzahlen: Sie beziehen sich auf 100 000 verfahrene Schichten. Die Unfallhäufigkeit stieg im 2.Quartal gegenüber dem 1.Quartal auf der Kokerei Osterfeld um 48,6 % und auf der Kokerei Jakobi um ganze 98,4 % sowie auf der Anlage Osterfeld um 17,6 % (WAZ, 22.8.1974).

–J., Oberhausen–

Erneute Kurzarbeit bei VW

Die neuen Kurzarbeitstermine für den VW-Konzern sind im Februar vom 3. bis 7., sowie im März vom 24. bis 27. und nach Ostern vom 1. bis 4. April. Welche Teile der Belegschaft davon betroffen sind, ist noch nicht klar.
Im Zusammenhang mit der letzten Kurzarbeit ist ein Spaltungsmanöver des VW-Vorstandes zum Vorschein gekommen, das auch noch tarifvertraglich abgesichert ist.

Während die Arbeiter lediglich das Kurzarbeitergeld bekommen, gilt für die Angestellten eine Regelung in ihrem Tarifvertrag, die vorsieht, daß bei Arbeitsausfall vom Konzern ein Lohnausgleich vorgenommen werden muß. Dieser ermißt sich prozentual am Arbeitsausfall. Die letzte Kurzarbeit soll für die angestellten Kollegen nur zirka 6 % Lohnverlust gebracht haben.

Auf einer der letzten Betriebsversammlungen warf der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Blank einem Kollegen völlige Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen über die Kurzarbeit vor, als dieser vollen Lohnausgleich bei Kurzarbeit forderte. Blank wollte damit die Unmöglichkeit dieser Forderung "beweisen". Das gleiche Betriebsratsmitglied, Angestelltenvertreter und Mitglied der großen Tarifkommission, hat es zugelassen, daß dieses Spaltungsmanöver – ein Lohnausgleich nur für Angestellte – aufgenommen wurde. Es stellt sich die Frage, was die vielbeschworenen Tarifexperten überhaupt wert sind. Im Fall Blank kann man feststellen, daß er bestenfalls seine Position als Angestelltenvertreter absichern wollte auf Kosten einer Spaltung von Arbeitern und Angestellten.
Arbeiter und Angestellte müssen einen gemeinsamen Tarifvertrag haben. Diese Konsequenz muß gezogen werden, um dem Vorstand die Spaltung der Belegschaft zu erschweren.
- Voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit für alle Belegschaftsmitglieder!
- Absicherung dieser Forderung in einem einheitlichen Tarifvertrag.

–W., Betriebszelle VW, Ortsgruppe Wolfsburg–

Nicht genug Aufträge

Entlassungen bei Degussa II

Obwohl mein Arbeitsvertrag bei Degussa (Werk 2) bis 17.1. läuft, obwohl ich vor Weihnachten noch gefragt wurde, ob ich nicht noch länger arbeiten könnte, mußte ich jetzt meinen Resturlaub nehmen und 5 Tage früher aufhören. Begründung: Es gibt nicht mehr genug Aufträge!

An den Fritteöfen bei den keramischen Farben wurde die Nachtschicht eingestellt. Bei den Schlossern wurde einigen Auftragsfirmen gekündigt. Jeder merkt, daß nicht mehr viel Aufträge da sind.
Obwohl noch sehr viele Gerüchte umherschwirren, besteht die Aussicht, daß im Februar Kurzarbeit kommt. Die Auswirkungen der weltweiten Krise auf den Export beginnen jetzt. Zum anderen ist das Werk 2 u. a. Zulieferer der Bauwirtschaft und der Automobilindustrie und beide Branchen stecken tief in der Krise.
Obwohl die Degussa im vorigen Jahr den Umsatz um 40 % gesteigert hat, obwohl die Geschäftsleitung die Gewinnentwicklung den "lieben Degussanern" auf der letzten Betriebsversammlung vortrug, muß man sich schon jetzt darauf vorbereiten, daß auch bei der Degussa die Krise auf dem Rücken der Kollegen ausgetragen wird.
Es wird darauf ankommen, die Kurzarbeit soweit wie möglich zu verhindern, indem keinerlei Überstunden mehr gemacht werden (außer da, wo sie aus technischen Gründen notwendig sind).
Es wird aber auch wichtig sein, schon jetzt die Forderungen zur Chemie-Tarifrunde zu diskutieren.

Durch Verzicht auf ausreichende Forderungen (einige Kollegen erwarten einen 6 %-Abschluß in der Chemie) werden die Auswirkungen der gegenwärtigen Krise nicht von den Kollegen abgewendet. Um die Lebensbedingungen gerade in der Krise zu verteidigen, müssen Forderungen aufgestellt werden, die erstens ausreichend sind. Die Forderungen müssen aber auch geeignet sein, um den Kampf geschlossen zu führen; daher sollten sie für alle Kollegen die gleiche Erhöhung in Mark und Pfennig fordern. Das ist umso wichtiger angesichts de wachsenden Widerstandes der Kapitalisten.

Frankfurt, –p–

Keine Schichtversammlungen

sondern Belegschaftsversammlung in der Arbeitszeit!

In der KVZ Nr.1/75 berichtet der Kollege T. von der Zeche Minister Stein, daß auf Minister die Belegschaftsversammlungen immer am Wochenende stattfinden. Dagegen fordert der Kollege T. Schichtversammlungen.
Ich halte Schichtversammlungen für ein völlig ungeeignetes Mittel, die Probleme, die uns auf den Nägeln brennen, zu besprechen und dazu Beschlüsse zu fassen, die Betriebsleitung zu zwingen, unsere Fragen zu beantworten und vom Betriebsrat Rechenschaft zu fordern. Denn Schichtversammlungen würden uns aufspalten auf mindestens zwei Versammlungen. (Wenn sogar wirklich für jede Schicht eine Versammlung stattfinden würde, gäbe es auf der Zeche Radbod z. B. 4 Schichtversammlungen.)
Auf Belegschaftsversammlungen passiert es immer wieder, daß Diskussionen, die der Betriebsleitung nicht passen, abgewürgt werden und es nicht gelingt, notwendige Beschlüsse zu fassen. Durch die Aufspaltung der Belegschaft auf mehrere Schichtversammlungen wird es natürlich schwieriger, die Einheit der Kollegen gegen die Kapitalisten im Betrieb herzustellen. Für eine Schichtversammlung gibt es überhaupt keinen Grund. Denn die Kollegen einer bestimmten Schicht haben keine speziellen Probleme, die sich von denen der Kollegen anderer Schichten unterscheiden. Zudem machen die meisten Kollegen entweder nur Frühschicht oder aber Wechselschicht. Sinnvoll dagegen sind Abteilungs- oder Revierversammlungen. Auf diesen können z. B. die Kollegen, die nur am Tage arbeiten, ein Revier, ein Handwerker oder die Kokereiarbeiter ihre speziellen Probleme besprechen. Im Bergbau gibt es auch keine technischen Notwendigkeiten, die durchgehenden Betrieb erfordern. Nur: wenn die Belegschaftsversammlungen in der Freizeit stattfinden (was auch Schichtversammlungen tun), dann müssen die Ruhrkohle-Kapitalisten zwar für diese Zeit Stundenlohn bezahlen. Finden sie aber in der Arbeitszeit statt, dann geht ihnen auch der Profit verloren, den sie in diesen Stunden aus uns rausholen würden. Aber das Profitinteresse der Ruhrkohle, was sie natürlich hinter "betrieblichen Notwendigkeiten" versteckt, darf uns gar nicht interessieren. Wir müssen sehen, daß unsere Belegschaftsversammlungen zum einheitlichen Vorgehen der Bergarbeiter führen. Deshalb müssen sie in der Arbeitszeit stattfinden.

–U., Hamm, Zeche Radbod–

Fordbelegschaft soll weiter schrumpfen

Köln. Bei Ford haben sich über 5 000 Arbeiter für Entlassung mit Abfindung gemeldet, meistens Türken. Außerdem noch 500 Angestellte.

Nur 3 400 von den 5 000 Arbeitern erhielten das Geld.
Die Ford-Aufbauzelle des KBW schreibt zu der Situation bei Ford:

In allen Teilen des Werkes, selbst in den sogenannten Naturschutzgebieten (wo bisher nie einer abgeschossen wurde), wird der Druck auf die Belegschaft immer stärker. "Ihr könnt froh sein, überhaupt noch zu arbeiten", das steht unausgesprochen hinter jeder Maßnahme der Geschäftsleitung im Werk, sei es bei willkürlichen Umsetzungen, bei der Verkleinerung von Maschinenbesetzungen oder bei den Schikanekontrollen von Spinden und am Tor.

Und schon stehen wieder die nächsten Entlassungen vor der Tür: Gerüchte sprechen von mindestens 3 000 Kollegen, von Stillegungen wie in Y-Ost und von Personalabbau um ein Drittel im Motorenwerk.
Außer unklaren Protesten der Vertrauenskörperleitung hat sich noch kein organisierter Widerstand gerührt. Nur die Meinung über die "Stabilität" des Kapitalismus, die hat sich geändert. Da glaubt heute fast keiner mehr dran.

–r, Ford-Aufbauzelle–

„6,6 % das ist ja lächerlich"

Interview mit einem Kollegen vom Bau

Kassel. Die Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden schloß einen neuen Tarifvertrag, der den Bauherren unter die Arme greifen soll und für die Arbeiter Lohnabbau bedeutet: 6,6 % mehr und für diejenigen, die ein Jahr in einem Betrieb gearbeitet haben, 200 DM Weihnachtsgeld. Die IG Bau-Steine-Erden schmückt das Weihnachtsgeld, das sowieso schon von vielen Betrieben bezahlt wurde, mit dem Wort: Einstieg zum 13.Monatslohn.

Von den 7 800 Pleiten im letzten Jahr betrafen 25 % das Baugewerbe. Die Zahl der Beschäftigten verringerte sich um 10 %, das waren 200 000, von denen jetzt noch 140 000 arbeitslos sind. Auch im Baugewerbe verringert sich in der Krise die Zahl der Betriebe, während die, die sich über Wasser halten können, immer mehr dazu bekommen. So hat erst kürzlich ein Mittelbetrieb bei Kassel eine Kiesgrube dazugekauft, neue Leute eingestellt und Aufträge weitergegeben, weil er sie selbst nicht erfüllen konnte. Mit einem Kollegen aus diesem Betrieb entstand das folgende Interview.

Frage: Was ist deine Meinung zum 6,6 %-Abschluß, was kommt dabei heraus für dich?

Antwort: Die Bau-Steine-Erden-Führung hat gezeigt, auf welcher Seite sie steht. 6,6 %, das ist ja lächerlich bei der Preissteigerungsrate. Das sind bei mir im Monat 80 DM brutto. Dabei komme ich noch in eine höhere Steuerklasse. Unterm Strich bleibt nichts mehr. Wir haben jedesmal weniger bekommen als die anderen Bereiche. Wenn das so weitergeht, kann ich meine Miete nicht mehr zahlen und muß mein Auto abschaffen. Das war keine Lohnerhöhung, das ist Lohnabbau, wie es ihn bisher in dieser Höhe noch nicht gegeben hat.

Frage: Was ist die Meinung deiner Kollegen?

Antwort: Das ist eine Sauerei, das ist ein Schlag in den Nacken. Warum haben die schon verhandelt und abgeschlossen, die hätten ja noch Zeit bis zum Mai gehabt. Und immer wieder: Die müssen weg da oben.

Frage: Welche Forderungen habt ihr diskutiert, was braucht ihr, damit der Lohn nicht gekürzt wird?

Antwort: Mindestens das Doppelte, dann reicht es gerade für die Preissteigerungen. 200 DM mehr im Monat, das wäre richtig.

Frage: Gibt es bei euch Weihnachtsgeld und wie hoch ist es?

Antwort: Weihnachtsgeld wird unterschiedlich bezahlt, je nach dem, wie lange einer schon im Betrieb ist. Dieses Jahr wurde es überall gekürzt.

Frage: Wie würden sich die 200 DM – Teil eines 13.Monatsgehalts – auf das Weihnachtsgeld auswirken?

Antwort: Sehr schlecht. Der Kapitalist kann nun das Weihnachtsgeld, was bisher gezahlt wurde, laut Tarifvertrag kürzen. Die 200 DM müßten zusätzlich gezahlt werden.

Frage: Gab es in eurem Betrieb Lohnkürzungen?

Antwort: Lohnkürzungen sind mir bisher nicht bekannt. Aber wenn man die Neueinstellungen betrachtet, gibt es die auch. In der Werkstatt muß ein Neueingestellter jetzt für eine gute Mark weniger die Stunde arbeiten als die, die schon länger in der Werkstatt sind. Das kann der Unternehmer sich erlauben wegen der vielen Arbeitslosen.

Frage: Habt ihr unter euch Möglichkeiten diskutiert, den Abschluß zu bekämpfen?

Antwort: Ja, durch einen Streik im ganzen Baugewerbe, das haben wir schon diskutiert. Ich hörte aber immer wieder: Früher, wo es nicht so viele Arbeitslose gab, da hätten wir gestreikt, heute geht das nicht mehr. Auf jeden Fall werden wir das nicht einfach hinnehmen. Wir werden, das ist jetzt das wichtigste, das jetzt in der Gewerkschaft diskutieren, die Gewerkschaftsführung muß zu spüren bekommen, daß die Gewerkschaft auch aus Mitgliedern besteht, und da sind die wenigsten bereit, solche Zugeständnisse zu machen. Und das werden die Kapitalisten erst recht spüren müssen.

Hamburg. Auf der Ortsgruppenversammlung Hamburg-Eimsbüttel der IG Bau-Steine-Erden vom 9.1.1975 wurden folgende Beschlüsse gefaßt, die zum Bezirks- und Gewerkschaftstag weitergeleitet wurden.

1. Gleitende Tarifverträge. Tarifverhandlungen werden auch nach kürzeren Zeiträumen als bisher gefordert.
2. Kündigungsschutz bei Krankheit.
3. Erhöhung des Arbeitslosengeldes und Bezahlung für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit.

Antwort: Das ist eine Sauerei, das ist ein Schlag in den Nacken. Warum haben die schon verhandelt und abgeschlossen, die hätten ja noch Zeit bis zum Mai gehabt. Und immer wieder: Die müssen weg da oben.
Frage: Welche Forderungen habt

1. Gleitende Tarifverträge. Tarifverhandlungen werden auch nach kürzeren Zeiträumen als bisher gefordert.
2. Kündigungsschutz bei Krankheit.
3. Erhöhung des Arbeitslosengeldes und Bezahlung für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit.

"Was heißt das: 5 % im öffentlichen Dienst?"

In Betrieben kein „Klima der Vernunft"

"Habt ihr euch überlegt, was das heißt, 5 % mehr Lohn?" So und ähnlich diskutierten Kollegen bei mir das Angebot der Bundesregierung. 5 % mehr, das bedeutet für eine Krankenschwester, daß sie vielleicht 40 Mark mehr auf der Hand hat, für eine Arbeiterin im Waschhaus sind es keine 30 Mark. Und hat man Pech, rutscht man gerade in eine höhere Lohnsteuer rein, die Abgaben sind größer und am Ende hat man weniger als vor der Tarifrunde.

Sogar bei den Kollegen, die vor den Verhandlungen eher bereit waren, auf Lohnerhöhungen zu verzichten angesichts der steigenden Arbeitslosenzahlen, findet sich für diese Provokation der Regierung kein Verständnis angesichts dieser Zahlen. Das "Klima der Vernunft", wie es der 'Mannheimer Morgen' am 15.1. bezeichnet hat, herrscht nur am Verhandlungstisch so wie man eben unter Parteifreunden vernünftig ist, doch in den Betrieben des öffentlichen Dienstes herrscht Unzufriedenheit und Empörung.

20 Kollegen der ÖTV-Betriebsgruppe an den Städtischen Krankenanstalten Mannheim haben am 15.1. das Angebot abgelehnt und den Kreisvorstand aufgefordert, so rasch wie möglich eine Veranstaltung durchzuführen zu dem Thema: "Das Verhalten der Regierung und der Gewerkschaft im Tarifkampf". Dazu soll auch ein offizieller Vertreter des Kreisvorstandes eingeladen werden. Sie sind schweigsam geworden, die Sozialdemokraten in den örtlichen und betrieblichen Gewerkschaftsrängen. Die in den höheren Lohngruppen halten ihren Parteikameraden in der Regierung die Treue. Die, die selbst mehr brauchen könnten, ihnen ist es unangenehm, wenn man sie darauf anspricht. Gemeinsam ist ihnen, daß sie es nicht darauf anlegen, die Unzufriedenheit und die Empörung der Kollegen zusammenzufassen in Protest gegen das Angebot.

Burkhard Müller, Funktionär der Kreisverwaltung Mannheim, gab keinen Kommentar ab zu den Verhandlungen und verwies auf die bürgerlichen Zeitungen, mehr wisse er auch nicht.

"Kluncker bedauert und DAG hofft", so beschreibt die 'Rheinpfalz' die Situation nach dem Angebot, weder das eine noch das andere kann eine Lösung sein für die Arbeiter und Angestellten in den öffentlichen Betrieben. Jetzt kommt es darauf an, jede Möglichkeit des Protestes zu nutzen, zu zeigen, daß wir nicht bereit sind, uns ohne Gegenwehr ausplündern zu lassen. Eine gute Möglichkeit sind betriebliche oder überbetriebliche Veranstaltungen, so wie es die Betriebsgruppe bei uns vorgeschlagen hat.

–Klaus Harder, Stadtratskandidat der Ortsgruppe Mannheim–

Tarifrunde Seehäfen

Am 16./17. Januar, in der dritten Verhandlung endlich, haben die Hafenkapitalisten der ÖTV Abteilung Seehäfen-Tarifkommission ein Angebot unterbreitet: 6 %, das macht beim normalen Schauermannslohn etwa 50 bis 60 DM mehr in der Tüte. Das bieten sie uns an. Dies ist untragbar für die Hafenarbeiter und vor allem deshalb eine große Unverschämtheit, weil es den Hafenkapitalisten in Hamburg im Jahr 1974 wieder gelungen ist, die Tonnage zu erhöhen, und zwar um 5,7 %. Im Stückgut und im Sackgut waren die größten Zuwachsraten. Gerade aber im Sackgut muß man heute mit am meisten ranklotzen. Die ÖTV-Verhandlungskommission hat die Verhandlung bisher nicht abgebrochen, sondern hat die Verhandlungen am 20.1. in Bremen fortgesetzt.

Gegen das 6 %-Angebot ohne Kampfmaßnahmen bekommen wir keine ausreichende Lohnerhöhung. Das hat uns dieses Angebot klargemacht. –J., Hamburg–



Im Stück- und Sackgutverkehr waren hohe Zuwachsraten



Im Stück- und Sackgutverkehr waren hohe Zuwachsraten

Protest von Mitgliedern

Deutsches Krebsforschungszentrum Heidelberg

Am Tag nach dem empörenden 5 %-Angebot der öffentlichen Arbeitgeber hatten wir am Deutschen Krebsforschungszentrum (DKFZ) eine ÖTV-Mitgliederversammlung. Alle anwesenden Kollegen lehnten dieses Angebot ab, weil es einen klaren Lohnraub bedeutet. Nach einer kurzen Diskussion, auf der noch einmal die Richtigkeit unserer 250 DM-Forderung herausgestellt wurde und noch einmal verstärkt gefordert wurde, jetzt sofort mit Protestaktionen zu beginnen, wurde eine Resolution einstimmig angenommen. Sie ging an die große Tarifkommission, an die Kreisverwaltung Heidelberg der ÖTV und wurde im Betrieb ausgehängt. Die Kollegen wollen ihrem Willen Ausdruck geben, daß sie einen Lohnabbau nicht hinnehmen werden. Sie fordern eine Protestversammlung in Heidelberg.

Walter Samsel, Stadtratskandidat des KBW der Ortsgruppe Heidelberg

Frister-Antrag
Jede Unterstützung von Extremisten schädigt die GEW. Jedes Zusammenarbeiten mit oder Unterstützung von links- und rechtsradikalen Parteien und Gruppen

IG Chemie – Bericht von einer Vertrauensleutevollversammlung in Darmstadt

Ausrichtung auf die Betriebsratswahlen

Darmstadt. Am Freitag, dem 17.1., fand eine Vertrauensleutevollversammlung der Verwaltungsstelle Darmstadt der IG Chemie statt. Aus allen Betrieben der Chemie und Gummi im Bereich Darmstadt und Odenwald waren Kollegen gekommen (zirka 250 Funktionäre und Mitglieder). Ein Vertreter des Hauptvorstands war gekommen, um über die Richtlinien zur Betriebsratswahl zu referieren.

In seinen Ausführungen stellte der Kollege Reimann heraus, daß die Arbeiter in der kapitalistischen Produktion nichts als ein "Kostenfaktor" sind, daß sie an "profitorientierten Arbeitsstätten" nichts als Geld für den Kapitalisten einbringen sollen. Er sagte, daß es natürlich immer noch den "Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit" gibt und daß die Sprüche der Unternehmer "wir sitzen alle in einem Boot" gerade jetzt in der Krise sich als unwahr herausstellen. Daß die Kapitalisten im Gegenteil nach wie vor die Verfügungsgewalt über die Produktion haben.

Zu den Aufgaben der Betriebsräte und gerade derer, die Mitglied in der Gewerkschaft sind, meinte er treffend, daß sie überall das gesellschaftliche System in Frage stellen müssen, wo es den Interessen der Kollegen zuwiderläuft. Gleich darauf erging er sich darin, die Kollegen vor denen zu warnen, die nicht auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen, den "Chaoten", und empfahl, ihnen überall entgegenzutreten.

Weiter führte Reimann in seinem Referat aus, daß es also nicht nur um die Chaoten und Anarchisten geht, sondern auch um solche, die man bekämpfen muß, die das C vor ihrem Namen haben.

In den darauffolgenden Beiträgen gingen einige Kollegen auf die neuen Richtlinien zur Betriebsratswahl ein. Unter Punkt 8 dieser Richtlinien ist da zum Beispiel zu finden, daß die Vertrauensleute im Einvernehmen mit der Verwaltungsstelle über die Anzahl der Kandidaten und Listen zu entscheiden haben. Wenn da keine Übereinstimmung erzielt werden kann, so entscheidet der Bezirk im Einvernehmen mit dem Hauptvorstand.

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß damit legitimiert werden soll, was in den Wahlen 1972 geschehen ist: daß nämlich zwei Listen der Gewerkschaft existierten.

Damals ist es so gewesen, daß die Leute, die sich nicht am Streik beteiligt haben, auch keine Mehrheiten im Vertrauensleutekörper gefunden haben und aufgrund dessen eine eigene Liste aufgemacht haben. Die Vertrauensleute hatten damals Antrag auf Ausschluß dieser Kollegen gestellt, der Hauptvorstand hatte sie aber wieder aufgenommen – sie waren ihm laut eigener Aussage lieber als die kämpferischen Kollegen. Die neuen Richtlinien legen von vornherein fest, daß ein solches Verhalten legitim ist.

Weiter steht in den Richtlinien, im Vorwort: *"Jeder Kandidat, der für die IG Chemie–Papier–Keramik kandidiert, wird darzulegen haben, wie er zu den Grundrechten und zu den Prinzipien der demokratischen Grundordnung steht."*

Auch dazu gab es Beiträge. Ein Kollege stellte fest, daß ein Kollege, der am Schaffen ist und zuwenig Geld verdient, schlechte Arbeitsbedingungen hat und deswegen eine Interessenvertretung braucht, keineswegs ans Grundgesetz denken wird, sondern daran, ob die Kollegen konsequent seine Interessen vertreten.

Weiter wurde gesagt, daß es für uns, wo wir gerade jetzt merken, daß dieses System für uns Krisen, Arbeitslosigkeit, Lohnverlust und Arbeitshetze bringt, überhaupt keinen Grund geben kann, uns auf diese Ordnung festlegen zu lassen. Daß dies im Gegenteil die Feinde der Arbeiterbewegung tun und sich dies in Darmstadt in der Praxis deutlich gezeigt hat: Da hat der Oberbürgermeister lauthals vor den Werkstoren von Merck herausposaunt, daß er auf dem Boden des Grundgesetzes steht und deshalb die Polizei auf die streikenden Arbeiter hetzen wird. Das Grundgesetz ist das Gesetz der Kapitalisten, und um es zu verteidigen werden sich die Kapitalisten gegen die Arbeiter schon bei einem konsequenten Streik stellen. In der Versammlung gab es für diesen Beitrag Beifall und so begab sich der Vertreter des Hauptvorstands ans Mikrofon, um wogenglättend einzugreifen.

Dies alles richte sich ja nicht gegen Linke; die Kandidaten würde man ja gar nicht auf die Grundordnung festlegen, diese Passage stehe nur im Vorwort und außerdem müssen gerade in der jetzigen Lage – und so verstehe er es – die Kollegen sich zusammenschließen, um gemeinsam gegen rechts zu gehen.

Das Grundgesetz zu verteidigen vor den Kollegen war ihm offensichtlich zu riskant, bei soviel praktischer Erfahrung.

Mit überwältigender Mehrheit wurde der Vorstand des DGB am Schluß dazu aufgefordert, am 1. Mai eine Demonstration durchzuführen. –A–

GEW

Der Hauptvorstand will freie Hand gegen Kommunisten

Der Hauptvorstand der GEW will im März eine außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz durchführen, um durch eine erneute Satzungsänderung jetzt völlig freie Hand zu bekommen.

Nach der ordentlichen Delegiertenkonferenz im Sommer ist das innerhalb eines Jahres die zweite Delegiertenkonferenz, die der Hauptvorstand ausschließlich mit Satzungsfragen befassen will. Glaubt man den Begründungen im Antrag des Vorsitzenden Frister, den wir abdrucken (siehe Kasten), dann ist das nötig, damit die GEW nicht durch Mitarbeit von Kommunisten beim Bürger in Verruf kommt und die Lehrer aus ihr flüchten. Tatsache ist indessen, daß überall da, wo die gewerkschaftliche Arbeit der Kommunisten dazu beigetragen hat, daß die GEW in Kämpfen und Auseinandersetzungen mit dem Staat ein Gesicht gewinnt und eine klare Stoßrichtung entwickelt wird, die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder nicht etwa zurückgegangen ist, sondern zunimmt.

Bekannt ist das Bremer Beispiel, wo der örtliche Verband, in dem auch Kommunisten gearbeitet haben, weiter gewachsen ist, während die von Oberschulräten und Rektoren initiierte Abspaltung eine Mißgeburt blieb. Ähnliches kann man von Frankfurt berichten, wo während der hessischen Urabstimmung über den Warnstreik die Dreiviertel-Mehrheit für den Warnstreik erreicht wurde, im Gegensatz zu anderen hessischen Städten, wo die gewerkschaftliche Arbeit der Kommunisten weniger entfaltet ist. Es ist also durch die Kommunisten keineswegs die GEW gefährdet, sondern sie gewinnt dadurch an Schlagkraft gegen den Staat als Käufer der Arbeitskraft und gegen die staatliche Schulbürokratie. Was durch die Arbeit der Kommunisten gefährdet ist, das ist die GEW als Karrierehebel, und es ist die gefährdete Herrschaft der sozialdemokratischen Politik in der GEW. Man kann sicher sein, daß das im Volk und auch unter vielen Lehrern begrüßt wird.

Gegenwärtig ist ein erneuter Satzungskongreß so unnötig wie ein Kropf, wenn man von den Interessen der GEW ausgeht. Die wichtigste Satzungsfrage, die ansteht, nämlich Aufhebung des Unvereinbarkeitsbeschlusses, dürfte noch nicht reif sein. Was nötig ist, ist, daß der Hauptvorstand sich rührt in gewerkschaftlichen Fragen und im Kampf für die Verbesserung des Volksbildungswesens. Bis heute hat man vom Vorsitzenden Frister noch kein Wort gehört zur Lohnbewegung im öffentlichen Dienst, obwohl es da viel Hetze der Regierungsseite und der Presse gibt, der er entgegentreten könnte. Das ist seine Aufgabe, dafür wird er von den Mitgliedern bezahlt.

Frister-Antrag

Jede Unterstützung von Extremisten schädigt die GEW. Jedes Zusammenarbeiten mit oder Unterstützung von links- und rechtsradikalen Parteien und Gruppen durch GEW-Mitglieder ist gewerkschaftsschädigend.

Rechts- und linksextreme Parteien und Gruppen werden nahezu einmütig abgelehnt. Jede Zusammenarbeit mit oder Unterstützung dieser Parteien und Gruppen durch GEW-Mitglieder setzt die GEW dem Verdacht aus, ebenfalls deren gesellschaftspolitische Ziele zu verfolgen oder deren Erreichung zu wünschen. Die GEW verlöre damit das Vertrauen der überwältigenden Mehrheit der Lehrer, Erzieher und Wissenschaftler, büßte ihre Fähigkeit ein, die Interessen ihrer Mitglieder wirkungsvoll zu vertreten. Jede Unterstützung von extremen Parteien oder Gruppen, in welcher Form auch immer, durch GEW-Mitglieder ist daher gewerkschaftsschädigend.

Wie kann die Einheit von deutschen und ausländischen Arbeitern zustandekommen?

Gegen Arbeitslosigkeit und Spaltung / Deutsche und ausländische Arbeiter eine Kampffront!

Unter dieser Parole haben in Darmstadt rund 250 türkische Arbeiter und Studenten und einige deutsche Kommunisten eine Demonstration durchgeführt (laut Deutsche Presseagentur 1 000 Teilnehmer, dabei handelt es sich um eine Falschmeldung). Eine Losung aufstellen und sie richtig in die Tat umsetzen, sind zwei Paar Stiefel. Denn wie kann eine solche Kampffront von deutschen und ausländischen Arbeitern nur zustandekommen? Auf Grundlage der gemeinsamen Interessen, die in der gemeinsamen elementaren Klassenorganisation der Gewerkschaften durchgesetzt werden und gegenüber der Kapitalistenklasse und ihrem Staat vertreten werden. Solches lag nicht in der Absicht der politischen Initiatoren dieser Demonstration. Weder haben sie den Kampf gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit verbunden mit dem Kampf gegen die Verschärfung der Ausbeutung und gegen die kapitalistische Rationalisierung in den Betrieben, noch haben sie versucht, eine gewerkschaftliche Demonstration zustandezubringen. Auch haben sie keine Politik der Aktionseinheit gemacht, die alle Organisationen in den Kampf hätte ziehen können, die gegenwärtig noch einen Einfluß in der Arbeiterklasse haben. Statt wirklich gegen die Spaltung in deutsche und ausländische Arbeiter anzugehen und auf deren Überwindung ihre Anstrengungen zu richten, haben sie diese Spaltung in der Praxis akzeptiert und haben auch noch eine weitere Spaltung, die Spaltung der ausländischen Arbeiter in verschiedene Nationalitäten, als gegeben hingenommen.

Anders kann man das nicht nennen, wenn man die Vorbereitung einer solchen Demonstration auf den üblichen Rahmen der "revolutionären Linken" einschränkt, keine Politik in der ganzen Klasse entfaltet und gegenüber ihrer elementaren Organisation, den Gewerkschaften. Verantwortlich ist für diese gefährliche und die türkischen Arbeiter in die Sackgasse führende Politik die türkische Studentenorganisation ATÖF, die dieses fehlerhafte Herangehen an die Schaffung der gemeinsamen Kampffront der deutschen und ausländischen Arbeiter bundesweit praktiziert. So hat sie sich jetzt im Namen von 15 türkischen Arbeitervereinen, die in Dortmund am 1. Februar eine zentrale Demonstration durchführen wollen, an "fortschrittliche deutsche und ausländische Organisationen" gewandt, um "über ihre Teilnahme an der Demonstration" zu verhandeln. Eine der Forderungen der beigelegten Plattform ist die Forderung: "Gleiches Kindergeld für deutsche und ausländische Arbeiter!" Statt sich an der Demonstration im Dezember in Frankfurt zu beteiligen, die seinerzeit vor allem von spanischen Arbeitern und Organisationen initiiert worden war, soll jetzt offensichtlich eine türkische Entsprechung durchgeführt werden. Die Ziele der Demonstration werden freilich so ausgeweitet, daß die Demonstration rein propagandistischen Charakter bekommt.

Die Plattform trägt die Überschrift: "Kampf der ökonomischen und politischen Unterdrückung". Nun ist ein solcher Kampf offensichtlich nicht eine besondere Angelegenheit der ausländischen oder gar nur der türkischen Arbeiter, sondern offenbar der ganzen westdeutschen Arbeiterklasse, das heißt aller Lohnarbeiter in Westdeutschland, die durch die Kapitalistenklasse ausgebeutet und durch den bürgerlichen Staat unterdrückt werden.

Bedingungen der Einheit

In der Plattform selber wird auch richtig die Parole erhoben: "Deutsche und ausländische Arbeiter eine Kampffront!" Bloß gehandelt wird wiederum nicht danach, denn eine solche Kampffront kann man nicht herstellen, indem man sich entlang von Nationalitäten zu verschiedenen Zeiten in einer Stadt der Bundesrepublik versammelt und den anderen Nationalitäten mitteilt, sie könnten auch mitmachen, und eine solche Kampffront kann man auch nicht erreichen, wenn man sich auf die Arbeitslosigkeit beschränkt und Aktionseinheiten grundsätzlich auf die "revolutionäre Linke" eingrenzt und neben den Gewerkschaften ansiedelt.

Wir meinen, daß ein solch borniertes Vorgehen der Einheit der Arbeiterklasse in keiner Weise dient, daß es auch gar nicht geprägt ist von der Aufgabe, die Einheit der Arbeiterklasse in Westdeutschland herzustellen im Kampf gegen die westdeutsche Kapitalistenklasse und den bürgerlichen Staat, sondern daß er geprägt ist von der Absicht, die eigene Organisation in der eigenen Nationalität zu verankern. Das aber ist zu wenig, denn die türkischen Arbeiter in Westdeutschland sind bekanntlich gezwungen, den Klassenkampf in Westdeutschland zu führen und dies können sie erfolgreich nur, wenn sie sich mit der ganzen Arbeiterklasse verbinden. Daran hindert sie offensichtlich eine Politik, die in Worten die Einheit der Arbeiterklasse hochhält, in den Taten jedoch auf die Herstellung dieser Einheit verzichtet.

Diese Einheit läßt sich nur herstellen, wenn die Verschärfung der Ausbeutung im Betrieb und die Arbeitslosigkeit, sowie der ökonomische und politische Druck auf die Arbeitslosen als zwei Seiten einer Sache gesehen werden: der kapitalistischen Krise und ihrer Ausnutzung und Bewältigung durch die Kapitalistenklasse;
wenn die Einheit der Arbeiterklasse, von Arbeitern in Arbeit und Arbeitslosen, von Männern und Frauen, Erwachsenen und Jugendlichen, und insbesondere von deutschen und ausländischen Arbeitern nicht irgendwo, sondern in den Gewerkschaften angestrebt wird. Darauf wird es vor allem bei der Vorbereitung des 1. Mai, des Kampftages der internationalen Arbeiterklasse, ankommen. Auf die Herstellung einer breiten Einheitsfront in den Gewerkschaften für den 1. Mai müssen die Kräfte bereits heute konzentriert werden.

Der Kampf um die Einheit der Klasse ist bekanntlich nicht leicht, aber wer der Arbeiterklasse einen "leichten Weg" vorschlägt, hat dies noch stets gemacht, um die Arbeiterklasse in die Irre zu führen.

–G.S.–

Abgründe von Ausbeutung

Darmstadt. Die Baufirma Schuchmann beschäftigt etwa 100 ausländische Kollegen, in der Hauptsache türkische Arbeiter. Im Straßenbau sowie im Innenbau haben die Ausländer die schwierigsten und schlechtesten Arbeiten zu machen. Im Innenbau müssen sie z. B. meistens den Estrich verlegen und das heißt, daß sie 8 Stunden am Tag schwere Eimer zu schleppen haben und beim Verlegen des Estrichs den Teer in hoher Konzentration einatmen. Im Straßenbau sind sie damit beschäftigt, die Straße zu asphaltieren, wo sie dann im Sommer der glühenden Hitze ausgesetzt sind. Der Umgang mit Asphalt fördert erwiesenermaßen Krebskrankheiten. Teilweise arbeiten die ausländischen Kollegen schon 10 Jahre bei der Firma und verrichten so lange schon diese Arbeiten.

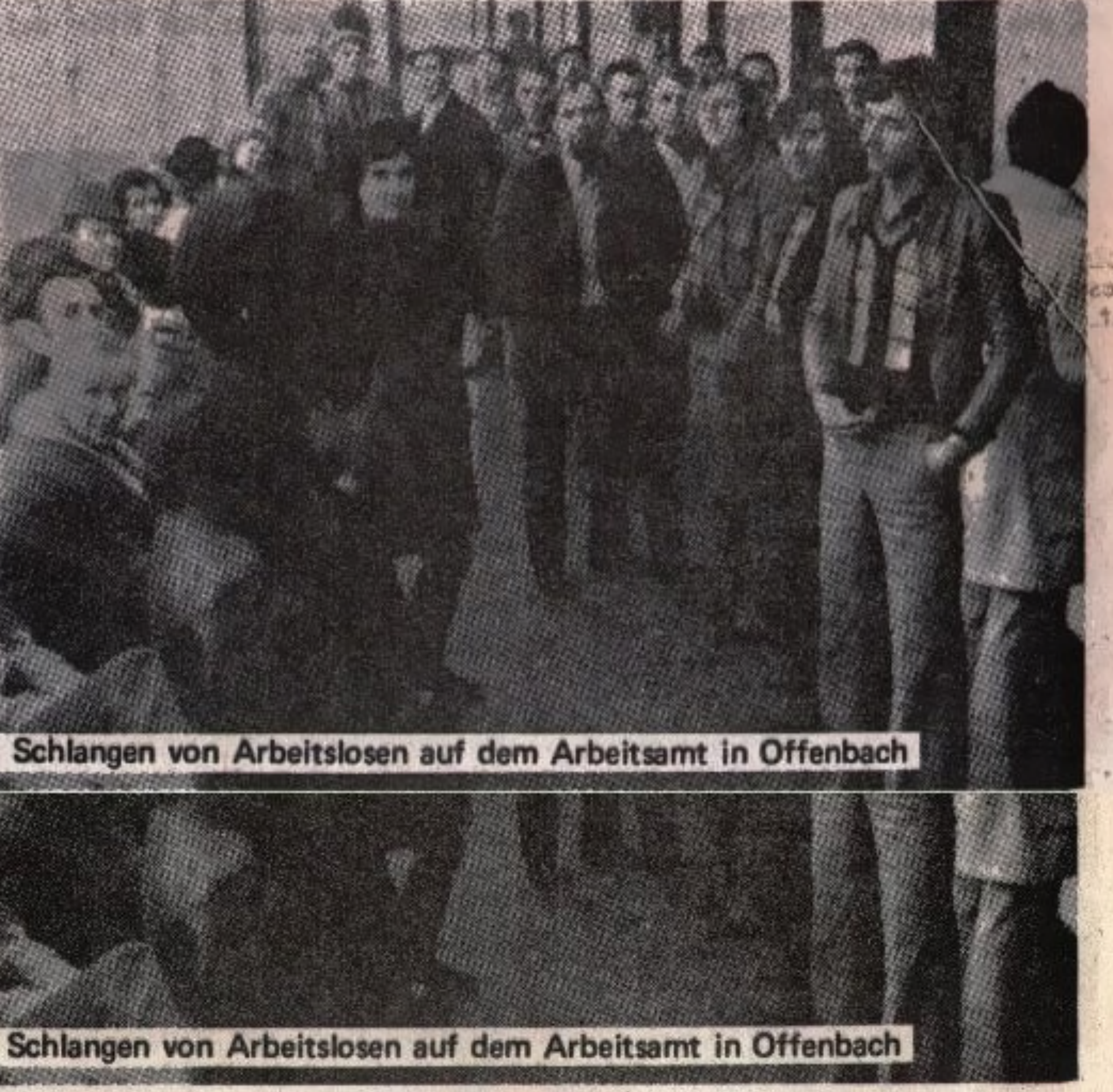
Die Ausländer leben in firmeneigenen Baracken, in winzigen Zimmern, meist zu dritt oder zu viert. Die Zimmer sind naß und kalt und wenn einem nicht schon durch die Arbeit die Gesundheit geraubt wurde, so bekommt man in den Baracken den Rest.

Seit Dezember wurden jetzt ca. 15 Ausländer mit der Begründung, daß keine Arbeit da wäre, entlassen. Damit verlieren die Kollegen nicht nur ihren Arbeitsplatz, sondern auch ihr Dach überm Kopf, denn die Baracken sind Firmeneigentum.

In der Zeit der Krise versucht die Geschäftsleitung außerdem, noch schärfer zu rationalisieren und die Arbeitshetze noch weiter voranzutreiben. Um die Nationalitäten gegeneinander aufzubringen und mit der Arbeitslosigkeit den Druck auf die Kollegen noch weiter zu verschärfen, hat sich die Geschäftsleitung folgendes ausgedacht: Den italienischen Kollegen wurde gesagt, daß sie nicht gekündigt werden, wenn sie mit der Verlegung in den Innenausbau einverstanden sind. Die Geschäftsleitung will damit einen Teil der Kollegen zwingen, körperlich schwerere und gesundheitsschädliche Arbeit (das Legen von Estrich) anzunehmen. Dabei spart die Firma nämlich die Anschaffung von Maschinen und setzt statt dessen billiges Menschenmaterial ein. Diese profitträchtige Methode macht die ausländischen Kollegen kaputt.

Dieses Beispiel zeigt sehr deutlich die Lage der ausländischen Arbeiter. Vor mehr als 10 Jahren ging es dem Baugewerbe gut, es wurden Arbeitskräfte gebraucht und viele ausländische Arbeiter nach Westdeutschland geholt. Und dem Baugewerbe ging es noch besser dadurch, daß man in den Ausländern billige Arbeitskräfte fand, die man für die schwersten körperlichen Arbeiten einsetzen konnte. Heute befindet sich die Bauindustrie in einer Krise. Die Arbeitskraft der ausländischen Arbeiter kann nicht mehr genügend profitabel eingesetzt werden. Den ausländischen Arbeitern wird entweder noch schwerere Arbeit zugewiesen, oder – was meistens der Fall ist – sie werden einfach abgeschoben. Die menschliche Arbeitskraft ist im Kapitalismus eine Ware wie jede andere, sie wird gekauft und verbraucht und wenn man sie nicht mehr braucht, wird sie einfach beiseite geschoben.

(aus der Ortsbeilage Darmstadt)



Schlangen von Arbeitslosen auf dem Arbeitsamt in Offenbach

Schlangen von Arbeitslosen auf dem Arbeitsamt in Offenbach

Unter welchen Forderungen kann sich die Arbeiterklasse gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit zusammenschließen?

Unter welchen Forderungen kann sich die Arbeiterklasse gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit zusammenschließen?

Liebe Genossen!
Bei uns – in einem evangelischen Jugendheim – liest eine Gruppe von Jugendlichen regelmäßig die KVZ. Bei Diskussionen über die Artikel sind dabei folgende Fragen aufgetreten: *Warum fordert der KBW 80 % Arbeitslosengeld und nicht etwa wie die Gruppe Internationaler Marxisten (GIM) und meines Erachtens auch die Gruppe Rote Fahne vollen Lohnausgleich? Warum tritt der KBW nicht für die Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Arbeiter bei vollem Lohnausgleich ein?* Uns ist es nicht gelungen, diese Fragen zu klären, unter anderem, weil die KVZ-Artikel zu diesem Thema zwar richtig die Forderung nach Zahlung des Arbeitslosengeldes für die volle Länge der Arbeitslosigkeit und für eine selbstverwaltete Arbeitslosenversicherung begründen, aber auf die in unseren Fragen angesprochenen Punkte nicht eingehen. Unseres Wissens hat die Arbeiterklasse in Frankreich bereits mehr als die vom KBW geforderten 80 % Arbeitslosengeld erkämpft. – Bei der Diskussion in unserer Gruppe haben sich zwei Standpunkte abgezeichnet. Einerseits erschien die Forderung nach voller Weiterbeschäftigung als innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise nicht zu verwirklichen. Andererseits erscheinen die in Fragen genannten Forderungen besser als die des KBW geeignet zu sein, eine Spaltung zwischen Arbeitslosen und noch Beschäftigten zu verhindern. Vielleicht könnt Ihr zu unseren Fragen mal Stellung nehmen!
Mit solidarischen Grüßen Th.K., i.A. von Jugendlichen aus einem Westberliner Jugendheim

Liebe Genossen,
vielen Dank für Euren Brief. Ich denke, daß wir durch den langen Artikel in der KVZ 29 auch schon Eure Fragen zum Teil beantwortet haben.

Die Forderung nach Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Arbeiter bei vollem Lohnausgleich kann so tatsächlich nicht im Kapitalismus erhoben werden. Es kann uns nicht darum gehen, die Arbeitslosigkeit innerhalb des Kapitalismus abzuschaffen, was ja nicht möglich ist, es muß uns vielmehr darum gehen, den Kapitalismus abzuschaffen, der mit Notwendigkeit immer wieder Arbeitslosigkeit hervorbringt. Ausgehen dürfen wir auch nicht vom Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, sondern ausgehen müssen wir vom Kampf gegen die Ausbeutung und gegen die Verschärfung der Ausbeutung und in diesem Zusammenhang gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit. Der Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung ist die einzige Form des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit selber. Aber auch er kann sie natürlich nicht verhindern. In diesem Kampf sammelt die Arbeiterklasse jedoch die Kraft, die sie braucht, und die Einsicht, um die Ausbeuterordnung selbst zu stürzen. Es hat keinen Sinn, innerhalb des Kapitalismus Forderungen aufzustellen, die innerhalb des Kapitalismus nicht verwirklicht werden können, wenn man nicht reformistische Illusionen in der Arbeiterklasse schüren und aufrechterhalten will, die den Kampf gegen die Ausbeuterordnung behindern.

Genausowenig wie wir gegen die kapitalistische Krise kämpfen können, sondern nur gegen ihre Folgen für die Arbeiterklasse, um den Sturz der Ausbeuterordnung vorzubereiten, genausowenig können wir mit allgemeinen Forderungen gegen die Arbeitslosigkeit kämpfen, sondern nur gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit. Alles andere liefe halt doch auf die reformistische Vorstellung hinaus, es könne innerhalb des Kapitalismus ein Recht auf Arbeit geben. Das heißt natürlich nicht, daß wir nicht gegen jede einzelne Entlassung angehen könnten, das heißt aber, daß wir nicht die allgemeine Forderung "keine Entlassungen" erheben können.

Also noch einmal: Die Hauptkampflinie ist der Kampf gegen die Ausbeutung im Betrieb und ihre Verschärfung durch die kapitalistische Rationalisierung; der Kampf gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit ist unbedingt notwendig, um die ganze Arbeiterklasse zusammenzuschließen und um zu verhindern, daß die Arbeitslosigkeit die Arbeitslosen zum Streikbruch und zur Lohndrückerei zwingt. Ich hoffe, daß all das in dem KVZ-Artikel bereits herauskommt.

Nun zu der anderen Frage: Warum fordern wir "mindestens 80 % Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit" und nicht 100 %?

Wir fordern "mindestens 80 % Arbeitslosengeld . . .", weil wir meinen, daß auf dieser Forderung die ganze Klasse zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt besser zusammengeschlossen werden kann als durch jede andere Forderung. Ihre Durchsetzung würde übrigens eine große Besserung der Lage der Arbeitslosen bedeuten, und sie ist bekanntlich keineswegs leicht durchsetzbar. Die Forderung nach 100 % kann nach unserer Ansicht nicht in der Klasse verankert werden und ist nicht geeignet, der Spaltung in Arbeitslose und solche, die Arbeit haben, entgegenzuwirken. Warum nicht? Weil sie Ungleiches gleich behandelt und weil sie idealistisch ist und nicht materialistisch. Ist der Verschleiß der Arbeitskraft gleich groß, ob sie in der Produktion angewandt wird oder nicht? Nein, er ist nicht gleich groß. Sind die Reproduktionskosten des Arbeiters in der Produktion und des Arbeitslosen gleich groß? Nein, das sind sie nicht. Deshalb hat es auch keinen Sinn, eine Forderung aufzustellen, die diese Tatsache leugnet, denn eine solche Forderung kann niemals in der Arbeiterklasse verankert werden, sondern höchstens bei einem Teil der Arbeitslosen selber und bei den fortgeschrittensten Teilen der Arbeiterklasse. Dies aber auch nur zu Lasten ihrer Verbindung mit der ganzen Arbeiterklasse. Das ist genauso, wie wenn wir nicht fordern würden: "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit", sondern einfach "gleicher Lohn", wenn wir nicht fordern würden: "Lohnerhöhungen in Mark und Pfennig für alle gleich", sondern sagen würden: "Beseitigung aller Lohnunterschiede". Mit einer solchen Forderung könnten wir die Arbeiterklasse nicht vereinheitlichen, weil sie idealistisch ist, das heißt mit den objektiven Tatsachen nicht übereinstimmt. Die Revisionisten wollen uns immer unterschieben, daß wir solche Idealisten sind. Wir haben nicht die Absicht, wie Idealisten uns zu verhalten – zur Freude der Bourgeoisie und zur Freude der Revisionisten.

Die Einheit der Arbeiterklasse kann nicht durch Forderungen hergestellt werden, die die Tatsachen leugnen und tatsächliche Unterschiede unter den Tisch wischen, sondern nur durch solche Forderungen, die die tatsächlich vorhandenen einheitlichen Interessen zum Ausdruck bringen. Bezüglich der Arbeitslosigkeit sind dies solche Forderungen, die verhindern, daß die Arbeitslosen zur leichten Beute der Spaltungsversuche der Kapitalistenklasse werden – dafür ist die "mindestens 80 % . . ." Forderung geeignet, und solche Forderungen, die die Arbeitslosen und die, die Arbeit haben, zusammenfassen als Lohnabhängige, die grundsätzlich arbeitslos werden können – dafür ist die Forderung nach Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherung und Bezahlung ihrer Beiträge durch die Kapitalisten notwendig und geeignet. Manchmal ist halt mehr in Wirklichkeit weniger, weil es der Einheit nicht nützt, sondern schadet.

In Frankreich ist die Lage der Arbeiterklasse nicht besser als hier. Sie erhalten zwar 90 % des Nettolohns, aber ebenfalls höchstens für ein Jahr, und sie müssen die erste beste Arbeit annehmen. Wenn sie das nicht tun, verlieren sie ihr Recht auf Arbeitslosengeld. Die ganze Regelung dient also völlig der Lohndrückerei und der Organisierung des Streikbruchs. Nicht die Höhe des Arbeitslosengeldes ist entscheidend, sondern das Recht auf Auszahlung für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit. Dies ist das allerwichtigste. Wenn es darüber hinaus noch gelingt, mindestens 80 % Arbeitslosengeld durchzusetzen, dann hat die Arbeiterklasse der Kapitalistenklasse einen bedeutenden Hebel der Spaltung der Arbeiterklasse aus der Hand geschlagen. Darauf aber kommt es an und nicht auf idealistisches Zeug wie Gleichbehandlung der Arbeitslosen und der Arbeiter, die Arbeit haben.
Das klingt zwar gut, ist aber in Wirklichkeit opportunistisch.

Ich hoffe, daß ich Eure Fragen zufriedenstellend beantwortet habe. Dabei müßt Ihr auch stets bedenken, daß wir jede dieser Forderungen in den Gewerkschaften gegen die Reformisten und Revisionisten durchsetzen müssen, damit sie die Arbeiterklasse gegenüber dem Staat überhaupt praktisch zur Geltung bringen kann.
Antwortet mir bitte kurz, ob Ihr einverstanden seid oder welche Einwände Ihr habt.
Mit solidarischen Grüßen

Joscha Schmierer

Erfahrungen im Kampf gegen die Aufsplitterung der Lohngruppen

Eine Kollegin aus einem Frankfurter Druckbetrieb berichtet über den Kampf einer Abteilung von 1969 bis heute

Wie in wenigen Jahren der Zusammenhalt der Kollegen in einer Abteilung vorangekommen ist, welche Erfolge dadurch gegen die Fabrikherren erzielt werden können, davon berichtet die folgende Zuschrift einer Kollegin aus einem Frankfurter Druckbetrieb.

Frankfurt. 1969: Ständige Streitereien, versteckte Mißgunst, Angst und Leistungsüberwachung, Heuchelei und Kollegenverräterei waren tagesüblich. Seit Gründung dieses Pressebetriebes 1946 wurde die Versandabteilung, in der nur ungelernte Arbeiter beschäftigt sind, am meisten ausgequetscht. Man erinnere nur an die Akkordarbeiten der Frauen. Frauen wurden damals, obwohl seit 1964 die 40-Stunden-Woche bestand, bis 1969 ohne festen Arbeitsvertrag beschäftigt. Ja, man vergaß sogar 24 Jahre lang, den Überstundenzuschlag zu bezahlen. Damals gab es noch sehr viele Überstunden. Außerdem hatten die Frauen bei gleicher Arbeit und bei gleichermaßen auszuhaltendem Maschinenlärm und dreckiger Luft ihren männlichen Kollegen gegenüber einen zu niedrigen Tarifgruppenlohn. Formalrechtlich gesehen, ist die Frage des gleichen Lohns bei gleicher Arbeit in den Tarifrundenvereinbarungen seit dem 6.2.1956 ratifiziert. Der Fehler, warum dieses Recht noch nicht in die Praxis umgesetzt werden konnte, liegt mit an der in der BRD zu geringen Aktivität von gewerkschaftlicher Frauenarbeit. Viele, zwar Gewerkschaftsbeitrag zahlende, aber passive Frauen gibt es: die nützen den Frauen überhaupt nichts.

Bei den Männern sah es nicht besser aus: mindestens 50 verschiedene Stundenlöhne wurden in der Versandabteilung registriert. Die 50 verschiedenen Stundenlöhne sind entstanden durch Kollegen, die in der damaligen Zeit ihre Arbeitskraft besser zu verkaufen wußten als andere, ängstlichere Kollegen. Oft erfolgte die Einstufung durch das Personalbüro, das Arbeiter oder Angestellte nur

ängstlichere Kollegen. Oft erfolgte die Einstufung durch das Personalbüro, das Arbeiter oder Angestellte nur

nach Gutdünken beurteilte. "Der ist etwas blöd, der kommt in Lohngruppe IV; bei dem ist aufzupassen, der kommt in Lohngruppe V." Die meisten Kollegen und Kolleginnen, fragt man sie nach ihrer Einstufung, fragen zurück: "Was ist das überhaupt?" Die meisten Kollegen und Kolleginnen litten unbewußt unter diesen Ungerechtigkeiten. Die Explosion hing damals in der Luft. So langsam begann unter den Kollegen ein unbewußter, harter und zermürbender Fortschritt-Aufklärungskampf, der bis heute noch nicht abgeschlossen ist.

Der erste Erfolg stellte sich bereits ein. Die 40 Stunden pro Woche arbeitenden Frauen bekamen ihren festen Arbeitsvertrag. Die 20 Stunden pro Woche arbeitenden Frauen ihren Halbtagsvertrag. Außerdem mußte jetzt auch der Überstundenzuschlag voll ausgezahlt werden. Eine winzigkleine Gruppe von Frauen sprach im Jahr 1970 beim Betriebsrat vor und beschwerte sich wegen des zu niedrigen Frauenlohns. Um uns fürs erste ruhig zu halten, speiste man uns Frauen mit 14 Pfennig mehr Lohn ab. Den Männern ging es ebenso; hier bekam nur eine kleine Gruppe, die sich beschwerte, etwas mehr Lohn. Die 14 Pfennige der Frauen waren bald ausgepufft. Durch lang aufgestaute Wut forderte dann eine dieser Frauen auf einer damaligen großen Betriebsversammlung im Jahr 1971 gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Dies war das erste große Erwachen aller Kollegen und Kolleginnen. Die ersten demokratischen, gewerkschaftlichen Abteilungsversammlungen der Versandabteilung wurden mit Hilfe und

demokratischen, gewerkschaftlichen Abteilungsversammlungen der Versandabteilung wurden mit Hilfe und

Unterweisung des Betriebsrates von den Kollegen organisiert. 7 Vertrauensleute wurden von uns gewählt. Durch sehr viele Stimmenabgaben bekamen wir einen sehr aktiven Kollegen in den Betriebsrat hinein.

Vom Deutschen Gewerkschaftsbund wurde 1972 das Jahr der Frau ausgerufen. Diesen Ruf nahm unser Betriebsrat wörtlich, um das Jahr der Arbeitnehmerin nun auch in die Praxis umzusetzen. Mit einer von uns gewählten Vertrauensfrau ging unser Betriebsrat zur Geschäftsleitung, um Verhandlungen zu führen. Diese wehrte sich mit Händen und Füßen dagegen. Im Februar 1973, nach mehreren vorausgegangenen Verhandlungen, kam ohne Arbeitskampf ein sehr gutes Ergebnis zustande. Die tarifliche Lohngruppe III der Frauen wurde gestrichen und die Frauen in die Lohngruppe V eingestuft. Warum wurde die Lohngruppe IV einfach übersprungen? Das Tätigkeitsmerkmal der Lohngruppe IV lautet: für körperlich schwere Arbeiten. Das darf in keinem Fall für Frauen zutreffen! Außerdem hat man mit dieser Lohngruppe IV, die besondere körperliche Kräfte erfordert, in der Praxis für Frauen eine Sperre nach oben hin geschaffen. Diese Formulierung bewirkt in jedem Fall, und das gilt für alle Industriebereiche, daß Frauen überall dort, wo sie der Meinung waren, daß sie aufgrund der körperlich schweren Arbeit in die Lohngruppe IV eingestuft werden müßten, gesagt wurde, nur ein Mann könne und müsse körperlich schwere Arbeit verrichten und man sie darum nur in die Lohngruppen II und III einstufen könne. Lohngruppe V paßt für Mann und Frau, hier heißt das Tätigkeitsmerkmal: für Arbeiten, die fachliche Erarbeitung, erhöhte Eigenverantwortung und Berufserfahrung erfordern.

Durch den Kampf der Frauen waren die Männer nun tarifmäßig gleichgestellt. Sie reagierten, bedingt durch veraltetes, traditionelles Männerdenken, schockiert und empört darüber. Unsere männlichen, ob deutsche oder ausländische Kollegen, waren dann aber ihrerseits nicht faul und forderten mit hartem Druck die Abschaffung der 50 verschiedenen Stundenlöhne. Für die Männer wurde die festbestimmte Lohngruppe V und vier zusätzliche innerbetriebliche Aufspaltungs-Leistungslöhne ausgehandelt. Die Steigerung betrug je Gruppe 33 Pfennige.

Manche Kollegen fühlten sich gegenüber anderen Kollegen ungerecht behandelt, weil sie glaubten, aufgrund technischer Begabung, Mitverantwortung und höheren geistigen Voraussetzungen in die Spitze der Lohnskala eingestuft werden zu müssen. Diejenigen, die schon in der Spitze eingestuft waren, meinten, Kollegen, die weniger beweglich wären, könnte man nur in der Mitte oder am Rande eingruppieren.

Aber es lief auch einiges schief bei uns. Obwohl in einer Betriebsversammlung von 1973 darauf hingewiesen wurde, konnte die Forderung nach Gleichbehandlung unserer Aushelfer noch nicht durchgesetzt werden. Aushilfskräfte sind noch immer in unterschiedlichen Lohngruppen – die Frauen in III und die Männer in IV. Da keine Mehrheit, ja nicht einmal eine Minderheit des Stammpersonals hinter der Forderung stand, war sie auch für den Betriebsrat unpopulär. Zumal von Seiten der Aushelfer selbst auch keine Reaktion kam.

Kampf dem hierarchischen Tariflohnsystem!

–Zuschrift einer Kollegin aus einem Frankfurter Druckbetrieb–

Immer mehr jugendliche Arbeiter ohne Arbeit

Von drei Seiten beleuchten die folgenden Korrespondenzen die Lage der arbeitenden Jugend. Die erste zeigt an einem besonders krassen Beispiel aus Hamburger Kaufhäusern, wie gefährlich die Spaltungsmanöver der Kapitalisten für die arbeitenden Jugendlichen sind.

Die schamlose Ausnutzung von arbeitslosen Jugendlichen durch die Stadt, die in der zweiten Korrespondenz beschrieben wird, ist offenbar weit verbreitete Praxis.

Wie schnell ein junger Arbeiter durch Not zum Kriminellen gemacht wird wenn er allein ist, zeigt die dritte Korrespondenz.

–Red.–

"Ass sticht 10, und Du mußt gehn

"Ass sticht 10, und Du mußt gehn

Hamburg. Ich bin momentan noch Lehrling bei der Firma Dyckhof und will einige Beispiele aufführen, wie die Kapitalisten versuchen, die Lehrlinge gegeneinander auszuspielen. Die Firma Horten löst das "Problem" der Weiterbeschäftigung der ausgelernten Lehrlinge folgendermaßen. Von vier Lehrlingen werden nur zwei in ein weiterführendes Arbeitsverhältnis übernommen. Die vier Lehrlinge werden also zusammengetrommelt, jeder bekommt einen Würfel in die Hand, und die zwei mit der höchsten Augenzahl "dürfen" weiter in der Firma Horten arbeiten. Die Firma Karstadt löst "ihr Problem" nicht mit Würfeln, sondern mit Spielkarten.

Die wohl größte Sauerei hat sich die Firma Kaufhof geleistet. Die fünf ausgelernten Lehrlinge wurden zum Personalchef gerufen. Hier wurde ihnen gesagt, daß nur zwei Lehrlinge übernommen werden könnten. Da aber die Firma Kaufhof eine "humane" Firma sei, bekommen die Lehrlinge nun eine Freistunde, können sich in die Kantine setzen und in Ruhe besprechen, wer nun geht und wer weiter in einem so "humanen" Haus wie dem Kaufhof arbeiten darf. Von wegen in Ruhe besprechen! Der Personalchef lacht sich eins ins Fäustchen und die Lehrlinge waren dicht davor, sich die Köpfe einzuschlagen.

Sobald die Kollegen sich darauf einlassen, unter sich zu entscheiden, wer gehen soll, sind die eigentlichen Fronten verwischt. Nicht mehr der Kapitalist erscheint als der eigentliche Gegner, sondern der andere Kollege, der den Arbeitsplatz streitig macht. In einer solchen Situation kann der Kapitalist sich tatsächlich die Hände reiben. Er als Ausbeuter ist aus der Schußlinie. Nicht die Ausbeutung wird mehr von den Arbeitern angegriffen, sondern die Tatsache, daß sie keinen Ausbeuter mehr finden. Dieses Beispiel macht deutlich: Die Arbeitslosigkeit spaltet die Arbeiterklasse und macht es schwer, einheitlich gegen die Folgen der Krise vorzugehen. Gleichzeitig aber macht gerade die Krise das einheitliche Vorgehen der Arbeiterklasse nur umso dringender.

–L., KAJB-Hamburg–

Für 1,- DM die Stunde

Koblenz. Mit 17 Jahren ging ich in eine Lehre. Wie wohl sehr viele Lehrlinge lebte ich damals noch in der Illusion, tatsächlich eine Ausbildung zu erhalten. Ich wurde jedoch schnell aus diesem Traum herausgerissen. Meine Tätigkeit bestand darin, für den Meister "Mädchen für alles" zu spielen. Ich mußte putzen, kehren, Toiletten reinigen, Botengänge machen und sonstige Hilfsarbeiten verrichten. Als ich mich bei meinem Meister wegen dieser Ausbildung beschwerte, wurde ich von ihm geschlagen. Dies war für mich der Anlaß, das Lehrverhältnis zu kündigen. Ich bemühte mich sofort um eine neue Lehrstelle oder Arbeitsstelle überhaupt. Gleichzeitig meldete ich mich arbeitslos. Mein Antrag auf Arbeitslosengeld konnte nicht sofort bearbeitet werden, da mein ehemaliger Chef die erforderlichen Papiere nicht einreichte. Das Arbeitsamt schickte mich deshalb zur Überbrückung zum Sozialamt. Dort wurde mir mitgeteilt, daß ich nur dann finanziell unterstützt werde, wenn ich auch bereit bin zum Arbeiten. Ich wurde dann vom Sozialamt zu einer Arbeitskolonne auf den Friedhof geschickt. Wir säuberten die Friedhofsanlagen und verrichteten alle Tätigkeiten, die sonst von städtischen Arbeitern geleistet werden. Die Arbeitskolonne bestand aus städtischen Arbeitern und Sozialhilfeempfängern. Der Stundenlohn für die Sozialhilfeempfänger beträgt 1 DM. Vom Sozialamt erhielt ich dann noch 67 DM wöchentlich. Der Stadt fehlen noch Arbeiter. Mit den Sozialhilfeempfängern spart sie natürlich eine Menge Geld. Wird nun aber mein Antrag auf Arbeitslosengeld bewilligt, bekomme ich so wenig, daß ich nicht davon leben kann. Zur Zeit wird das Arbeitslosengeld nämlich errechnet nach dem, was man zuletzt verdient hat. Als Lehrling hatte ich aber nur 150 DM monatlich.

–L.H., Koblenz–

In der Textilindustrie hat die Krise Zehntausende auf die Straße geworfen

Wie die Kurzarbeit zur Spaltung benutzt wird

Ich arbeite bei dem Textilbetrieb Hammersen in Osnabrück, der auch zum Dierig-Konzern gehört, dessen geschichtliche Entwicklung von der Ausbeutung der Weber im alten Schlesien bis zur Ausbeutung der modernen Arbeiterklasse in großen Fabriken schon einmal in der KVZ behandelt worden ist. Seit der letzten Woche im November 1974 arbeiten die Arbeiter bei Hammersen in Osnabrück kurz. Im nächsten Monat soll auch das technische Personal in Kurzarbeit treten.

In dieser Situation versuchen die Kapitalisten nun verstärkt, einen Keil zwischen die deutschen und ausländischen Arbeiter zu treiben. Und das geschieht so:

Oft kommt bei dieser Kurzarbeit die Produktion ins Stocken, weil in einigen Abteilungen voll weitergearbeitet wird, und hierbei die Kurzarbeiter, die teilweise Vorprodukte liefern, natürlich nicht mehr mithalten können. Jetzt geht die Geschäftsleitung, repräsentiert durch ihre Meister, hin und bringt ausländische Kollegen dazu, länger zu arbeiten. So ist es vorgekommen, daß in einer Abteilung portugiesische Kolleginnen auf Spätschicht Überstunden gemacht haben, wo am selben Tag in der Frühschicht nur 5 Stunden kurzgearbeitet wurde. (In der Frühschicht waren nur deutsche Kolleginnen da.)

In einer anderen Abteilung, in der auch kurzgearbeitet wird, ist aufgrund des großen Bedarfs der nachfolgenden Abteilungen keine Zeit, um die Maschinen zu putzen. Als sich der Schlosser weigerte, die Maschinen demnächst zu reparieren, weil sie ja schließlich in total verdrecktem Zustand nicht laufen können, wurden türkische Kolleginnen für den nächsten wegen Kurzarbeit freien Tag einzig und allein zum Putzen der Maschinen in die Fabrik bestellt. Unsere ausländischen Kollegen tun diese Arbeit nicht, weil sie so gerne arbeiten, sondern weil sie befürchten, die ersten zu sein, die rausgeschmissen werden, denn das kann man ja auch in jeder Zeitung lesen. Sie meinen vielleicht, wenn sie sich besonders gefügig anstellen, werden sie vom Damoklesschwert der Entlassung verschont werden.

Doch gerade jetzt in der Zeit der Krise ist es notwendig, daß die Arbeiter sich den Kapitalisten als eine fest zusammengeschlossene Front gegenüberstellen, denn sonst ziehen die Kapitalisten erst einigen, z.B. den ausländischen Arbeitern das Fell über die Ohren, um dann den restlichen Teil der Arbeiterklasse nur fester in den Krallen zu behalten.

Deswegen brauchen wir alle, deutsche und ausländische Arbeiter die gleichen Rechte, um die gleichen Voraussetzungen zu haben für den Kampf gegen die Kapitalisten und ihre Ordnung. Und deswegen ist die Forderung aus dem Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland auch richtig, die die völlige Gleichberechtigung von Ausländern, die in der Bundesrepublik leben, fordert.

–B., Osnabrück–

Was soll man tun, wenn man Hunger hat?

Dies ist die Geschichte eines 16-jährigen Jugendlichen, den ich zufällig kennengelernt habe: Er kommt aus ärmlichen Verhältnissen. Da der ältere Bruder in der Volksschule nicht mitkam, haben die Eltern ihn dann gleich zur Sonderschule geschickt, obwohl gar kein Anlaß dazu bestand. In der Sonderschule waren 45 bis 50 Schüler in drei oder vier Klassen eingeteilt. Es gab nur einen Lehrer für alle Schüler. Neun Jahre verbrachte er in dieser Schule und meint, nicht so viel gelernt zu haben wie andere in fünf Volksschuljahren.

Nach der Schule, als er 14 war, bestanden die Eltern darauf, daß er eine Lehre macht. Sie schickten ihn als Kellnerlehrling in ein Hotel in einer Kleinstadt. Dort lernte er viel: 12 1/2 Stunden am Tag schuften, Klo putzen, Keller aufräumen usw. und vor allen Dingen nicht aufzumucken. Von Kellnerlehre keine Rede: in 2 1/2 Jahren hat er insgesamt vielleicht zwei Wochen serviert. Für diese Schinderei hat er 80 DM im Monat gekriegt, im zweiten Lehrjahr 90 DM. Kost und Logis frei. Das Logis war eine winzige Kammer, wo gerade ein schmales Bett und ein Schrank reinpaßten. Ein freies Wochenende hat er in dieser Zeit zweimal gehabt.

Nach 2 1/2 Jahren war er so kaputt, daß er die Lehre abbrach. Seine Eltern waren darüber so erbost, daß sie ihn gleich vor die Tür setzten. Weil er sich gegen die Unterdrückung und Aggression seines Vaters handgreiflich zur Wehr setzte, hat er sich eine Vorstrafe wegen Körperverletzung eingehandelt.

Nun treibt er sich herum: ohne Geld, ohne Bleibe, ohne Papiere. Er will nicht nach Hause und kann nicht nach Hause, um sich wenigstens seine Papiere zu besorgen, weil die Eltern ihn sofort in ein Erziehungsheim stecken würden. Für sie ist er ein Nichtstuer und Krimineller. Ohne Papiere kann er jeden Tag von der Polizei aufgegriffen werden, kommt er noch nicht mal in ein Asyl rein. Um nicht zu hungern, muß er klauen; um nachts schlafen zu können, muß er irgendwo eindringen. Sein Weg in die Kriminalität ist vorgezeichnet; und das weiß er auch. Er hofft nur daran vorbei zu kommen.

Hilfe wollte er keine haben. Ihm könne keiner helfen. Jeder müsse selbst sehen wie er sich durchschlägt. Die wenigen Rechte, die er als Jugendlicher hat, kennt er nicht. Vom Jugendschutzgesetz hat er noch nie was gehört und Solidarität hatte er bisher nie erfahren.

Es kommt darauf an, ihn mit anderen Jugendlichen zusammenzubringen, damit er erfährt, daß sein Problem nicht sein individuelles ist, sondern das aller werktätigen Jugendlichen und daß sie sich dagegen zur Wehr setzen und für eine Gesellschaft kämpfen können und müssen, in der ein Jugendlicher gar nicht mehr in eine solche Situation hineingeraten kann wie er, weil es keine Ausbeutung mehr gibt. Mit diesem Ziel wird er auch seine Rechte nutzen können und sein Kreuz grade machen.

–h.s.–





Die Ausbildung der Arbeiterjugend ist keine Privatangelegenheit der Kapitalisten!

Die westdeutschen Kapitalistenverbände haben der Bundesregierung ein Ultimatum gestellt: Entweder verzichtet sie auf ihre geplanten Reformvorhaben zur Berufsausbildung, oder es wird im kommenden Jahr 40 000 Ausbildungsplätze in Industrie, Handwerk und Handel weniger geben. Das sind 10 % aller derzeit zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätze. So steht es in verklausulierter Form in einem Schreiben, das die Kapitalistenverbände in der vergangenen Woche dem Bundeskanzler übergeben haben.

Die Kapitalisten drohen also damit, die heute schon bestehende Jugendarbeitslosigkeit weiter zu erhöhen und noch mehr junge Arbeiter von jeglicher Ausbildung ihrer Arbeitskraft auszuschließen, wenn man ihnen nicht zu Willen ist.

Die Kapitalisten bestimmen die Berufsausbildung

Worin besteht ihr Wille in dieser Frage? Ihr Wille besteht darin, daß es mit der Berufsausbildung so bleiben soll, wie es ist. Heute hat kein junger Arbeiter ein Recht auf eine Berufsausbildung. Es ist die Privatsache der Kapitalisten, ob einer nach der Schule noch eine weitere Ausbildung bekommt oder nicht. Wenn kein Kapitalist ihn als Lehrling einstellt, ist er der Dumme. Wenn er aber vom Kapitalisten eingestellt ist, dann bestimmt der darüber, was gelernt wird und wie die Ausbildung aussieht. Über die Kammern kontrollieren die Kapitalisten sogar die Prüfungen. Die Kapitalisten stehen hier auf dem Standpunkt, daß sie es sind, die die Arbeiter bezahlen und ihre Arbeitskraft kaufen. Und daß die Arbeitskraft der Arbeiter – einmal gekauft – auch ihnen gehört. Sie betrachten es deshalb als ihre Sache, wie sie mit dieser Arbeitskraft verfahren; wie lange und wie gut sie diese Arbeitskraft ausbilden, und wieviele Arbeiter überhaupt eine über die Schule hinausgehende Ausbildung bekommen sollen. Sie können auch der wenig oder kaum ausgebildeten Arbeitskraft Mehrarbeit abpressen und ihr Interesse geht dahin, die Kosten für die Ausbildung der Arbeitskraft so weit wie irgend möglich einzuschränken.

Also bilden sie einerseits nicht alle aus, sondern nur einige. Und unter denen, die eine Ausbildung bekommen, beginnen sie neuerdings noch einmal mit dem Stufenplan zu sieben. Das ist der Standpunkt der Kapitalistenklasse. Und er bewährt sich für sie besonders in Krisenzeiten wie jetzt, wo die Kapitalisten besonders stark an den Lohnkosten sparen. Sie können dann zeitweise fast ganz darauf verzichten, junge und unausgebildete Arbeitskräfte zu kaufen und so Kosten für die Ausbildung sparen.

Mit den Interessen der Arbeiterklasse und der arbeitenden Jugend ist dieser Standpunkt der Kapitalistenklasse ganz und gar nicht vereinbar. Für sie ist die Arbeitskraft einziger Besitz, von deren Verkauf an die Kapitalisten sie ihr Leben fristen. Ihr Interesse besteht darin, über eine möglichst gute Ausbildung zu verfügen, so daß sie ihre Arbeitskraft gut verkaufen können. Während die Kapitalisten also beanspruchen, daß die Ausbildung der von ihnen gekauften Arbeiter ihre Privatsache sei, ist es das Interesse der Arbeiter, für ihr Recht auf gute und vielseitige Ausbildung ihrer Arbeitskraft einzutreten. Welche von beiden Seiten sich dabei durchsetzen kann, darüber entscheidet der Klassenkampf.

Welche Rolle spielt nun dabei die Bundesregierung und warum haben ihr die Kapitalistenverbände ein Ultimatum gestellt? Auch die Bundesregierung geht keineswegs aus vom Recht der Arbeiterjugend auf Bildung ihrer Arbeitskraft. Sie gesteht den Kapitalisten zu, daß die berufliche Ausbildung im Normalfall in ihrer Hand bleiben soll. Sie will nur das schlechte Angebot an Ausbildungsplätzen durch überbetriebliche Lehrwerkstätten zu ergänzen versuchen. Sie hält also daran fest, daß die Berufsausbildung Privatsache der Kapitalisten bleibt, die auf dem Markt junge Arbeiter eingekauft haben. Sie will nur auf dem Markt für junge Arbeitskräfte einen gewissen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage herstellen durch überbetriebliche Lehrwerkstätten, für die solche Betriebe eine Sonderzahlung leisten sollen, die keine eigenen Ausbildungsstätten unterhalten.

Die Bundesregierung versucht also durch "marktkonforme" Mittel zu wirken. Und die Kapitalisten reagieren darauf in der für sie selbstverständlichen Weise: Sie behandeln die Bundesregierung als unerwünschten Konkurrenten auf einem Markt, wo sie bisher ganz alleine als Käufer auftreten konnten und wo ihnen jetzt die Bundesregierung die Preise zu verderben droht: Sie drohen damit, noch weniger jugendliche Arbeitskraft zu kaufen. Wie die Sache ausgehen wird, liegt dabei jetzt schon fest: Nach einigem Hin und Her wird die Bundesregierung nachgeben, und die Kapitalisten werden den Markt behaupten. Das fällt ihnen gegenwärtig besonders leicht, weil sie wegen der kapitalistischen Krise andere Arbeitskräfte kaufen und so die Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen erhöhen können. Man sieht: Auf dem Weg, den die Bundesregierung gehen will, kann man nicht aufkommen gegen die Kapitalisten, selbst dann nicht, wenn man ehrliche Absichten unterstellen wollte.

Man muß die Einheitsschule fordern

Weiter kommen kann die Arbeiterklasse und die Arbeiterjugend nur, wenn sie den Kapitalisten grundsätzlich das Recht streitig macht, die Ausbildung der Arbeitskraft als ihre Privatsache zu behandeln und wenn sie dem bürgerlichen Staat ein Gesetz abtrotzt, worin er das Recht auf Ausbildung der Arbeitskraft anerkennt und ein Schulwesen zugesteht, in dem dieses Recht verwirklicht werden kann. Man muß also gegenüber dem Staat für das Recht der arbeitenden Jugend eintreten auf "unentgeltliche und obligatorische, allgemeine, theoretisch und praktisch die Grundlagen aller Hauptzweige der Produktion vermittelnde Bildung für Kinder beiderlei Geschlechts bis zum 18. Lebensjahr". (Programm des KBW) Für ein solches Recht kann man nicht gegenüber dem einzelnen Kapitalisten eintreten.

Um dieses Recht zu verwirklichen, muß man vom Staat die **Einheitsschule** fordern, in der eine solche Ausbildung stattfinden kann. Und man muß die "Versorgung aller Schüler mit Nahrung, Kleidung und Lehrmitteln auf Staatskosten" fordern, weil sonst die Arbeiter und Angestellten sich eine so lange Schulzeit ihrer Kinder nicht leisten können.

Ist aber ein solches Vorgehen nicht ganz und gar unrealistisch und abstrakt, weil es sich auf nichts Vorhandenes stützen kann? Das ist es keineswegs. Es ist vielmehr das einzig realistische, weil es sich auf die Kraft der arbeitenden Massen selber stützt.

Die gegenwärtige Schulpflicht ist ein reiner Hohn

Die Forderung nach der Einheitsschule liegt im Interesse der ganzen Arbeiterklasse und ihrer Jugend. Sie liegt im Interesse aller, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen und nicht die Bildung als ein Privileg genießen wollen. Und diese Forderung kann sich beziehen auf die tatsächlichen Verhältnisse und den stattfindenden Kampf gegen diese Verhältnisse.

Formell gibt es in der Bundesrepublik heute schon die Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr. Aber für die Jugend der arbeitenden Klasse ist das ein reiner Hohn. Nach 9 Jahren in schlechter ausgestatteten Schulen für das Volk, soll die Berufsschule neben der Lehre die Erfüllung der Schulpflicht gewährleisten. Auch nur von den durchweg vorgesehenen zwei Berufsschultagen in der Woche kann aber nirgends die Rede sein. Für Bremen sind kürzlich folgende Zahlen bekanntgeworden aus einem Schreiben des Bildungssenators an die Deputation für Bildung: "An der Allgemeinen Berufsschule sind am Stichtag, dem 15.11.1974 insgesamt 1 481 Schüler gemeldet gewesen. … 355 deutsche Schüler – überwiegend im 17.Lebensjahr (d. h. im letzten Schuljahr) erhalten zur Zeit keinen Berufsschulunterricht." Und von den Ausländern werden "52 Jugendliche zur Zeit nicht beschult". 407 von 1 481 Berufsschülern bleiben also ohne jeden Unterricht. Das ist die Wirklichkeit der Schulpflicht bis zum 18.Lebensjahr für die Jugend der arbeitenden Bevölkerung. Es handelt sich in Wirklichkeit dabei um ein reines Instrument der staatlichen Schikane gegenüber den Jugendlichen. Für die arbeitende Jugend verbindet sich damit keinerlei Recht auf eine Ausbildung.

Für dieses Recht, das die Jugend der besitzenden Klasse heute als ein Privileg genießt, muß die Arbeiterklasse und mit ihr die Arbeiterjugend kämpfen. Und sie kann dafür kämpfen, weil in Hinblick auf diese Forderung keine Spaltung auftreten kann nach jugendlichen Hilfsarbeitern und Lehrlingen, nach Lehrlingen in der großen Industrie und beim kleinen Krauter. Ein erster Schritt in dieser Richtung ist die Forderung nach Berufsschulausbildung an zwei arbeitsfreien Wochentagen. Und die Forderung, daß arbeitslose Jugendliche das Recht haben müssen auf Teilnahme an Facharbeiterklassen ihrer Wahl in der Berufsschule und auf Unterricht in einem solchen Umfang, daß sie die Facharbeiterprüfung ablegen können, liegt auf derselben Linie. Das sind Forderungen, die gegenüber der Berufsschule und dem Staat als Träger rufsschule und dem Staat als Träger der Berufsschule erhoben werden müssen. Notwendig sind das Forderungen, die von der Arbeiterklasse erhoben werden, denn ihr Nachwuchs ist es vor allem, der zur Berufsschule geht.

Den Einfluß der Kapitalisten und ihrer Kammern auf die Berufsschule bekämpfen

Gestellt werden müssen sie in der Perspektive, die polytechnische Einheitsschule zu erkämpfen, in der die Ausbildung der Arbeiterjugend wie die Ausbildung aller Jugendlichen nicht mehr Privatsache einzelner Kapitalisten und ihrer Kammern ist, sondern öffentliche Angelegenheit, die vom Volk kontrolliert wird. Heute, wo die Einheitsschule noch nicht erkämpft ist und die Berufsschulen Schulen nur der arbeitenden Jugend sind, bekämpfen wir schon den Einfluß der Kapitalisten und ihrer Kammern auf die Berufsschule und treten ein für ein unbeschränktes Zutritts- und Inspektionsrecht der Gewerkschaften und der Betriebsräte in den Berufsschulen, damit die Zustände an diesen Schulen von der Arbeiterbewegung leichter aufgegriffen und bekämpft werden können.

Die jungen Arbeiter müssen sich vor den Folgen der Krise schützen

In der gegenwärtigen Krise erfährt der Nachwuchs der arbeitenden Klasse unmittelbar, daß ihm die Kapitalisten nicht nur das Recht auf Ausbildung zu verweigern suchen, sondern daß es im Kapitalismus auch kein Recht auf Arbeit gibt. Notwendig ist es, daß diese jungen Arbeiter, die gleich von der Schule weg arbeitslos werden, vor den Folgen der Arbeitslosigkeit sich schützen können. Deshalb müssen die Schulabgänger, die keine Arbeit finden, als Arbeitslose anerkannt werden. Für ein Arbeitslosengeld muß eingetreten werden in Höhe von 60 % des durchschnittlichen Facharbeiterecklohnes, entsprechend der Vergütung, die auch für die Jugendlichen in der Lehre erkämpft werden muß. Die jungen Arbeiter müssen in der Lage sein, sich selbst ausreichend zu versorgen und über ein Minimum zu verfügen. Das gilt für die, die eine Lehre machen, und ebenso für die, die keine Arbeit bekommen.

Die gegenwärtige Krise mit ihren über hunderttausend Arbeitslosen im Alter von 15 bis 18 Jahren, mit der großen Zahl von Schulabgängern, die keine Ausbildungsstelle finden, wird unter dem Nachwuchs der Arbeiterklasse schlimme Schäden anrichten. Viele werden darin für ihr Leben gezeichnet, zur Hilfsarbeiterexistenz verdammt, in den Elendssuff und in die Kriminalität getrieben. Dieser Entwicklung darf die Arbeiterklasse nicht ihren Lauf lassen, sondern muß ihr entgegentreten.

Der Lehrer konnte die Debatte nicht verhindern

Bei uns in der Jungarbeiterklasse der Berufsschule Diepholz, die zum größten Teil aus arbeitslosen Jugendlichen und Hilfsarbeitern besteht, entwickelten sich in den letzten Unterrichtsstunden lebhafte Debatten über die momentane wirtschaftliche Lage und über die beschissene Situation der Arbeitslosigkeit.

Nachdem zwei Jugendliche kurz berichteten wie es ihnen gegangen ist, daß sie beide nach einigen Monaten Arbeit entlassen worden sind, berichteten einige andere, daß sie auch schon Briefdrohungen und ähnliches von der Firma bekommen hätten. Sofort schaltete sich schnell der Lehrer in die Diskussion ein und wollte die aufgebrachten Schüler beschwichtigen. Doch diese ließen sich durch die Argumente des Lehrers nicht beruhigen und stellten ihm die wirkliche Situation in den Betrieben und auf dem Arbeitsamt dar. Nachdem er dann sagte, diese Krise würde genauso vorübergehen wie sie gekommen sei, stellten die Jugendlichen heraus, daß wir es aber sind, auf deren Rücken die Krise ausgebadet wird. Weiter sagte er ganz dreist, diese Krise sei nichts neues und deshalb nichts besonderes, man habe im Kapitalismus schon viele Krisen dieser Art überstanden und werde auch jede weitere Krise dieser Art meistern. Daß aber wir jugendliche Arbeiter sehr stark davon betroffen sind, schien ihm nicht einzuleuchten. Wir können keine vernünftige Ausbildung genießen, müssen unter teilweise menschenunwürdigen Umständen schuften, bis wir abends kaputt sind und erfahren so schon früh die Lasten des Kapitalismus. Einige sagten dann ganz spontan, damals, als wir angefangen haben zu arbeiten, hat man uns gern genommmen, dann haben wir für das bißchen Geld die Drecksarbeit machen müssen und jetzt schmeißen sie uns raus. Als ich dann Beispiele aus China brachte und sagte, daß man dort keine Krisen in dieser Form kennt, daß es dort keine Arbeitslosen gibt und daß alle Jugendlichen eine vernünftige Ausbildung genießen können, ging das dem Lehrer wohl doch zu weit. Mit plumpen Argumenten versuchte er alles abzustreiten, verfiel aber auf die Dauer in soviel Widersprüche, daß viele Schüler nur noch über ihn lachten. Gemeinsam stellten wir heraus, daß diese Gesellschaft nichts taugt, denn wenn sie, wie ja auch der Lehrer sagt, in gewissen Zeitabständen notwendigerweise Krisen produziert, die wir dann ausbaden müssen, muß sie abgeschafft werden. Trotz der Drohung des Lehrers, der uns letzlich gar nichts anhaben kann, redeten wir weiter und er wußte weder ein noch aus. Wir Jugendlichen aber haben gesehen, daß die Erfahrungen, die jeder macht, nicht die Erfahrungen einzelner, sondern eines Großteils der Arbeiterjugendlichen und auch der älteren Kollegen sind. Wir haben erkannt, daß wir selbst nach Lösungen suchen müssen. Einige der Schüler haben mir zugestimmt, wenn ich sagte, diese Verhältnisse müssen von Grund auf verändert werden und unsere Perspektive ist der Sozialismus. Sie kauften die KVZ und ließen sich vom Lehrer, der hier ganz offensichtlich gezeigt hat, auf wessen Seite er steht, nicht beeindrucken.

–G.I., Diepholz–

"Unverantwortliche Schulpolitik"

Der Widerstand gegen die Nichteinstellung von Lehrern in Hessen und Rheinland - Pfalz nimmt zu

Resolution der IG Metall gegen "unverantwortliche Schulpolitik"

Speyer. Der Vertrauenskörper der IG Metall in der Firma VFW-Fokker, Speyer, protestiert in einer Resolution gegen die zum 1.Februar 1975 geplante Nichteinstellung ausgebildeter Lehrer in den rheinland-pfälzischen Schuldienst. In der Resolution heißt es:

"Es ist eine unverantwortliche Schulpolitik, wenn nach jahrelangem und noch bestehendem Lehrermangel jetzt ausgebildete Lehrer auf der Straße bleiben sollen.

Diese Sparmaßnahmen der rheinland-pfälzischen Landesregierung treffen in erster Linie die Lohnabhängigen und ihre Kinder. Durch diese Maßnahme wird weiterhin Schulunterricht ausfallen und die Klassenstärke nicht verringert werden können. So müssen in den Speyerer Grundschulen und Hauptschulen die Kinder in Klassen bis 40 Schüler unterrichtet werden.

An der Woogbachschule wurden sogar aus sechs ersten Klassen fünf gemacht, so daß dort in allen ersten Klassen durchweg rund 45 Kinder zusammengepfercht sind.

An vielen Schulen in den umliegenden Gemeinden von Speyer sieht es nicht viel besser aus. Auch wenn Lehrkräfte ausfallen (wegen Krankheit oder Schwangerschaft) ist oft niemand da, der alle Unterrichtsstunden in Vertretung übernehmen kann, so daß stellenweise der Unterricht für die Kinder ganz ausfallen muß.

Wir haben größtes Interesse daran, daß unsere Kinder gut ausgebildet werden und fordern deshalb die Landesregierung auf, alle ausgebildeten Lehrer einzustellen.

Aus diesem Grunde solidarisieren wir uns mit den Forderungen der Junglehrer und des Schulelternbeirates der Woogbachschule zum Bau der Schule im Erlichgebiet."

Am 20.1. fand in der Mainzer Universität eine Veranstaltung mit Kultusminister Vogel vor 500 Studenten statt, auf der die Mainzer Studenten aufs schärfste die Bildungspolitik des Ministers verurteilten. Als die Studenten eine Resolution gegen die Nichteinstellung der Studenten der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule und gegen die miserable Lage im Volksbildungswesen verabschieden wollten, verließ der Minister sofort den Saal. Diese Resolution wurde dann mit überwältigender Mehrheit verabschiedet

Kelsterbach. Die DGB-Kreismitgliederversammlung vom 13.1. faßte einstimmig einen Beschluß, in dem gefordert wird: Sofortige Einstellung aller Referendaranwärter in den Schuldienst, keine Wartelisten für Referendare und Lehrer. Der Personalentwicklungsplan in der vorliegenden Fassung muß vom Tisch! Die gleiche Resolution wurde von der Personalversammlung der Gesamtschule Kelsterbach am 15.1.75 verabschiedet.

Kelsterbach. Im Kelsterbacher DGB-Ortskartell wurde auf Initiative der GEW-Vertreter am vorletzten Mittwoch eine Resolution gegen die Nichteinstellung von Lehrern verabschiedet und konkret über die Folgen dieser Maßnahme diskutiert.

Lampertheim. Die Ortsmitgliederversammlung Lampertheim der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat sich am 6.12.1974 in einem Antrag an die Vertreterversammlung entschieden gegen die Nichteinstellung von Referendaren und Lehrern ausgesprochen.

Frankfurt/Main. Die Hauptversammlung der GEW Frankfurt beschloß am 14. Januar, eine breite Protestkundgebung für den 22. Februar unter freiem Himmel gegen die Folgen der Jugendarbeitslosigkeit und der staatlichen Sparmaßnahmen im Volksbildungswesen durchzuführen. Dazu sollen auch die anderen Einzelgewerkschaften, der DGB und die Vertretungsorgane der Schüler und Eltern gewonnen werden.

Der Vorstand ist jetzt verpflichtet, dem Beschluß der Mitglieder mit aller Kraft zur Geltung zu verhelfen.

Borken. Am 14.1.75 hat die Personalversammlung des Studienseminars 22 in Borken (Nordhessen) einstimmig eine Resolution gegen die Nichteinstellung von Lehramtskandidaten in Hessen verabschiedet. In unserem Studienseminar sollen zirka 30 Lehramtskandidaten nicht eingestellt werden. Die Gründe sind dem Personalrat des Studienseminars nicht bekannt, weil die Entscheidung hinter verschlossenen Türen im Regierungspräsidium in Kassel getroffen wurde. Aus dem gleichen Grund hat der Personalrat der Einstellung der übrigen (zirka 40) Lehramtskandidaten nicht zugestimmt. Er fordert die Offenlegung der Akten und Gründe für Einstellung oder Nichteinstellung.

—C., Treysa—

Hanau. Der Ausschuß junger Lehrer und Erzieher in der GEW Hanau verabschiedete am 15.1. eine Entschließung an die GEW-Kreismitgliederversammlung, in der die Einstellung aller ausgebildeten Lehrer in den Schuldienst gefordert wird.

Mainz. Der Zentrale Fachschaftsrat der Universität Mainz sowie die Fachschaft Germanistik verabschiedeten eine Resolution, in der die sofortige Einstellung aller Lehrer in den Schuldienst in Rheinland-Pfalz gefordert wird. Sie forderten ihren Allgemeinen Studentenausschuß auf, in der Landesastenkonferenz auf die Durchführung einer zentralen Demonstration in Mainz hinzuwirken.

Worms/Landau/Koblenz. Die Studentenschaft der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Rheinland-Pfalz faßte eine Entschließung, in der sie die "Einstellung aller Kandidaten für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Sonderschulen zum 1. Februar" fordert.

Kaiserslautern. Am 15.1. fand hier ein Treffen der Schülersprecher der Gymnasien des Kreises Kaiserslautern/Kusel statt. Auf diesem Treffen wurde eine Resolution mit der Forderung nach Einstellung aller ausgebildeten Lehrer einstimmig verabschiedet.

Nordpfalz. Die Versammlung der Schülervertreter des Bezirks Nordpfalz, die am 15.1.1975 stattfand, stellte folgende Forderungen an die Landesregierung Rheinland-Pfalz: "Sofortige Einstellung aller ausgebildeten Lehrer! Sofortige Aufhebung des Beschlusses der Landesregierung!" Die Schülervertretung erklärte, daß durch diesen Beschluß der Landesregierung die miserablen Zustände im Volksbildungswesen nur noch enorm verschärft würden.

Die Kollegen wissen wie die Lage an der Schule ist

Im Betrieb sind viele Kollegen empört über die Nichteinstellung von knapp 800 Referendaren, während am gleichen Tag in der Zeitung zu lesen war, daß allein in Hessen 6 000 Lehrer fehlen. Die Kollegen sind deshalb empört, weil sie sehr viele Kinder in der Schule haben. Daher wissen sie genau, wie die Lage für ihre Kinder derzeit an der Schule ist:

Einer erzählte z. B., daß sein Sohn dauernd krank ist, weil die Schule nicht geheizt wird. Ein anderer Kollege erzählt, daß die Klasse seines Sohnes in einer Stunde immer auf den Hof muß, weil der Raum für eine andere Klasse benötigt wird: Es fehlt hinten und vorn an Schulräumen.

Das Kind eines anderen Kollegen hat in einem halben Jahr 6 Lehrer in einem Fach gehabt, weil die Lehrer dauernd ausgetauscht werden, um irgendwo für einen fehlenden Lehrer einzuspringen.

Die Nichteinstellung der Referendare zeigt einmal mehr: Der Staat, der gerade dabei ist, den Kapitalisten 9 Milliarden DM "Konjunkturhilfe" in den Rachen zu schaufeln, dieser Staat hat kein Geld, wenn es um die Einstellung neuer Lehrer, um die Ausbildung der Kinder der Arbeiterklasse geht.

pe



Ungefähr 1 000 Studenten aus verschiedenen Städten Nordrhein-Westfalens demonstrierten am 16.1. in Düsseldorf gegen eine Verschärfung des Studienbetriebes durch eine neue Studienordnung. In verschiedenen studentischen Vollversammlungen wie z. B. in Essen (siehe Bild), beschlossen die Studenten Maßnahmen gegen die neue Prüfungsordnung. Mit den Parolen der Demonstration wie "Für eine Ausbildung im Dienste des Volkes", zeigten die Studenten, daß es ihnen nicht um Privilegien, sondern darum geht, eine Ausbildung zu bekämpfen, die sie zu treuen Dienern der Kapitalisten und ihres Staates machen soll.

SVI/VDS-Kongreß zur Verfaßten Studentenschaft:

Gescheitert am großangelegten Betrugsmanöver der DKP Studenten

Die untenstehende "Erklärung zum ergebnislosen Abbruch des Kongresses Verfaßte Studentenschaft" zeigt, daß den DKP-Studenten jedes Mittel recht ist, um ihr Vorhaben der Einschränkung des zu gründenden einheitlichen Verbandes aller Studentenschaften auf die falsche Politik der DKP durchzusetzen, selbst um den Preis der Spaltung des Verbandes und der Verhinderung der Einheit der Studenten gegen den bürgerlichen Staat. Sie müssen zu solchen Mitteln wie auf dem Kongreß greifen, weil für eine falsche Politik eine Mehrheit innerhalb der Studentenschaft nicht gewonnen werden kann.

Tatsächlich bringen die DKP-Studenten seit Jahr und Tag ihre Mehrheiten nur zustande, indem sie gleichzeitig als MSB Spartakus und unter einer Tarnkappe als SHB auftreten. Auf Betrug an den Studenten ist ihre gesamte politische Existenz aufgebaut. Und es ist keineswegs so, daß der Zweck hier die Mittel heilige. Denn die Politik der DKP, die sie durchsetzen wollen, ist falsch. Sie gibt vor, durch soziale Reformen die Übel des Kapitalismus beseitigen zu können und leugnet die Notwendigkeit der politischen Machtergreifung durch die Arbeiterklasse zur Beseitigung ihrer Ausbeutung durch die Kapitalisten, der Grundlage der Knechtschaft in jeder Gestalt. Es ist also im Gegenteil so, daß zu faulen Mitteln gegriffen werden muß, weil der Zweck sich nicht sehen lassen kann.

Das Vorgehen dieser Studentengruppe auf dem Kongreß Verfaßte Studentenschaft ist Ausdruck des Versuchs, mit bürokratischen Mitteln eine falsche Politik durchzusetzen, wodurch der Kampf der Studenten gegen den bürgerlichen Staat gespalten wird. Es ist der bisherige Höhepunkt dieses Versuches und zugleich wird damit der Zusammenhang der Stationen auf diesem Weg offen erkennbar:

– Bereits im April vergangenen Jahres setzten die DKP-Studenten auf den Mitgliederversammlung der beiden gegenwärtigen Dachverbände der Studentenschaften dem Antrag auf ihren Zusammenschluß heftigen Widerstand entgegen. Zur Bedingung ihrer Zustimmung wollen sie die Einschränkung des politischen Auftrages des neuen Verbandes auf die Unterstützung ihrer sozialreformerischen Politik durch die beiden Mitgliederversammlungen machen. Damit scheiterten sie und der Wille zum Zusammenschluß gegen die politischen Entmündigungsversuche des Staates ohne weitere Vorbedingungen siegte.

– Im Dezember letzten Jahres meldeten sie sich in dieser Sache erneut zu Wort und rührten die Trommel für Urabstimmungen zum Zusammenschluß des Verbände. Während sie gegenüber den Studenten wider besseres Wissen und selbst gegenüber Richtigstellungen der Verbände behaupteten, dies sei eine längst beschlossene Aktion beider Verbände, schlugen sie auf dem Kongreß die Möglichkeit eines wirklich einheitlichen Vorgehens der Studenten an allen Hochschulen aus.

– Indem die DKP-Studenten jetzt an den Hochschulen durch einen Urabstimmungstext, der die schlechte Absicht zwar vermuten läßt, aber weit auslegbar ist, auf dem Kongreß ihre erklärten politischen Absichten gegenüber den Studenten zu verdunkeln suchen, bereiten sie bereits die nächste Station ihres umfassenden politischen Betrugsmanövers vor: den Delegierten auf dem Gründungskongreß des neuen Verbandes jede Entscheidungsbefugnis zu bestreiten unter Verweis auf die Anzahl der durch ihre Betrugsmanöver hinters Licht geführten Studenten. Damit hoffen sie, die Einschränkung des politischen Auftrages des Verbandes auf ihre sozial-reformerischen Vorstellungen zu erzwingen.

Notwendig ist es, diesem umfassenden politischen Betrugsmanöver der DKP-Studenten entgegenzutreten und die Einheit der Studentenschaft in einem Dachverband herzustellen, dessen Recht auf politische Interessensvertretung der Studenten uneingeschränkt ist. Den DKP-Studenten ist an dieser Einheit nichts gelegen.

Das ist jetzt offenbar geworden. In den jetzt an vielen Hochschulen stattfindenden oder bevorstehenden Parlamentswahlen darf man sie deshalb nicht wählen und ihnen die Wahrnehmung der Interessen der Studenten nicht anvertrauen. Gewählt werden müssen solche Vertreter der Studentenschaft, die auf den Mitgliederversammlungen und der Gründungskonferenz des einheitlichen Verbandes aller Studentenschaften eintreten dafür, daß dieser Verband mit der uneingeschränkten politischen Vertretung der Interessen der Studenten beauftragt wird. Eine solche eindeutige Festlegung der Delegierten ist insbesondere durch die Studentenschaften der Hochschulen erforderlich, an denen die DKP-Studenten bereits durch Urabstimmungen ihr Betrugsmanöver eingeleitet haben. An den Hochschulen, wo sich die DKP-Studenten erst an die Einleitung ihres Manövers machen, muß die damit verfolgte Absicht unter den Studenten enthüllt werden und notwendig ist es, eine eindeutige Entscheidung und Beauftragung der Delegation auf der richtigen Grundlage für den Gründungskongreß herbeizuführen.

Die Einheit im Kampf gegen den bürgerlichen Staat ist notwendig und ohne solche auf Verhinderung der Einheit und Spaltung zielende Manöver wie die der DKP-Studenten zu vereiteln, werden die Studenten im Kampf gegen den bürgerlichen Staat keinen Erfolg erringen können.

–H.J.–

Erklärung zum Scheitern des Kongresses

Für den 17./18. Januar war nach München der Kongreß Verfaßte Studentenschaft von den Vorständen der beiden gegenwärtigen Dachverbände VDS und SVI einberufen worden. Dieser Kongreß wurde ohne Ergebnis abgebrochen. Dazu erklären die unterzeichneten Mitglieder von Delegationen ihrer Studentenschaft bzw. von Organen der Verfaßten Studentenschaft:

Aufgrund der Anwesenheit von Vertretern fast aller Studentenschaften bot der Kongreß die Möglichkeit, eine zentral und einheitlich an allen Hochschulen durchgeführte Urabstimmung zu beschließen mit dem Inhalt des Zusammenschlusses der beiden gegenwärtigen Verbände zu einem einheitlichen Dachverband und dem Recht dieses Verbandes, die Interessen der Studenten ohne jede Einschränkung durch den Staat zu vertreten. Für diesen Vorschlag, der die Möglichkeit zu einer machtvollen Manifestation der Studenten aller Hochschulen gegenüber den Entmündigungsversuchen der Regierung bietet, sind wir auf dem Kongreß eingetreten.

Bereits vor seinem Beginn wurde jedoch der Charakter des Kongresses unter der Hand verändert, indem Stimmkarten nicht nur, – wie vorgesehen – an die Delegationen der Studentenschaften ausgegeben wurden, sondern an jeden, der bereit war, dafür 10 DM zu bezahlen. Damit wurde die Mehrheit auf dem Kongreß käuflich und befand sich – wie sich rasch zeigte – in der Hand von MSB Spartakus und dem Sozialistischen Hochschulbund (SHB), die diesen Stimmenkauf damit rechtfertigten, daß sie den Kongreß als eine "Versammlung interessierter Studenten" bezeichneten. Der Zweck dieses Manövers bestand darin, den Kongreß vor die Alternative zu stellen, entweder der von ihnen betriebenen falschen Politik zuzustimmen und zugleich diese Politik als Grundlage des neuen Verbandes anzuerkennen oder ergebnislos zu verlaufen.

Das Vorgehen dieser Gruppen läuft direkt auf Spaltung der westdeutschen Studentenschaft hinaus bei ihrem Kampf für das Recht auf uneingeschränkte politische Vertretung ihrer Interessen. Mit dieser Absicht zur Spaltung wurde auch nicht hinter dem Berg gehalten: an einem einheitlichen Dachverband aller Studentenschaften, der nicht zur satzungsmäßigen Grundlage die von ihnen betriebene sozial-reformerische Politik hat, hätten sie kein Interesse, erklärten Funktionäre des Spartakus. So gehen Leute vor, die von der Gerechtigkeit ihrer Sache nicht überzeugt sind und darum die Einheit der Studentenschaft fürchten und zu Ränken Zuflucht suchen müssen. Entsprechend wandten sich diese Gruppen gegen den von uns vertretenen Vorschlag zum einheitlichen Vorgehen, weil sie dadurch zurecht die Verwirklichung ihres spalterischen Vorhabens gefährdet sahen. Dieses Vorgehen war den Fraktionen des Spartakus/SHB möglich, weil sich die nächstgrößere Fraktion auf dem Kongreß, die der Jungsozialisten, weigerte, dagegenvorzugehen, obwohl sie über den entscheidenderen Einfluß im Präsidium des Kongresses verfügte. Das Interesse dieser Gruppen bestand lediglich darin, eine Beschlußfassung im Sinne von Spartakus/SHB zu verhindern, ohne jedoch selber einen Vorschlag für ein einheitliches Vorgehen im Kampf um das Recht auf uneingeschränkte politische Vertretung der Interessen der Studenten zu machen oder zu dem von uns vertretenen Vorschlag Stellung zu nehmen. Als sich herausstellte, daß eine Absprache zwischen ihnen und Spartakus/SHB nicht zustande kam, erklärten beide Fraktionen den Kongreß für gescheitert und beendet.

Damit wurde eine große Möglichkeit des einheitlichen Vorgehens gegen die Regierung durch das spalterische Vorgehen von Spartakus/SHB zerstört. Die Jungsozialisten haben dies geduldet.

Fachhochschule Kiel: A.Diekmann (AStA-Vorsitz.), K.H.Voigt (Delegierter); AStA Fachhochschule Köln: C.Tedes; H.Jutzi, W.Hardenacke (Mitglieder der VDS/SVI-Fusionskommission); J.Wolff, J.Schuhmacher (Delegierte der Fachschaftsräteversammlung der Uni Göttingen);
Delegierte der Uni Kiel: R.Greven (AStA-Vorsitz.), K.Warnecke, J.B.Steffens; K.C.Gerber (gewählter Vertreter der Ausländer-Vollversammlung Heidelberg); X.Brenner (AStA-Vorsitz. Hochschule für Politik München); H.Bredehöft (Delegierter der TU Braunschweig); ev.FHS Freiburg: Günter Lierheimer (AStA-Vorsitz.), Inge Vogt (Delegierte).

Anklage gegen einen Chefarzt

Über die Schwierigkeit ,einen Chefarzt zur Verantwortung zu ziehen

Voraussichtlich Anfang Februar wird in München ein Prozeß stattfinden, bei dem ein prominenter Mediziner angeklagt ist wegen eines Kunstfehlers. Der Chef der Münchner Orthopädischen Universitätsklinik Witt ist angeklagt, 1969 bei einem jungen Assistenzarzt, der an einer tuberkulösen Wirbelentzündung litt, eine Operation durchgeführt zu haben, die er wegen der Gefahr, die sie für den Patienten bedeutete, nicht hätte durchführen dürfen. Die Folge der Operation war eine nicht reparable Querschnittslähmung.

Diese Tatsachen, an sich schon empörend genug, bedeuteten aber erst den Anfang. Denn, nachdem der Assistenzarzt, aufgebracht durch das arrogante Verhalten des Chefarztes Witt, der nicht bereit war, seinen Fehler einzugestehen, Strafanzeige gegen Witt gestellt hatte, war kein Professor in der BRD bereit, als Sachverständiger gegen Witt aufzutreten, teils aus Angst, durch Witt in der Karriere behindert zu werden, teils aus "kollegialer Solidarität". Nachdem sich schließlich in der Schweiz ein Professor bereitfand, waren damit die Schwierigkeiten keineswegs zu Ende: Der zuständige Oberstaatsanwalt Sechser war nämlich in jeder Weise bemüht, die Anklage abzublocken. Zitat aus dem 'Stern': "Der Herr Witt ist schließlich nicht Herr Jedermann, den man so ohne weiteres anklagen kann wie jeden anderen Staatsbürger." Trotz aller Ablenkungsmanöver fand sich aber doch noch ein zweiter Gutachter, so daß endlich Anklage erhoben werden konnte. Dennoch kann man annehmen, daß Witt glimpflich davon kommen wird, denn Ärzten gegenüber ist die Justiz ungeheuer zuvorkommend.

So wurde vor 6 Wochen der Aachener Chirurg Reifferscheid, der im Mai eine Patientin im Hörsaal hatte sterben lassen, freigesprochen, da ihm "keine Versäumnisse nachzuweisen seien". Es wurde sogar versucht, der Patientin im Nachhinein die Schuld anzuhängen, da sie angeblich durch ihr Verhalten die richtige Diagnose verhindert habe.

Fälle dieser Art, sogenannte Kunstfehler, sind aber keine Einzelfälle, sondern zählen im Jahr nach Tausenden. In diesem Zusammenhang sind noch einige Zahlen unbedingt erwähnenswert, die der Journalist K.Blüchel berichtet hat: Er schätzt, daß 1973 ca. eine Million operative Eingriffe (von 8 Millionen insgesamt pro Jahr) überflüssig gewesen sind, und daß dabei etwa 10 000 Menschen starben, "weil viele Ärzte ihrer Karriere und ihrem Bankkonto mehr dienen als dem Wohl ihrer Patienten" (Blüchel).

Solche Verhältnisse, wo ein selbstherrlicher Chefarzt allein entscheidet, was mit einem Patienten geschehen soll, können erst abgeschafft werden, wenn das Volk die Macht in Händen hat. Wie solche Probleme in der Volksrepublik China angepackt werden, hat der englische Chirurg, J.Horn, der lange Zeit in China gearbeitet hat, beschrieben:

"In China verhält man sich medizinischen Fehlern gegenüber nach der Devise: sie verhindern, sie zugeben, aus ihnen lernen. Durch tägliche Versammlungen, an denen auch Vertreter der Patienten teilnehmen, können Fehler leichter verhindert werden. Ärzte und Schwestern einer Station diskutieren die schwierigen Operationen, d. h. die Gründe für den Eingriff, den zu erwartenden Verlauf und die Schwierigkeiten, die während oder nach der Operation eintreten können. Alle, egal ob sie noch Assistenten oder schon voll ausgebildet sind, können ihre Meinung frei äußern. Diese Diskussionen garantieren, daß die Operation richtig vorbereitet und der Patient nach der Operation von einem gut zusammenarbeitenden Team überwacht wird. Wenn etwas schiefgeht, ist es die Pflicht des Chirurgen, dies offen zuzugeben und es niemals vor dem Patienten zu verheimlichen. Es wird als schändlicher Vertrauensmißbrauch angesehen, wenn ein Arzt seine privilegierte Stellung dazu benutzt, einem Patienten einen Fehler in der Behandlung zu verheimlichen. Noch schlimmer ist es, wenn er versucht, andere Ärzte dazu zu bringen, ihm beim Vertuschen solcher Vorfälle zu helfen."

—gs, SSG Hamburg, Zelle Medizin—

Wozu Fußgängerzonen?

Immer neue Schikanen gegen die politische Agitation

Worms. Wie in vielen Städten läßt die Stadtverwaltung und die Polizei nicht davon ab, Kommunisten, die durch Stände und Zeitungsverkauf auf der Straße agitieren, mit den verschiedensten Attacken zu belästigen und zu behindern. Bei uns hat sich das in den letzten Wochen verschärft. Vor Weihnachten ist es der Polizei dann gelungen, einen nicht genehmigten Informationsstand und Basar zugunsten des Volkes von Zimbabwe zu räumen.

Bei der Anmeldung eines Informationsstandes über den Kampf des vietnamesischen Volkes verstieg sich der verantwortliche Beamte in der Stadtverwaltung nun zu folgender Ablehnungsbegründung:

> "Ihrem Antrag auf Genehmigung zur Aufstellung eines Informationsstandes in der Hardtgasse kann nicht entsprochen werden. Fußgängerzonen in den Städten sind zum Schutze der einkaufenden Bevölkerung geschaffen und könnten evtl. für den gewerblichen Handel kurzfristig zur Nutzung freigegeben werden, soweit keine Behinderung des Fußgängerverkehrs erfolgt. Zu politischen Zwecken wurden sie jedenfalls nicht geschaffen.
> Da Sie keine der in der Bundesrepublik zugelassenen politischen Parteien vertreten, können wir außerdem politische Informationen durch Sie auf öffentlicher Fläche nicht zulassen.
> Hochachtungsvoll, Nazarenus

Das ist dreist. Aber der Herr Nazarenus ist wohl auch ein bißchen übers Ziel hinausgeschossen und hat sich selbst zum Gesetzgeber aufgeworfen. Wir haben rechtliche Schritte eingeleitet. Wir werden nicht aufhören, uns auf den Straßen und Plätzen von Worms mit unserer politischen Agitation an die Menschen zu wenden.

—J.W., Sympathisantengruppe Worms/Red.—

Polizeiwillkür in Wyhl

3o Bürgerinitiativen bereiten Bauplatzbesetzung in Wyhl vor

Wyhl. Am Freitag letzter Woche wurde ein Mitglied der Bürgerinitiative Wyhl von der Polizei vorläufig festgenommen und über 30 Stunden in Untersuchungshaft gehalten. Gleichzeitig wurden in den umliegenden Dörfern zirka 20 Personen von der Polizei verhört und anschließend erkennungsdienstlich behandelt (Foto von vorn und von der Seite, Fingerabdrücke).

Als Grund nennt die Polizei angebliche Morddrohungen gegen Wyhls Bürgermeister Zimmer. Dies ist nur ein Vorwand. Die Landesregierung weiß genau, daß auch nach dem Bürgerentscheid in Wyhl über den Verkauf des Grundstückes an die Badenwerk-AG der Widerstand der Kaiserstühler Winzer und Bauern nicht gebrochen ist. In Wyhl selbst, wo die Landesregierung durch "persönliche" Briefe von Ministerpräsident Filbinger und das Auftreten von Wirtschaftsminister Eberle in der Bürgerversammlung massiv Einfluß genommen hat und wo die Badenwerk-AG die Bevölkerung durch umfangreiche finanzielle Bestechungsangebote für sich zu gewinnen suchte, ist die Entscheidung knapp ausgefallen. Mehr Stimmen sind gegen den Verkauf des Grundstücks abgegeben worden als ursprünglich für die Abhaltung des Bürgerentscheides eingetreten waren. In dieser Situation versucht die Landesregierung, den Widerstand zu brechen, indem sie die aktivsten Gegner des Kernkraftwerks kriminalisiert.

Diese Versuche sind begleitet von Drohungen, die der Kaiserstühler Bevölkerung die Macht des Staatsapparates vor Augen stellen sollen, die ihr zeigen sollen, mit welchem Gegner sie es zu tun hat. Wer das Recht breche, den werde auch die volle Strenge des Gesetzes treffen, so äußerte sich Wirtschaftsminister Eberle vor der Presse (Badische Zeitung, 16.1.1975). Aber nicht Einschüchterung hat er damit erreicht, die Empörung hat sich nur noch vergrößert.

Die inzwischen auf 30 angewachsenen Bürgerinitiativen verurteilten auf einer Pressekonferenz den politischen Charakter dieser Vernehmungen. Eberle hat am Mittwoch letzter Woche angekündigt, daß mit Ende dieser Woche mit der Genehmigung für Wyhl zu rechnen sei. Die Bürgerinitiativen bereiten sich auf eine Besetzung des Bauplatzes in den nächsten Tagen vor.

—M., Freiburg—

Die Justiz hat es sehr eilig

Wie eilig es dem Gesetzgeber mit der Änderung der Strafprozeßordnung geworden war, zeigt die Geschwindigkeit, mit der die neuen Gesetze gegenüber den politischen Häftlingen durchgesetzt werden.

Schon am 7. Januar hat der Vorsitzende Richter am Oberlandesgericht Stuttgart, Prinzing, an die Häftlinge Briefe folgenden Inhalts verschickt (gekürzt abgedruckt):

> **Ein Angeschuldigter darf jetzt nicht mehr als 3 Wahlverteidiger haben (§ 137 Abs. 1, S. 2 Strafprozeßordnung). Ferner darf ein Verteidiger nur noch jeweils einen Mandanten vertreten (§ 146 Strafprozeßordnung). Aufgrund dieser neuen Gesetzeslage erhalten Sie Gelegenheit innerhalb von 2 Wochen nach Zustellung dieses Schreibens dem Gericht mitzuteilen, wen Sie zum Verteidiger wählen. Dabei ist zu beachten, daß die von Ihnen benannten Anwälte nicht schon von einem anderen Mitangeschuldigten bevollmächtigt worden sind.**
> **Wenn Sie innerhalb der Frist nicht erklären, durch welche Verteidiger Sie verteidigt bleiben wollen, gelten nach Art. 17 Abs. 2 des genannten Gesetzes sämtliche Wahlmandate als erloschen.**

Obwohl man die Gefangenen der Roten Armee Fraktion (RAF) als kriminelle **Vereinigung** anklagt, soll ihnen mit dem Gesetz jede **kollektive** Verteidigung ihrer Interessen unmöglich gemacht werden.

Man sieht, mit allen Mitteln soll den Häftlingen die Möglichkeit genommen werden, sich gegen die Verurteilungsmaschine zur Wehr zu setzen.

Ein Prozeß ohne Angeklagte und ohne Verteidiger, wo die Hetze der herrschenden Klasse unwidersprochen bleibt und das Urteil schon vor der Vernehmung gefällt ist, davon träumen die Wächter von "Gesetz und Ordnung". Je hektischer und plumper sie dabei vorgehen, umso leichter kann man die Pfeife erkennen, nach der hier getanzt wird.

Ärztin nicht eingestellt

Heidelberg. Aufgrund des Schieß-Erlasses wurde jetzt als erster derartiger Fall an den Universitätskliniken in Heidelberg meine Einstellung als Medizinalassistentin in der Hautklinik verweigert, nachdem ich vier Monate an der Uni-Chirurgie gearbeitet habe.

Als Grund für die Ablehnung wurde meine Kandidatur auf der Liste der Kommunistischen Hochschulgruppe für den Großen Senat der Universität Heidelberg 1972 angegeben. Nach Meinung vieler Kollegen, mit denen ich diskutiert habe, gibt es neben diesem Grund aber noch einen weiteren.

Die Intensivstation wurde Ende Oktober umgebaut und dabei wurden drei Tage Preßlufthämmer auf der Station eingesetzt. Es gab drei Tage Staub, so daß man zeitweise vor lauter Staubschwaden das Ende des Flurs nicht sehen konnte und solchen Lärm, so daß jeder, der auf der Station arbeiten mußte, Kopfschmerzen bekam. Die Klinikleitung versprach zu Anfang, die Station würde für die Zeit des Umbaus geschlossen werden, dann hieß es nur noch, der Stationsbetrieb würde soweit wie möglich eingeschränkt werden, aber erst als die Situation wirklich unerträglich und der Protest des Pflegepersonals zu groß wurde, wurde ein Zimmer geschlossen. In der Zeit des größten Lärms und Staubs wurde ein Schwerverletzter auf die Station gelegt und auch die frisch am Herzen operierten kamen auf die Station. Ich habe mich damals mit den Schwestern zusammen für die Schließung der Station eingesetzt. Wir beabsichtigten, einen offenen Brief an die Verwaltung zu schreiben, mit der Aufforderung, um für die Zeit des Umbaus die Patienten nicht zu gefährden, die Station zu schließen. Wir wurden heftig unter Druck gesetzt und ließen uns einschüchtern, so daß wir den Brief nicht mehr schrieben, aber einige Tage später hat der "Kommentar", die Betriebszeitung des KBW an den Unikliniken, diesen Mißstand an die Öffentlichkeit gebracht. Zusammen damit wurde auch veröffentlicht, daß der Chef der Neurochirurgie, Professor Penzholz, einen Patienten mit einer Kopfverletzung erst sechs Stunden liegen ließ, um eine Privatpatientin zu operieren. Der Patient, ein türkischer Gastarbeiter, ist später gestorben. Die Kommunistische Volkszeitung berichtete darüber.

Die Klinikleitung hat mich als Informantin verdächtigt, da ich schon vorher für eine Ärztin "unzulässigerweise" mit den Schwestern über Mißstände an dieser Klinik wie bei dem Umbau der Intensivpflegestation gesprochen habe und wir Schritte diskutiert haben, wie man dagegen vorgeht.

Jetzt, zwei Monate nach den Ereignissen in der Chirurgie, als ich dort weggegangen bin und in der Hautklinik eine neue Stelle antreten wollte, die mir schon im Sommer 1974 zugesagt worden war, soll ich nicht weiterbeschäftigt werden.

Ich soll "Klinikinterna" an die Öffentlichkeit getragen haben, darum wurden in der Chirurgie die anderen Ärzte von der Klinikleitung vor mir gewarnt, mir keine Informationen zukommen zu lassen. Als ich jetzt in der Hautklinik bei einem Oberarzt nach einer Doktorarbeit nachgefragt habe, wurde sie mir verweigert. Da ich keine "persona grata" sei, solange meine Überprüfung aufgrund des Schieß-Erlasses nicht abgeschlossen sei, dürfe ich auch nicht als Doktorantin in der Hautklinik arbeiten.

Klinkleitungen müssen einiges zu verbergen haben, wenn sie solche Angst vor Menschen haben, und sie nicht einstellen wollen, die im Verdacht stehen die Öffentlichkeit über Mißstände an einer Klinik informiert zu haben.

—Renate Samsel—

Arbeitsgericht bestätigt Entlassungen

Verstoß gegen das Betriebsverfassungsgesetz wird 2 Bremer Lehrlingen vorgeworfen

Bremen. Am 15.1.75 hat das Bremer Arbeitsgericht entschieden, daß die umstrittene Entlassung zweier Lehrlinge bei der Werft AG-Weser rechtens ist.

Kurz zur Erinnerung: Die zwei Lehrlinge waren im September zusammen mit zwei weiteren Kollegen, alle vier sind Kommunisten, entlassen worden, weil sie sich geweigert hatten, eine Jugendversammlung zu verlassen. Jugendversammlungen dürfen nämlich nach dem Betriebsverfassungsgesetz nur Jugendliche unter 18 Jahren besuchen. Die Arbeiterjugend auf der Werft hatte sich durch diese Bestimmung aber nie davon abhalten lassen, sich zusammen mit den älteren Lehrlingen zu versammeln, um einheitlich die Interessen aller Lehrlinge vertreten zu können. Dieses einleuchtende und berechtigte Vorgehen hatte die Betriebsleitung bis zu diesem Termin dulden müssen.

An dem Tag aber wollte es die Betriebsleitung wissen. Sie hatte schon lange Anlässe gesucht, unter den unruhig gewordenen jungen Gewerkschaftern, insbesondere unter den Jugendvertretern mal aufzuräumen und klare Verhältnisse zu schaffen. Der sozialdemokratische Betriebsrat war mit dem Verfahren einverstanden. Das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz war die Schlinge, mit der die Kapitalisten die "Unruhestifter" fangen wollten.

Vor Gericht ging es nun darum, ob auf der Werft tatsächlich bisher immer alle Lehrlinge auf den Versammlungen waren, oder nur die unter 18. Eine Zeugin berichtete, daß die Geschäftsleitung gegen Ende des Jahres 1973 begonnen hatte, durch die Ausgabe von Stempelkarten an die unter 18-jährigen die Lehrlinge voneinander zu trennen. Das sei aber am Widerstand der Lehrlinge weitgehend gescheitert. Anlaß sei gewesen, daß es mit Hilfe einer Jugendversammlung gelungen war, die Geschäftsleitung zur Zurücknahme der Kündigung eines ihrer Jugendvertreter zu zwingen. Die Kapitalisten ließen vor Gericht vor allem die Ausbildungsleitung als Zeugen für sich aufmarschieren. Die verwickelte sich aber in ziemliche Widersprüche. Ausbildungsleiter Mill zum Beispiel hatte angeblich nie Lehrlinge über 18 auf den Versammlungen gesehen. Die beiden älteren, die dort immer als Sprecher aufgetreten waren, was er sich regelmäßig notiert hatte, waren ihm nicht weiter aufgefallen. Dann rutschte ihm aber raus, als es um die Stempelkarten ging, das habe man gemacht, um endlich durchzudrücken, daß die älteren nicht mehr teilnehmen an den Versammlungen.

Sein Vorgesetzter Hesse, Bereichsleiter für Personalentwicklung, stand da plötzlich ohne Hemd und Hose da, denn er hatte behauptet, er habe von Schwierigkeiten in dieser Frage nie etwas gehört. Außerdem finde er solche gemeinsamen Versammlungen doch ganz sinnvoll, man müsse darüber eine Betriebsvereinbarung schließen. Trotz dieser Widersprüche war es gerade der Vorschlag, eine gemeinsame Versammlung zu machen, der den beiden Lehrlingen in der Urteilsbegründung als Verstoß gegen das Betriebsverfassungsgesetz angelastet wurde.

Die Lehrlinge werden nun Berufung einlegen. Deutlich geworden ist aber auch, daß das Betriebsverfassungsgesetz den Interessen der Kapitalistenklasse auf den Leib geschneidert ist.

—G. H./Red.—

Richter Poppe findet es rechtens,daß die Werft eine Arbeiterin nach einem schweren Unfall auf die Straße setzt

Bremen. Am 15.1.75 wies der Richter Poppe, der am selben Tag die Entlassung von zwei Lehrlingen der AG Weser bestätigt hatte, auch die Klage der ehemaligen AG Weser-Kollegin Vogt auf sofortige Wiedereinstellung ab.

Am 16.5.1974 wurde die Kollegin Vogt, die zwei Jahre als Gabelstaplerfahrerin auf der Werft gearbeitet hatte, von den Werftkapitalisten gekündigt. Sie hatte im September 1972 einen schweren Arbeitsunfall gehabt, an dessen Folgen sie noch heute leidet (ihre rechte Hand muß wahrscheinlich amputiert werden). Als sie nach dem Unfall wieder anfing zu arbeiten, wurde sie aufgrund ihrer Verletzung vom Werkmeister öfter zu Schreibarbeiten im Lager herangezogen. Einmal hatte sie einen erkrankten Kollegen zirka eine Woche vertreten.

Dies leugnen die Kapitalisten jetzt, da dies beweisen würde, daß die Kollegin Vogt sehr wohl arbeitsfähig ist, wenn auch nicht als Gabelstaplerfahrerin.

Als die Kapitalisten dann merkten, daß die Kollegin Vogt einen bleibenden Schaden vom Arbeitsunfall behalten würde, feuerten sie sie kurzerhand. Der Betriebsrat verweigerte die Zustimmung zur Kündigung, die Schweinerei der Kapitalisten ist zu offensichtlich. Der Protest unter den Transportarbeitern war groß, denn auf der AG Weser werden gerade im Transport die Unfallverhütungsvorschriften mit Füßen getreten. Sie sind sozusagen das Fließband der Werft, ohne das die Produktion nicht läuft. So sind Arbeitsunfälle keine Seltenheit. Wenn dann diese Unfälle auch noch Folgen haben, die die Kapitalisten bezahlen müssen, versuchen sie, die Kollegen möglichst ohne Aufsehen loszuwerden.

Die Kollegin Vogt ist auf die Wiedereinstellung bei der AG Weser angewiesen, weil sie mit ihrer Hand keinen neuen Arbeitsplatz bekommt.

—AG Weser-Zelle—

21 Tage Bau und Antrag auf unehrenhafte Entlassung

Die Soldaten R.Kuhlen und V.Kloten hatten sich aktiv für den Aufbau eines Soldaten- und Reservistenkomitees für Kassel und Hessisch-Lichtenau eingesetzt

Kassel. Anfang Januar wurde über die beiden Soldaten Rainer Kuhlen und Volkmar Klohn aus der Blücher-Kaserne in Hessisch-Lichtenau eine Disziplinarmaßnahme von 21 Tagen Bau verhängt. Gleichzeitig wurde ihnen eröffnet, daß ihre (unehrenhafte) Entlassung aus der Bundeswehr beantragt wurde. Die beiden Soldaten hatten sich aktiv für den Aufbau eines Soldaten- und Reservistenkomitees für Kassel und Hessisch-Lichtenau eingesetzt und in der Initiative mitgearbeitet. Auf einer Schulveranstaltung in Kassel-Lohfelden, auf der u. a. auch ein Jugendoffizier anwesend war, hatten sie als Vertreter der Initiative für ein Soldaten- und Reservistenkomitee über die Bundeswehr und die Zustände in ihrer Kaserne berichtet (siehe KVZ Nr.23/74).

In der Begründung für die Disziplinarmaßnahme wird ihnen zur Last gelegt, Informationen über "dienstliche Angelegenheiten" in der Bundeswehr weitergegeben zu haben. Sie hätten weitere Soldaten dazu aufgefordert, Informationen zur Veröffentlichung "preiszugeben". Dem Gefreiten Klohn wird weiter vorgeworfen, in der Zeitung "unwahre Behauptungen" aufgestellt und an der Herstellung und Verbreitung der Zeitung mitgewirkt zu haben. Die Anklage gegenüber dem Panzerschützen Kuhlen gipfelt in dem Vorwurf, er sei durch seine Mitarbeit in der Initiative "als Soldat nicht pflichtgemäß für die Erhaltung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland eingetreten".

Im Dezember hatte die Initiative die erste Nummer der Volksmiliz herausgegeben, die viel Staub aufwirbelte. In der Zeitung waren neben einem Artikel, der versuchte, die Ziele und Aufgaben eines Soldaten- und Reservistenkomitees zu benennen, mehrere Korrespondenzen hauptsächlich aus der Kaserne in Hessisch-Lichtenau enthalten. Besonders ein Artikel, in dem davon berichtet wird, daß ein Oberfeldwebel einen Soldaten, der am nächsten Morgen noch verkatert war "zur Ernüchterung" laufen ließ, wurde viel diskutiert, weil gerade solche Sauereien häufig vorkommen. (Dieser Oberfeldwebel hat inzwischen einen Rüffel vom Kompanie-Chef bekommen, mehr nicht.)

Die Reaktion der Soldaten auf die Zeitung war sehr positiv. Viele sagten, daß es richtig ist, solche Sachen zu schreiben und daß man es "denen da oben mal ordentlich geben" müsse, denn insgeheim hat jeder seinen Brass auf seine Vorgesetzten, die ihre Stellung oftmals dazu gebrauchen, die Soldaten zu schikanieren und zu erniedrigen.

MAD-Verhöre

Durch einen diensteifrigen Unteroffizier vom Dienst, der eine liegengelassene Zeitung gleich weiterleitete, gelangte die Bataillons-Führung zu ihrem ersten Exemplar der 'Volksmiliz'. Alle Soldaten von der Stube, wo die 'Volksmiliz' gefunden worden war, und viele andere wurden daraufhin vom herbeigerufenen Militärischen Abschirmdienst (MAD) und vom Sicherheitsoffizier des Bataillons verhört. **Die Soldaten wurden dabei wie Kriminelle behandelt. Sie mußten sich an der Wand aufstellen, durften nicht miteinander reden, mußten unter Aufsicht zum Essen usw..** Das Ganze diente dazu, die Soldaten mächtig einzuschüchtern und ihnen jede Lust zu nehmen, sich über die Initiative zu informieren, weil da Kommunisten mitarbeiten und das Ganze deshalb verboten ist. Außerdem hoffte die Bataillons-Führung durch die vielen Verhöre, den Panzerschützen Kuhlen und den Gefreiten Klohn belasten zu können, was aber nicht gelang. Die Begründung für die Disziplinarmaßnahme fiel dementsprechend dünn aus. Weil den beiden Soldaten nichts Verbotenes nachgewiesen werden konnte, wurde die gesamte Initiative und die Mitarbeit darin kriminalisiert.

Breite Diskussion

Die Initiative reagierte darauf mit einem Flugblatt, in dem sie auf die Unhaltbarkeit der Beschuldigungen hinwies und aufzeigte, daß nicht nur die beiden Soldaten, sondern alle anderen unzufriedenen Soldaten diszipliniert werden sollen. Sie forderte die Zurücknahme der 21 Tage Bau und die Verhinderung der Entlassung und wies darauf hin, daß die Soldaten das Recht auf freie politische Betätigung brauchen, um sich wirksam und organisiert für ihre Interessen einsetzen zu können.

Dieses Flugblatt löste eine breite Diskussion aus. Besonders die Forderung nach freier politischer Betätigung in der Kaserne stand im Mittelpunkt der Auseinandersetzung. Dazu trug auch der Hauptmann von Obernitz bei, der die Forderung nach freier politischer Betätigung in der Kaserne verband mit einer "Anarchie, wie wir sie schon einmal vor dem 3.Reich hatten". Daran wird aber schon das unterschiedliche Interesse an dieser Forderung deutlich: die Soldaten brauchen das Recht auf freie politische Betätigung, um wirksam für ihre Interessen kämpfen zu können, was nur auf Grundlage ihrer Einheit und Geschlossenheit möglich ist. **Ohne eine breite Diskussion in den Kompanien können wir keine Klarheit darüber schaffen, worum es im vorliegenden Fall geht, für welche Forderungen wir eintreten müssen und worin die Solidarität mit den beiden Soldaten besteht.** Die Solidarität wird überhaupt sehr erschwert. Die Offiziere müssen uns daran hindern, weil sie die Solidarität fürchten, sie müssen uns in die Zwangsjacke von "Befehl und Gehorsam" stecken, wobei sie befehlen und wir gehorchen müssen, um uns schließlich gegen das eigene Volk und gegen fremde Völker einsetzen zu können. Deshalb sind sie so entschieden dagegen.



Volksmiliz, Zeitung des Soldaten- und Reservistenkomitees Kassel/Hessisch-Lichtenau

Veranstaltung mit dem Kommandeur geplant

Der Bataillons-Kommandeur des Panzeraufklärungs-Bataillon 2 nutzte einen Bataillons-Appell, um gegen die beiden Soldaten zu hetzen und den anderen zu drohen. Er beschimpfte die beiden Soldaten Klohn und Kuhlen als "zersetzerische und subversive Elemente". Sie wollten eine "Rote Zelle" in der Bundeswehr aufbauen und sich einnisten. Das werde nicht geduldet, die Bundeswehr habe keinen Platz für solche Leute, die unsere freiheitliche Demokratie mit Waffengewalt zerstören wollten. Die Bundeswehr sei zur Verteidigung von Freiheit und Demokratie angetreten. **Zum Schluß beschwor er die "Masse der Soldaten", den "falschen Propheten" nicht zu folgen, sich von ihrem Gerede nicht aufstacheln und mißbrauchen zu lassen. Er sei sich sicher, daß die Masse "dienstwillig" sei und "freudig" ihren Dienst verrichte und daß es immer nur einige wenige seien, die störten. Für all diejenigen, die sich davon nicht beeindrücken ließen, zitierte er aus dem Wehrstrafgesetz, in dem Strafen zwischen 3 Monaten und 10 Jahren für jede Form der Unwilligkeit angedroht werden.**

Kann etwas besser die Angst der Offiziere vor der selbständigen Initiative der Soldaten aufzeigen? Seine "starken Worte" zeigten gerade, daß er die Sache nicht voll im Griff hat, wie er behauptete. Das haben viele Soldaten gemerkt, auch wenn ein Großteil sich noch zurückschrecken ließ. Das Interesse an der Initiative für ein Soldaten- und Reservistenkomitee ist gestiegen und die Diskussion hält an. In dieser Situation ist es möglich, die Forderungen der Initiative zu verbreiten und die Maßnahmen der Bataillons-Führung zu Fall zu bringen. **Zurücknahme der 21 Tage Bau! Keine Entlassung des Gefreiten Klohn und des Panzerschützen Kuhlen! Freie Meinungsäußerung ohne Repression! Für freie politische Betätigung in der Kaserne!** Die Initiative plant eine Veranstaltung, zu der auch der Bataillons-Kommandeur eingeladen werden soll, um seine Vorwürfe gegen die beiden Soldaten zu wiederholen und sich der Diskussion zu stellen.

Augustdorf

Durchschlageübung

Bei solchen Übungen geht die Bundeswehrführung nicht von der Unterstützung durch das Volk aus

Augustdorf/Rommelkaserne. Mitte Dezember machte unsere Kompanie eine Durchschlagübung. Das bedeutet, daß kleine Trupps auf sich allein gestellt mit Karte, Kompaß, schwerem Gepäck und Handwaffen zu Fuß zu einem bestimmten Punkt gelangen müssen. Als Ausgangslage wurde von der Kompanieführung angegeben: "Das Bataillon ist aufgerieben worden. Die Kompanie hat die Fahrzeuge verloren und versucht, sich in einzelnen Trupps nach Augustdorf durchzuschlagen."

Die ganze Durchschlageübung zeigte, daß die Bundeswehrführung nicht von der Unterstützung durch das Volk ausgeht. Die militärischen Aktionen sollen ohne das Volk durchgeführt werden.



Das Bild aus "bundeswehr aktuell" (11/1) zeigt Unteroffiziersanwärter bei einer "Durchschlageübung". Auf solchen Übungen werden die Soldaten gedrillt, sich vom Volk getrennt zu bewegen. Mit solchen Übungen werden sie auf den Einsatz gegen die westdeutsche Arbeiterklasse und das eigene Volk vorbereitet ebenso wie auf den Einsatz in fremden Gebieten gegen andere Völker.

Unterstützung aus der Bevölkerung

Diese Übung lief dann so ab: Wir wurden erst einmal in einen Wald verfrachtet. Dort bauten wir Baumhütten als Unterkünfte und kochten Essen. Nach Mitternacht mußten wir dann losmarschieren und einen Punkt in ca. 30 km Entfernung anlaufen. **Dabei sollten wir Straßen meiden und jedes Auto als feindlich ansehen. Da wir Soldaten aber nicht der Meinung waren, daß jedes Auto als feindlich anzusehen sei, hielten wir Autofahrer an und fragten nach dem Weg. Einige boten uns spontan an, uns ein Stück mitzunehmen, was wir uns natürlich nicht entgehen ließen.** Als wir spät nachts an einer offenen Kneipe vorbeikamen, wurde uns sofort Bier und Korn rausgebracht. Es war aber deutlich zu merken, daß keiner von denen, die uns helfen wollten, die Bundeswehr unterstützen wollte, sondern daß sie den Soldaten helfen wollten, die sich gerade die Füße wund liefen.

Die zweite Etappe

Als wir dann total kaputt am Ziel ankamen, mußten wir uns in eine Schonung verkriechen, um dort zu pennen. Nach ein paar Stunden kam dann die zweite Etappe. Das waren nochmal ca. 30 km. Die letzten Kilometer schleppten wir uns dann nur noch zur Kaserne hin. Einer von uns, der blutende Füße und starke Schmerzen im Knie hatte, gab bei der Patrouille noch Herzschmerzen an, um sicherzugehen, daß er im Auto mitgenommen wurde. Als wir spät nachts in der Kaserne ankamen und uns auf unser Bett freuten, hatte der Kompaniechef, der sicher schon mit dem Arsch im Bett lag, eine Überraschung für uns dagelassen: Wir sollten die Nacht durchmachen und Waffen und Ausrüstung reinigen (wobei am nächsten Tag natürlich wieder voller Dienst ist). Das wurde uns aber auf Protest des Vertrauensmannes von einem Leutnant teilweise erlassen. Auf jeden Fall hatten wir alle eine Stinkwut auf die Durchschlageübung und auf den "krummen Alten".

Die Überlegenheit der Volksarmeen

Was hat es nun mit einer solchen Durchschlageübung auf sich? Erstens. *Eine Armee, die von den Interessen des Volkes ausgeht und unter der Kontrolle des Volkes steht kann in jeder Beziehung mit der Unterstützung des Volkes rechnen.* Sei es zum Beispiel bei der Verpflegung, beim Erkunden, wo feindliche Truppen stehen oder wo der beste Weg ist. Die Überlegenheit einer solchen Armee zeigt sich überall, wo das Volk kämpft: sei es in Vietnam, Laos und Kambodscha, in den portugiesischen Kolonien oder in Zimbabwe. Die Bundeswehr aber verzichtet von vornherein auf die Unterstützung des Volkes, was sich am deutlichsten auf Manövern und Durchschlageübungen zeigt.

Zweitens. *Ein stehendes Heer ist völlig ungeeignet, die Interessen des Volkes zu verteidigen.* Wenn das ganze Volk selbst bewaffnet ist, kann es gar nicht passieren, daß Teile der Volksmiliz abgetrennt sind und völlig auf sich allein gestellt sich über 50 und mehr Kilometer durchschlagen müssen. Bei einer Volksmiliz kennen fast alle die Gegend, wo sie gerade sind, die günstigsten Wege und die besten Verstecke. Und vor allem haben sie das Vertrauen fast aller Einwohner, weil sie jeder kennt.

Drittens. Aber von diesen Überlegungen geht die Bundeswehrführung nicht aus. Sie hat auch gar keine Veranlassung dazu. *Denn in einem kapitalistischen Staat hat das stehende, vom Volk getrennte Heer gar nicht die Aufgabe, die Interessen des Volkes zu verteidigen.* Es soll das Volk unterdrücken, das für seine Rechte kämpft, soll nicht zulassen, daß die Arbeiterklasse die politische Macht erkämpft und die Kapitalistenklasse enteignet, um zum Wohle des ganzen Volkes zu produzieren. Und die zweite Aufgabe, die diese Armee hat, ist der Einsatz gegen andere Völker mit dem Ziel, die Interessen und die Herrschaft der westdeutschen Kapitalistenklasse über andere Völker zu sichern. Aus diesen Gründen kann die Bundeswehrführung wirklich nicht von der Unterstützung des Volkes ausgehen. Und diese Herren Generäle und Militärtaktiker wissen das genau. Deswegen sehen dann die Durchschlageübungen der Bundeswehr so und nicht anders aus.

–U.S., Augustdorf Rommelkaserne–

Vertrauensmann Rust gewählt

Hildesheim. Letzte Woche fand in der 4/14 (Gallwitzkaserne) eine Vertrauensmannwahl statt. 3 Soldaten bewarben sich. Auf einer Mannschaftsversammlung legten sie die Punkte dar, für die sie sich einsetzen wollen. Der neue Vertrauensmann, Panzerschütze Rust, erhielt, nachdem er gewählt worden ist, vom Kommandeur, Oberstleutnant Knebel, 16 Tage Bau auf 5 Monate Bewährung. Ihm wird vorgeworfen, in einer Flugschrift unwahre Behauptungen aufgestellt zu haben, u. a. der Ausspruch: "um die Unterdrückung in der Bundeswehr zu erhalten, ist ein gut ausgebauter Spitzelapparat notwendig" und "Die in Uniform gepreßten Jugendlichen werden zu Werkzeugen der Unterdrückung erzogen."

Der Panzerschütze Rust kandidierte u. a. mit folgenden Programmpunkten für die Wahl:

– Der Haarappell soll folgendermaßen durchgeführt werden: Das Haar ist so zu tragen, daß unter normalen dienstlichen Bedingungen Ohren und Augen frei bleiben. Er versprach diesen Befehl, der diese Aussagen macht, zu besorgen, um schikanöse Haarappelle zu vermeiden.

– Am Wochenende, also meist freitags, soll das Stuben- und Revierreinigen beschleunigt werden, so daß die Soldaten schon eher nach Hause können.

– Damit die Mannschaften, insbesondere die, die nicht aus Hildesheim und Umgebung kommen, ihre Freizeit vernünftig verbringen können, damit sie sich vernünftig unterhalten können, versprach er, sich für einen Mannschaftskeller, der ähnlich wie der Unteroffizierskeller aufgebaut sein soll, einzusetzen.

– Auf der Versammlung betonte der Panzerschütze Rust, daß es nicht anginge, daß er sich Punkte aus der Nase zieht, sondern daß der ständige Kontakt zu den Mannschaften notwendig ist, um gemeinsam die anstehenden Probleme zu lösen.

Der Panzerschütze Rust wurde mit überwältigender Mehrheit zum Vertrauensmann gewählt. Wir von der Initiative für ein Soldaten- und Reservistenkomitee befürworten ein solches Vorgehen, denn so haben die Mannschaften vor der Wahl geeignete Beurteilungskriterien für die Bewerber und nach der Wahl können sie die Tätigkeit ihres Vertrauensmannes anhand der aufgestellten Punkte kontrollieren. Schon vor der Wahl wurde versucht zu verhindern, daß sich der Panzerschütze Rust bewirbt, z. B. wurde er anfänglich erst gar nicht in das Wählerverzeichnis eingetragen. Außerdem wurde er wegen der obigen Vorwürfe vom MAD verhört. Die Wahl zeigt, daß die Soldaten sich nicht haben einschüchtern lassen durch die Bundeswehrführung.

–Initiative für ein Soldaten- und Reservistenkomitee Hildesheim–

Um ein Loch zu stopfen, reißt Ford ein neues, größeres

Der amerikanische Präsident Ford hat am 15.Januar vor den beiden Häusern des Kongresses seine Neujahrsbotschaft verlesen. "Die Lage der Vereinigten Staaten ist nicht gut", erklärte Ford den Abgeordneten. Er verkündete ein neues Wirtschaftsprogramm, mit dem seine Regierung die alte Weltmachtstellung zurückgewinnen will. Das Hauptziel dieses Programms ist, von den Öleinfuhren unabhängiger zu werden.

Der Ölverbrauch soll drastisch gesenkt werden. Zu diesem Zweck hat die US-Regierung eine Steuer auf Öl und alle Ölprodukte beschlossen. Importöl wird höher besteuert. Weitere Maßnahmen sehen Prämien für die Hausbesitzer vor, die ihre Häuser besser gegen Kälte isolieren. Schließlich wird das Abgasgesetz für Automobile bis 1980 außer Kraft gesetzt, wodurch die Profite der Autoindustrie sich erhöhen werden. Für dieses Geschenk will die Autoindustrie einen Motor entwickeln, der 40 % weniger Treibstoff verbraucht. Riesige Summen sollen aufgewendet werden für Atomkraftwerke und für die Ausbeutung der Kohle im eigenen Land. Schließlich soll mit 4 Milliarden Dollar die "Investitionsneigung" der Kapitalisten angereizt werden. 12 Milliarden Dollar sollen von dem Steueraufkommen an die Steuerzahler zurückerstattet werden zur Stärkung der Kaufkraft. "Steuerliche Erleichterungen" sieht der Ford-Plan für die Aktiengesellschaften vor. Sie sollen statt mit 48 % in Zukunft nur noch mit 42 % besteuert werden. Damit schließlich die Ölkonzerne die Besteuerung hinnehmen, wird am 1. April die Preiskontrolle für Öl und Benzin aufgehoben. Die Konzerne werden es nutzen und die Steuern von den Verbrauchern holen.

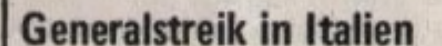
Die wirtschaftliche Lage in den USA

Die Industrieproduktion ist im Dezember um 2,8 % zurückgegangen, nachdem sie bereits im November um 2,3 % gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen war. Das ist der stärkste Rückgang, der während eines Monats verzeichnet wurde seit dem zweiten Weltkrieg überhaupt. Auf das ganze Jahr 1974 gerechnet, ist die Industrieproduktion sogar um 6,8 % zurückgegangen. Als einer der Gründe wird die Automobilproduktion angegeben, die auf ihren tiefsten Stand seit 20 Jahren gesunken ist. Die Folge dieses Rückgangs der Produktion ist, daß es heute 8 Millionen Arbeitslose in den USA gibt. Die Teile der Arbeiterklasse, die heute noch Arbeit haben, haben einen starken Abbau der Reallöhne hinnehmen müssen. Während die Löhne 1974 um 9 % gestiegen sind, hat die Inflationsrate 12 % erreicht. Das bedeutet eine Senkung des Reallohns um 3 %. Nimmt man allerdings die Großhandelspreise zum Maßstab, dann kann man sich vorstellen, daß die Inflationsrate weit höher liegen muß: die Großhandelspreise sind allein 1974 um 20,9 % gestiegen. Das ist die höchste Zunahme während eines Jahres seit 1946. Schließlich: die staatliche Verschuldung wird in diesem Jahr um 15 Milliarden Dollar zunehmen, denn das Defizit des amerikanischen Haushalts wird von 30 Milliarden Dollar im Jahr 1974 auf über 45 Milliarden in diesem Jahr ansteigen. Insgesamt beläuft sich dann die staatliche Verschuldung der USA auf über 500 Milliarden Dollar! Ford hat das in seiner Rede vor dem Kongreß mitgeteilt. Man sieht leicht, daß das neue Wirtschaftsprogramm genau darauf hinausläuft, worauf die früheren Programme von Nixon und von ihm selber zur "Bekämpfung der Inflation" auch hinausgelaufen sind: Um ein neu entstehendes Loch zu stopfen, wird an anderer Stelle etwas weggenommen. Die Zahl der Löcher aber steigt unaufhörlich, auch werden die Löcher immer größer. Bald wird es soviel Löcher geben, daß nichts mehr übrig bleibt, womit die US-Regierung neu entstehende Löcher flicken kann. Daß die Lage der imperialistischen Supermacht sich unaufhörlich in diese Richtung entwickelt, davon zeugen besonders die Kriegsdrohungen, die Kissinger, Ford und Kriegsminister Schlesinger in den letzten Wochen immer wieder ausgestoßen haben. Der Krieg sei das letzte Mittel, heißt es.

Sie meinen: wenn sie im eigenen Land bei der eigenen Arbeiterklasse und dem eigenen Volk nichts mehr zum Stopfen der Löcher vorfinden, dann werden sie es sich von anderen Völkern holen.

g.j.

Amerikanische Arbeitslose — inzwischen sind es 8 Millionen — warten auf die Auszahlung der Unterstützung



Generalstreik in Italien

Am 23. Januar legen die Arbeiter und Angestellten Italiens für vier Stunden die Arbeit nieder. Sie folgen damit einem Aufruf ihrer Gewerkschaften. Der Generalstreik wird durchgeführt, um der Forderung nach höheren Löhnen und Gehältern Nachdruck zu verleihen. Inzwischen hat bei Fiat erneut Kurzarbeit begonnen. 70 000 Arbeiter sind betroffen für eine Periode von vier Wochen. Drei Wochen lang wird ihnen ein Lohn von 93 % des Bruttolohns gezahlt und eine Woche müssen sie von ihrem Jahresurlaub nehmen, der in diesem Jahr erstmals vier Wochen beträgt.



Das Bild zeigt eine Demonstration in Frankreich für die Aufhebung des Abtreibungsparagraphen im französischen Gesetzbuch. Der Paragraph wurde zwar nicht aufgehoben, aber die gaullistische Mehrheit der Nationalversammlung hat ein Fristenmodell verabschiedet, das ähnlich ist, wie das vom Bundestag verabschiedete. Der Unterschied ist allerdings der, daß in Frankreich das Gesetz gilt, während über das vom Bundestag verabschiedete Gesetz am 25. Januar noch das Bundesverfassungsgericht zu entscheiden hat. Inzwischen ist auch in Italien eine breite Bewegung gegen das Verbot der Abtreibung entstanden.

Chile

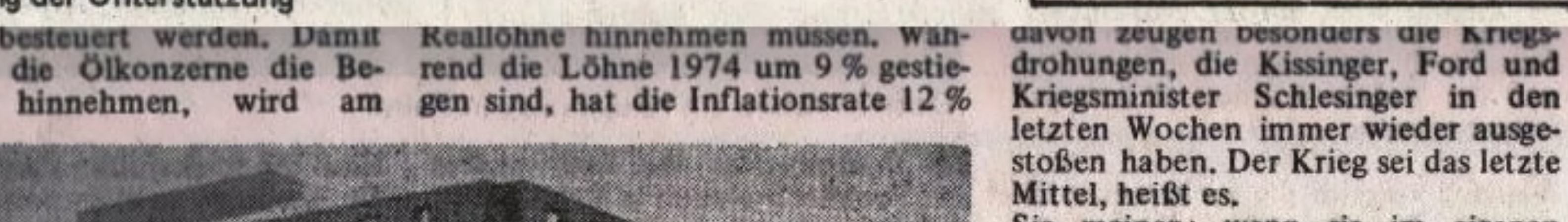
Bundesregierung zahlt

Die starken Worte der SPD—Bundestagsfraktion: Schall und Rauch

In letzter Zeit hat die Militärjunta in Chile mehrere politische Gefangene freigelassen. Das hat sie nicht aus Menschenfreundlichkeit getan. Sie verschachert vielmehr die Gefangenen an andere Länder gegen die Zahlung von Krediten oder diplomatische Anerkennung. Die BRD war eins der ersten Länder, das auf diesen Handel einging.

Die Bundesregierung machte die Zahlung eines Kredites von über 21 Mio Mark an die Junta von der Freilassung politischer Gefangener abhängig. Nach der Frankfurter Demonstration vom 14.9. hatte die SPD-Bundestagsfraktion zwar eine Resolution verabschiedet, in der sie erklärte, der Junta keine weiteren Kredite zu gewähren. Inzwischen hat die Bundesregierung für die Freilassung des ehemaligen chilenischen Außenministers Almey-

aufzunehmen, obwohl sie nach dem von den Innenministern der Länder vereinbarten Verteilerschlüssel an der Reihe gewesen wäre. Die Bundesregierung schickte ihr linkes Aushängeschild Matthöfer, angeblich ein alter Freund Almeydas, auf den Frankfurter Flughafen, wo Almeyda, der dann später nach Rumänien weiterreiste, zwischenlandete. Dort durfte Matthöfer Almeyda, der darauf Wert gelegt hätte, in der BRD Aufnahme zu finden, freundschaftlich die Hand schütteln.
Die Solidaritätsbewegung fordert weiterhin:
Freilassung aller politischen Gefangenen!
Keine Unterstützung der Junta durch die Bundesregierung!
Einreise aller chilenischen Flüchtlinge in die BRD, die es wünschen!
Inflationskatastrophe in Chile?



mit 42 % besteuert werden. Damit schließlich die Ölkonzerne die Besteuerung hinnehmen, wird am
rend die Löhne 1974 um 9 % gestiegen sind, hat die Inflationsrate 12 %
davon zeugen besonders die Kriegsdrohungen, die Kissinger, Ford und Kriegsminister Schlesinger in den letzten Wochen immer wieder ausgestoßen haben. Der Krieg sei das letzte Mittel, heißt es.
Sie meinen: wenn sie im eigenen Land bei der eigenen Arbeiterklasse und dem eigenen Volk nichts mehr zum Stopfen der Löcher vorfinden, dann werden sie es sich von anderen Völkern holen. g.j.
Amerikanische Arbeitslose — inzwischen sind es 8 Millionen — warten auf die Auszahlung der Unterstützung
Generalstreik in Italien
Am 23. Januar legen die Arbeiter und Angestellten Italiens für vier Stunden die Arbeit nieder. Sie folgen damit einem Aufruf ihrer Gewerkschaften. Der Generalstreik wird durchgeführt, um der Forderung nach höheren Löhnen und Gehältern Nachdruck zu verleihen. Inzwischen hat bei Fiat erneut Kurzarbeit begonnen. 70 000 Arbeiter sind betroffen für eine Periode von vier Wochen. Drei Wochen lang wird ihnen ein Lohn von 93 % des Bruttolohns gezahlt und eine Woche müssen sie von ihrem Jahresurlaub nehmen, der in diesem Jahr erstmals vier Wochen beträgt.
Chile
Bundesregierung zahlt
Die starken Worte der SPD—Bundestagsfraktion: Schall und Rauch
In letzter Zeit hat die Militärjunta in Chile mehrere politische Gefangene freigelassen. Das hat sie nicht aus Menschenfreundlichkeit getan. Sie verschachert vielmehr die Gefangenen an andere Länder gegen die Zahlung von Krediten oder diplomatische Anerkennung. Die BRD war eins der ersten Länder, das auf diesen Handel einging.
Die Bundesregierung machte die Zahlung eines Kredites von über 21 Mio Mark an die Junta von der Freilassung politischer Gefangener abhängig. Nach der Frankfurter Demonstration vom 14.9. hatte die SPD-Bundestagsfraktion zwar eine Resolution verabschiedet, in der sie erklärte, der Junta keine weiteren Kredite zu gewähren. Inzwischen hat die Bundesregierung für die Freilassung des ehemaligen chilenischen Außenministers Almey-
da den erwähnten 21 Mio Kredit gezahlt, wobei sie seine Freilassung als einen "Akt des Wohlwollens" von Seiten der Junta bezeichnet hat. Dieser Schacher zeigt, wie ernst es der Bundesregierung mit der Weigerung ist, die Junta zu unterstützen und Kredite an sie zu vergeben. Wenn etwas dabei herausspringt, wenn sie hoffen kann, ihr Prestige dabei aufzupolieren, ist sie gern bereit, auch dafür zu bezahlen.

Im Falle Almeydas ging diese Rechnung jedoch nicht ganz auf. Die baden-württembergische Landesregierung weigerte sich nämlich, Almeyda aufzunehmen, obwohl sie nach dem von den Innenministern der Länder vereinbarten Verteilerschlüssel an der Reihe gewesen wäre. Die Bundesregierung schickte ihr linkes Aushängeschild Matthöfer, angeblich ein alter Freund Almeydas, auf den Frankfurter Flughafen, wo Almeyda, der dann später nach Rumänien weiterreiste, zwischenlandete. Dort durfte Matthöfer Almeyda, der darauf Wert gelegt hätte, in der BRD Aufnahme zu finden, freundschaftlich die Hand schütteln.

Die Solidaritätsbewegung fordert weiterhin:

Freilassung aller politischen Gefangenen!

Keine Unterstützung der Junta durch die Bundesregierung!

Einreise aller chilenischen Flüchtlinge in die BRD, die es wünschen!

Inflationskatastrophe in Chile?

Unter diesem Titel berichtete die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 11.12. von einem Geheimbericht der Weltbank über Chile. In dem Bericht werde von einer Inflationsrate von 600 % für 1974 ausgegangen. Unter diesen Voraussetzungen werde es zu einer "Finanzkatastrophe" in den nächsten Jahren kommen. Zur Verhinderung solcher Auswirkungen fordert die Weltbank, in der die US-Imperialisten zusammen mit der Bundesregierung das Kommando führen, Kredite über 3 Milliarden DM in ausländischer Währung.

Kleider für die ZANU

Sieben Landrover konnten von den gesammelten Geldern beschafft werden! Diese Landrover werden in der zweiten Februarhälfte verschifft. Dies bietet eine gute Gelegenheit, Kleider nach Zimbabwe zu schicken, ohne daß Extrakosten für den Transport entstehen. Die Kleider werden gebraucht für die Bevölkerung in den von der ZANU kontrollierten Gebieten. Sie können alle Größen haben, auch Kindergrößen. Die Kleidungsstücke müssen gut erhalten sein und strapazierbar sein, frisch gereinigt bzw. gewaschen. K e i n e Schuhe. Die Kleider sollen bis zum 10. Februar direkt nach London an das dortige ZANU-Büro geschickt werden:

Zimbabwe African National Union
(ZANU)
(Office)
Rex Chiwara
323 Old Street
London, EC 1
Großbritannien

Jeder soll prüfen, was er entbehren und was die ZANU gebrauchen kann.
Nutzen wir den Frachtraum der 7 Landrover. Schicken wir Kleider nach Zimbabwe!

Söldnerwerbung

Der Söldnerwerber Edgar Thelen, Oberstleutnant der US-Armee, wurde von der Staatsanwaltschaft München vorläufig festgenommen. Thelen hatte in mehreren westdeutschen und schweizer Zeitungen Anzeigen veröffentlicht mit folgendem Wortlaut:

"Rhodesian Security and General Services sucht für sofort oder später 300 ledige Männer aller Berufsgruppen im Alter von 18-30 Jahren.

Beste Bezahlung, langfristiger Vertrag, 49 Tage Urlaub in einem Land mit hohem Freizeitwert. Bei entsprechender Vorbildung ist eine Übernahme in höheren Verantwortungsbereich möglich, Ausbildung zum Safaribegleiter erfolgt bei vollem Lohn in Rhodesien."

Der Kriegsminister des rhodesischen Siedlerregimes Van der Byl, hat über den Auftrag des Oberstleutnants in München folgendes gesagt: "Mister T. handelte auf eigene Initiative, als er die Anzeige aufgab. Das bedeutet nicht, daß die rhodesische Armee passende Rekruten von solcher Quelle nicht akzeptieren würde." (Aus der englischen Zeitung "Daily Mail", nach Münchner "tz" vom 14.1.)

Es scheint sicher, daß bei der ganzen Sache der amerikanische Geheimdienst CIA dahinter steckt. Wie die Süddeutsche Zeitung schreibt, war Thelen früher Mitglied der französischen Fremdenlegion und hat in Indochina und Algerien am Krieg teilgenommen. Dann trat er in die amerikanische Armee ein und wurde nach Bewährung im Krieg gegen das vietnamesische Volk dort zum Oberstleutnant befördert. Jetzt findet man ihn wieder als Teilhaber der "Rhodesian Security and General Services", eine als Firma getarnte Kommandozentrale für den Krieg des rhodesischen Siedlerregimes gegen den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe. Wie es heißt, soll Thelen 800 Bewerbungen bekommen haben.

Erbitterte Streikkämpfe in Spanien

Am Samstag, dem 18.1.1975, wurde in der nordspanischen Provinz Navarra mit Hauptstadt und Industriezentrum Pamplona der Generalstreik von einer Reihe von politisch linksstehenden Organisationen, unter anderem den 'Arbeiterkommissionen', ausgerufen. Der Aufruf wurde breit befolgt; laut Nachrichten vom Sonntag werden 200 Betriebe bestreikt, Laden- und Restaurantbesitzer halten aus Solidarität die Lokale geschlossen.

Mit dem Generalstreik unterstützen die Arbeiterklasse und das Volk in Navarra solidarisch den Kampf der Bergleute des Kaliwerks 'Potasas de Navarra'. 116 Bergleute halten seit rund zwei Wochen aus Protest gegen die Aussperrung ihrer Kollegen eine Grube besetzt (vgl. KVZ 2/75). Von Anbeginn solidarisierten sich Tausende von Klassengenossen anderer Betriebe mit den Bergleuten. Demonstrationen wurden durchgeführt, Kundgebungen abgehalten, Straßensperren errichtet.

Die Polizei hält das Grubengelände abgesperrt und verhindert brutal jeden Kontakt der Angehörigen mit den besetzenden Grubenleuten. Ende der Woche wurde in staatlichen und Kapitalistenkreisen der Plan immer offener diskutiert, das Kaliwerk mit Militär zu stürmen. Der Generalstreik war die Antwort der Arbeiterklasse Navarras auf Gewalt und Terror der Polizei- und Staatsmacht.

Bei SEAT in **Barcelona** wurden mit Aufhebung der Aussperrung am 14.1. die Arbeiter mit Polizeigewalt gezwungen – Polizei marschierte vor und auf dem Betriebsgelände auf –, die Arbeit wiederaufzunehmen. Der Versuch von einigen tausend Arbeitern der 6 000 Mann starken Frühschicht, den Streik entschlossen fortzusetzen, wurde mit Polizeiterror zum Scheitern gebracht.

Die Kämpfe im Industriezentrum Barcelona gehen aber weiter, doch gelangen kaum Informationen nach außen. Denn seit mehr als einer Woche hat das spanische Regime eine totale Nachrichtensperre über Barcelona verhängt. Mehr als 100 spanische Journalisten haben gegen die Nachrichtensperre protestiert und deren Aufhebung gefordert.

Bei Citesa, einem zum ITT-Konzern gehörenden Werk in **Madrid**, haben die 525 verbleibenden Arbeiter der Belegschaft nach langem Streikkampf die Unternehmensleitung gezwungen, die von den Arbeitern gewählte Kommission zu empfangen und mit ihr zu verhandeln. Die Arbeiter fordern die Wiedereinstellung ihrer 475 entlassenen Kollegen und die Bezahlung ihrer Lohnforderungen.

Im Baskenland, in den Stahlwerken Bilboas, in Asturien in den Kohlenminen, in Galizien in den Werftbetrieben setzen die Arbeiter die Streikkämpfe fort.

Ein Verteiler der PCE (i), der Flugblätter mit Solidaritätsaufrufen für die Streikenden in Navarra verteilte, wurde von der Polizei erschossen. Er war unbewaffnet und er wurde direkt ins Herz getroffen. Die Polizei hatte zuerst verbreitet, sie habe nur auf die Füße gezielt und der Verteiler sei mit einer automatischen Pistole bewaffnet gewesen. Auf Grund dieses Polizeimordes sind in Bilbao weitere 7 000 Arbeiter in den Streik getreten. Außerdem wurde gemeldet, daß rund um Barcelona in 60 Textilfabriken die Arbeit niedergelegt wurde von insgesamt 15 000 Arbeiterinnen und Arbeitern.

In Ägypten gehen die Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Regierung weiter

In Ägypten streiken die Arbeiter weiter. Der Streik ist nicht beschränkt geblieben auf das Kokswerk in Heluan, von wo die Demonstration am 1.1.1975 ausging, wie in der KVZ Nr.1/75 berichtet wurde, und an der Tausende Arbeiter teilgenommen haben statt nur 500, wie in dem Bericht stand. Das geht aus einem Bericht eines Augenzeugen hervor, den wir jetzt erhalten haben. Der Ausgangspunkt des Streiks ist eine Gesetzesvorlage über die Neufestlegung von Löhnen und Gehältern. Diese Vorlage wurde von den Arbeitern abgelehnt. Die Arbeiter in Heluan wählten eine Delegation, die mit der Volkskammer direkt verhandeln sollte. Durch den Angriff der Polizei auf diese Delegation kam es zu der Demonstration am 1.1.1975.

Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter

Der Mindestlohn eines Industriearbeiter beträgt in den vom Staat kontrollierten Werken – das ist die Schwerindustrie – 25 Piaster am Tag (= 1,15 DM). Zum Vergleich: Ein Minister verdient 1 800 DM. Von den 25 Piastern muß ein Arbeiter durchschnittlich 6 bis 8 Personen ernähren. Die Inflationsrate beträgt zur Zeit 50 %. Gerade in den Städten ist die Versorgungslage katastrophal. Die Grundnahrungsmittel Brot und Sojabohnen sind kaum noch zu haben. Ein Fladenbrot kostet, wenn vorhanden, 1 Piaster, ein Pfund Tomaten oder Zwiebeln zirka 25 Piaster. Die Mittagsmahlzeit besteht in der Regel aus einem Fladenbrot und einer Tomate oder einer Zwiebel mit etwas Salz. Fleisch ist unerschwinglich, da ein Kilo von der billigsten Sorte 125 Piaster kostet, also fünf Tageslöhne.

Zucker, Tee und Fett sind rationiert und nur gegen Vorlage von Lebensmittelkarten in den staatlichen Genossenschaftsläden erhältlich. 1 kg Zucker kostet 35 Piaster. Im Moment ist er nur auf dem Schwarzen Markt zu bekommen. Eine Dreizimmerwohnung kostet an die 300 Mark, wenn man die Mietvorauszahlung von zwei- bis dreitausend Mark bezahlen kann. Sozialwohnungen werden unter der Hand an diejenigen vergeben, die dem dafür zuständigen Beamten das höchste Schmiergeld bezahlen können.

Schuhe kosten jetzt 500 bis 700 Piaster, vor kurzem noch lag der Preis bei 300. Viele Waren werden von den Kapitalisten in ihren Lagern zurückgehalten, um die Preise weiter in die Höhe zu treiben.

Für eine schmale Schicht von Ausbeutern und Parasiten, die weniger als 5 % der Gesamtbevölkerung ausmachen, schaffen Millionen von Bauern und Arbeitern den gesellschaftlichen Reichtum, den jene in den Luxuslokalen und -geschäften verprassen.

Die Auseinandersetzung um das Lohn- und Gehaltsgesetz

Um die Wut und den Haß der Massen aufzufangen, hatte das Regime angekündigt, daß es ein neues Lohn- und Gehaltsgesetz für die Arbeiter und die kleinen Angestellten vorbereitet.

Als die Gesetzesvorlage Anfang des Jahres veröffentlicht wurde, stellten diese fest, daß sie an ihrer miserablen materiellen Lage kaum etwas ändert. Der Widerstand begann im Kokswerk in Heluan. Die Arbeiter nahmen die Produktion in die Hand. Sie benachrichtigten die Regierungsvertreter in der Werksleitung, daß von jetzt an sie für die Fabrik verantwortlich sind. Sie legten ein neues Lohn- und Prämiensystem fest, das die neue Gesetzesvorlage ersetzen sollte.

Das Regime war so alarmiert, daß es keinen geringeren als Sayyed Marei, den Generalsekretär der Staatspartei ASU – einer der größten Landbesitzer in Ägypten – zu Verhandlungen mit den Arbeitern schickte. Sie hörten sich sein Gerede an, wiederholten ihre Ablehnung der neuen Regelung und schickten ihn wieder heim. Sie wollten selbst bestimmen, wann und mit wem sie verhandeln wollten. Zusammen mit den Arbeitern des Eisen- und Stahlkombinats, der Autofabrik 'Nas' und der Munitionsfabrik Nr. 58 – alles in allem waren etwa 50 000 Arbeiter beteiligt – wählten sie 200 Delegierte, die direkt mit der gesetzgebenden Volkskammer verhandeln sollten. Treffpunkt war der Bab-el-Louk, der Zubringerbahnhof Kairo-Heluan.

Die Sicherheitspolizei greift die Delegierten an

Noch ehe die 200 Delegierten beisammen waren, griff sie die Sicherheitspolizei an. Sofort solidarisierten sich die Arbeiter, die auf die Züge warteten, mit ihnen und vereitelten jeden Versuch, sie von ihren gewählten Vertretern zu spalten. Die Sicherheitspolizei mußte schließlich das Feld räumen. Die Delegation ging in Richtung Volkskammer, fand jedoch den Weg durch Straßensperren und Polizeitrupps verbarrikadiert. In der Straßenschlacht zwischen den Arbeitern und der Polizei wurden 68 Arbeiter festgenommen.

Zugleich riegelte die Sicherheitspolizei das Industriegebiet Kairo Nord (Shubra el-Kheima, zirka 15 000 Arbeiter) ab aus Angst vor den Solidaritätsdemonstrationen. Aber das Aufgebot von 3 000 Polizisten konnte weder die Demonstrationen noch die Streiks in Shubra el-Kheima verhindern. Genausowenig wie die Streiks in Mehalla el-Kobra, dem Zentrum der Textilindustrie im Nildelta, oder die in Alexandrien, in Port-Said und in Suez. Aus dem Funken von Heluan war ein Steppenbrand geworden.



Demonstration am Neujahrstag in Kairo

Die Studenten in den Universitäten und Fachhochschulen in Kairo solidarisierten sich mit den streikenden Arbeitern. Schleunigst sperrte die Polizei den Weg zwischen Nord- und Südkairo über den Zentralbahnhof aus Angst, daß sich die Studenten und Arbeiter im Süden gemeinsam mit den Arbeitern und Studenten in Nord- und Ostkairo zu gemeinsamen Aktionen vereinigen könnten.

Inzwischen haben die Arbeiter in Nordkairo den Generalstreik für dieses Gebiet erklärt aus Solidarität mit ihren verhafteten Kollegen aus Heluan. Sie fordern ihre Freilassung und die Freilassung aller politischen Gefangenen, die während der Demonstrationen und Streiks verhaftet worden sind.

Keine Änderung seit dem Oktoberkrieg

Die ägyptische Arbeiterklasse und mit ihr alle fortschrittlichen und kommunistischen Kräfte in Ägypten waren immer bereit, die größten Opfer für die nationale Befreiung zu erbringen. Das beweist ihre 80-jährige Kampferfahrung gegen den britischen
Kampferfahrung gegen den britischen
Kolonialismus und ihre Forderung, den Kampf gegen den zionistischen Feind bis zum Sieg fortzusetzen. Sie sind aber nicht bereit, sich für eine Clique korrupter Ausbeuter zu opfern.

Ein Jahr nach dem Oktoberkrieg erweist sich das ägyptische Regime als völlig unfähig, die nationale Frage zu lösen. Es ist auch nicht in der Lage, die dringendsten sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Massen anzupacken: Inflation, Arbeitslosigkeit und ein aufgeblähter, durch und durch korrupter Staatsapparat.

– Zum ersten Mal seit 1968 tritt die Arbeiterklasse als die führende Kraft in den Massenaktionen hervor. Die zentralen Forderungen, die sie zusammen mit breiten Teilen des Volkes erhebt, sind:

Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen, Fortsetzung des Kampfes gegen die Zionisten bis zur Befreiung aller seit 1967 besetzten Gebiete und Solidarität mit dem palästinensischen Volk.

–Nidal–

Angola wird am 11. November unabhängig

Nach Guinea-Bissau, den Kapverdischen Inseln, Mozambique und Sao Tome und Principe hat Portugal nun auch dem Volk von Angola zugestehen müssen, über seine Zukunft selbst zu bestimmen. Angola wird am 11. November unabhängig! Dies ist ein großer Sieg des Volkes von Angola, es ist das Ergebnis eines 14-jährigen bewaffneten Kampfes gegen den portugiesischen Kolonialismus.

Den Verhandlungen der drei Organisationen, die für die nationale Unabhängigkeit Angolas eintraten, der MPLA, der FNLA und der UNITA, mit der portugiesischen Regierung waren Gespräche zwischen den Befreiungsbewegungen vorausgegangen. Ergebnis war eine gemeinsame Plattform zwischen den drei Befreiungsbewegungen, die am 5. Januar in Mombasa (Kenia) unterzeichnet wurde.

Das Wichtigste an dem jetzt in Portugal unterzeichneten Abkommen ist (siehe Kasten), daß Portugal das Recht des angolanischen Volkes auf nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung anerkennt. Damit hat das Volk von Angola das erste wichtige Etappenziel auf dem Weg zur Befreiung von jeder Form von Ausbeutung und Unterdrückung erreicht.

Bisher hat die MPLA (Volksbewegung für die Befreiung Angolas) den bewaffneten Kampf am erfolgreichsten geführt. In den befreiten Gebieten hat sie konsequent den Aufbau einer neuen Gesellschaft begonnen, in der Ausbeuter und Unterdrücker keinen Platz mehr finden.

Aber ob Angola nach der formellen Unabhängigkeit in die Ausbeutung durch den Neokolonialismus gerät oder auf dem von der MPLA eingeschlagenen Weg weiterschreitet zur vollständigen Befreiung, wird es sicher einen scharfen Kampf geben zwischen den verschiedenen Klassen und ihren Parteien.

–J.B./L.C.–

Das Abkommen (Auszug)

Angola mit der Exklave Cabinda im Norden ist die reichste der ehemaligen portugiesischen Kolonien. Dort leben 600 000 Weiße gegenüber 6 Millionen Afrikanern.

Die wichtigsten Bestimmungen des am 15. Januar in Alvor (Südportugal) unterzeichneten Abkommens zwischen der portugiesischen Regierung und den drei Befreiungsbewegungen MPLA, FNLA und Unita sind:

– Angola wird am 11. November 1975 unabhängig.

– Bis dahin wird eine Übergangsregierung gebildet, die noch im Januar ihr Amt antreten soll. Diese Regierung besteht aus einem portugiesischen Hochkommissar (der der Bestätigung durch die drei Organisationen bedarf), einem Dreier-Gremium der Führer der Befreiungsorganisationen und einer Anzahl von Ministern, die gleichermaßen von allen vier Parteien gestellt und jeweils von den anderen Parteien kontrolliert werden. Diese Regierung faßt ihre Beschlüsse mit Zweidrittelmehrheit.

– Bis Ende Oktober führt die Übergangsregierung freie Wahlen zu der verfassungsgebenden Versammlung durch. Kandidaten können nur von der MPLA, der FNLA und der Unita aufgestellt werden.

– Es wird eine gemeinsame Armee unter gemeinsamem Oberkommando gebildet. Sie besteht aus 24 000 portugiesischen Soldaten und je 8 000 Soldaten der MPLA, der FNLA und der Unita. Nach der Unabhängigkeit verlassen die portugiesischen Truppen bis zum 29.2.1976 das Land.

(Nach Meldungen aus Frankfurter Rundschau, 16.1., Süddeutsche Zeitung, 17.1., Heidelberger Tageblatt, 17.1.)

Streik der indischen Docker

In den indischen Häfen streiken seit Mitte vergangener Woche die 200 000 Docker. Sie fordern höhere Löhne, die Regierung will auf ihre Forderung nicht eingehen.

Die Gruppe Rote Fahne (KPD) und Angola

In Nummer 2/75 der Roten Fahne, Zentralorgan der gleichnamigen Gruppe, heißt es zu der Einigung der drei angolanischen Befreiungsbewegungen über ein gemeinsames Verhandlungsprogramm mit Portugal:

"Die Einigung der drei angolanischen Befreiungsbewegungen hat allen Bestrebungen, im südlichen Afrika die imperialistische Ausplünderung aufrechtzuerhalten, einen schweren Schlag versetzt ...
Seit der Aufnahme des bewaffneten Kampfes ist die Einigung der Befreiungsbewegungen ein weiterer Sieg des angolanischen Volkes auf dem Weg zur vollständigen nationalen Unabhängigkeit."

Wir halten fest:

Erstens: Die jetzt von der Gruppe Rote Fahne eingenommene Position zum Befreiungskampf des angolanischen Volkes ist zu begrüßen.

Zweitens: Diese Position der Gruppe Rote Fahne ist neu und widerspricht ihrer früheren Position, die in der Diffamierung der FNLA und der UNITA bestand und sich mit der Parole "Anerkennung der MPLA als einzig legitimer Vertreter des Volkes von Angola" sich ausdrücklich gegen jede Politik der Aktionseinheit zwischen den Befreiungsbewegungen Angolas aussprach. (vgl. Plattform des von der Gruppe Rote Fahne angeführten Berliner Afrika-Komitees und der Liga für die Afrika-Solidaritätswoche im September, vgl. Afrika kämpft Nr.15, Okt.1974)

Diese Position war nicht nur falsch und sektiererisch, sondern stellte eine direkte Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Volkes von Angola dar. Solange es drei nationale Befreiungsbewegungen gibt, kann man halt nicht behaupten, es gebe nur eine "einzig legitime". Wer dies dennoch tut, verwechselt im besten Fall die Frage der politischen Führung mit der Frage des Rechts auf Vertretung des angolanischen Volkes. Im schlimmsten Fall ist er ein bewußter Spalter.

Drittens: Von ihrer falschen Position ausgehend hatte die Gruppe Rote Fahne und ihre Massenorganisationen eine Reihe rüder Angriffe auf den KBW gestartet, für die sie jetzt sicherlich Selbstkritik üben wird. (Rote Fahne Nr. 36/74; 40/74)

Viertens: Wer an die Stelle von Untersuchungen idealistische Phrasen setzt, wird früher oder später von der Wirklichkeit selber und durch die Politik der revolutionären Organisationen widerlegt, wie in unserem Fall die Gruppe Rote Fahne durch die Einigung der drei angolanischen Befreiungsbewegungen und die richtige Politik der Aktionseinheit der MPLA, die Voraussetzung für die erfolgreichen Verhandlungen mit Portugal gewesen sind.

Fünftens: Der erneute Schwenk der Gruppe Rote Fahne (KPD), der mit der Grazie der unbefleckten Jungfrau durchgeführt wird, sollte jedes Mitglied und jeden Freund dieser Organisation erneut darüber nachdenken lassen, wie weit es mit der Tugend dieses Wechselbalgs her ist.

Sechstens: Weder in internationalen Fragen noch in Fragen des Klassenkampfes im eigenen Land kann eine Spalterpolitik lange aufrechterhalten werden, ohne offensichtlich in Widerspruch zu den Interessen der Arbeiterklasse und der Völker zu geraten.

–J.S.–

Zionistische Veranstaltung

Die Professoren für evangelische Theologie, Gollwitzer und Rendtorff, machten am 9.1. in Berlin als Veranstaltungsredner Propaganda für den Zionismus. So jedenfalls kann ihre rückhaltlose Verteidigung des israelischen Unterdrückerstaates nur verstanden werden.

Dabei verstiegen sich diese deutschen Professoren zu recht abenteuerlichen Behauptungen. Einer erklärte zum Beispiel, der Zionismus sei eine "nationale Befreiungsbewegung"! Und als ein älterer Teilnehmer der Versammlung, Mitglied des "Bundes der Verfolgten des Naziregimes", sagte: "Es muß uns sehr mißtrauisch machen, wenn der SA-Mann Springer Israel unterstützt. Es kann nicht in unserem Interesse sein, wenn ein Krieg gegen die Völker des Nahen Ostens entfesselt wird, von dem Israel dann auch noch profitieren würde;" da schrie ihm der andere Professor entgegen: "Ihr seid Antisemiten, auch wenn Ihr Euch als Antizionisten tarnt." Das Geschrei nutzte nichts. Die gerechte Sache des palästinensischen Volkes ließ sich nicht unterdrücken.

Im Spiegel der Statistik

Im ersten Jahr nach Unterzeichnung des Pariser Vietnam-Friedensabkommens lieferten die USA dem Thieu-Regime für 37 Millionen Dollar monatlich neue Munition. Damit überstieg der Munitionsverbrauch den Durchschnittswert von 1972, als der Krieg in vollem Gang war. (Angabe nach: Anhörung vor der Senatskommission für die Streitkräfte, 12.3.74, Protokoll Seite 106)
86,3 % des Haushalts 1974 des Thieu-Regimes stammten aus amerikanischen "Hilfsgeldern". 66,8 % dieses Haushalts wurden als amerikanische Militärhilfe ausgewiesen. (Quelle: Indochina Resource Center (Zentrum für Indochina-Forschung), 1.3.74)
Offiziell wurden die US-Zahlungen an das Thieu-Regime von 1,9 Milliarden 1972 auf rund 1,3 Milliarden 1974 gesenkt. Die tatsächlichen Zahlungen sind in dieser Zeit jedoch von 2,584 Milliarden auf über 4 Milliarden Dollar gestiegen. (nach Angaben einer Gruppe oppositioneller US-Senatoren.) Zum Beispiel wurde neugeliefertes Kriegsmaterial zu einem Zehntel seines tatsächlichen Wertes an Thieu abgetreten. (Nach: Les Aspin, Mitglied des amerikanischen Kongresses)

Neue Erfolge der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnam

In Genf, am Sitz der UNO, wurde ein Verbindungsbüro der Provisorischen Revolutionären Regierung von Südvietnam (PRR) eröffnet. Der afrikanische Staat Gabun hat die PRR diplomatisch anerkannt. Schweden hat die diplomatischen Beziehungen zum Thieu-Regime abgebrochen.
Auf einen Antrag des UNO-Generalsekretariats hin genehmigte die Schweizer Regierung die Eröffnung eines Verbindungsbüros der PRR am Sitz der UNO in Genf. Dieses dient dazu, die direkte Zusammenarbeit mit den für die Behandlung von Kriegsfolgen zuständigen UNO-Organisationen und dem Internationalen Roten Kreuz herzustellen. So soll für die Jahrestagung des Internationalen Roten Kreuzes, die im Februar stattfindet, eine Delegation der PRR zugelassen werden. Noch im letzten Jahr war der PRR dies auf Betreiben der US-Regierung verweigert worden, die auch dieses Mal versucht hat, ihre Auffassung dem Generalsekretariat und der Schweizer Regierung "klar darzulegen". (SZ, 18./19.1.75)

Schweden hat vor allem unter dem Druck der starken Vietnam-Solidaritätsbewegung nun auch formell seine Beziehungen zum Thieu-Regime abgebrochen, nachdem die PRR bereits vor einigen Monaten ein Informationsbüro eröffnen konnte. (SZ, 18./19.1.75)
Die afrikanische Republik Gabun hat die PRR voll anerkannt. Daraufhin hat das Thieu-Regime seine diplomatischen Beziehungen zu Gabun abgebrochen. (SZ, 17.1.75)

Die PRR hat vor zwei Jahren das Pariser Vietnam-Abkommen gleichberechtigt mitunterzeichnet. Damit mußte die US-Regierung ihre Existenz akzeptieren. Das versuchen sie und ihre Verbündeten seither ungeschehen zu machen.
Die jüngsten diplomatischen Erfolge der PRR zeigen: Es setzt sich international immer klarer die Tatsache durch, daß die PRR die einzige legitime Regierung Südvietnams ist und daß das Thieu-Regime eine vom US-Imperialismus gekaufte Clique ist. Deshalb fordern wir auch von der Bundesregierung die Anerkennung der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams.

–M.L.–

US–Imperialisten bereiten Eingreifen vor

Die US-Regierung und das Thieu-Regime versuchen mit immer neuen offiziellen Noten an die internationalen Kontrollorgane für die Einhaltung des Pariser Vietnam-Abkommens gegen eine angebliche Aggression Nordvietnams Stimmung zu machen. Amerikanische Regierungsvertreter erklären, bei Fortsetzung der Kampfhandlungen könnten US-Soldaten wieder nach Vietnam zurückkehren.

Die bürgerliche Zeitung "Die Zeit" stellt dagegen fest, daß es die Thieu-Armee war, die "1974 monatelang damit beschäftigt war, das "Leopardenfell" auf der Landkarte zu ihren Gunsten zu verändern." Tatsächlich bereiten die US-Imperialisten ihr direktes Eingreifen zielstrebig vor. Die Spionage-Missionen der amerikanischen Luftwaffe über Nord- und Südvietnam werden bereits vom Pentagon nicht mehr dementiert. Nach der "Enterprise" sind nun auch die beiden Flugzeugträger "Midway" und "Oklahoma City" aus ihren Häfen in Japan ausgelaufen – mit "unbekanntem Ziel" in Richtung Indochina. Gleichzeitig wurden die amerikanischen Marinesoldaten auf Okinawa in ständige Alarmbereitschaft versetzt (Le Monde, 14.1.) und weitere Küsten-Landetruppen auf die Philippinen verlegt. Der US-Kriegsminister Schlesinger hat außerdem eine Erhöhung der Hilfsgelder an das Thieu-Regime von derzeit 700 Millionen Dollar auf 1 Milliarde Dollar für 1975 angekündigt.

Die wachsenden Kampferfolge des Volkes, das sich vor allem auf die Kraft seiner Einheit und Entschlossenheit und nicht auf bloße Waffentechnik stützen kann, können dadurch jedoch nicht verhindert werden. Nach der Eroberung Phuoc Binhs, der ein Aufstand der Stadtbevölkerung gegen die Herrschaft des Thieu-Regimes vorausging, wie die chinesische Nachrichtenagentur Hsinhua meldete, hat die Befreiungsfront (FNL) im Kampf gegen eine Anzahl weiterer Stützpunkte der Thieu-Marionettenarmee wichtige Erfolge errungen. Im Kampf um die Bezirkshauptstadt Tay Ninh konnte eine strategisch wichtige Bergstellung in unmittelbarer Nähe besetzt werden. Auch in Vororten Saigons sind bereits bewaffnete Kämpfe im Gang. (SZ, 18./19.1.1975)

"Rettung des Abkommens"

Für den 26. und 27. Januar, wenn das Vietnamabkommen von Paris sich zum zweiten Mal jährt, wird in den USA eine "Nationalversammlung zur Rettung des Vietnam-Abkommens" einberufen. Dazu aufgerufen haben 36 Geistliche der USA. Sie erklären, daß die amerikanische Regierung sich nicht an das Abkommen gehalten habe. Weiter heißt es in der Erklärung: "Nach wie vor gebe es amerikanische Berater paramilitärischer Organisationen in Südvietnam. Der südvietnamesische Staatshaushalt werde zu 80 Prozent von den USA gespeist. Die südvietnamesischen Streitkräfte würden weiterhin mit amerikanischem Kriegsmaterial versorgt, und die amerikanischen Militärstützpunkte seien nicht aufgelöst, sondern den südvietnamesischen Streitkräften übergeben worden. Washington unterstütze eine Diktatur, die ihre Gegner verhafte und foltere." (Frankfurter Rundschau, 23.12.1974)



Der NLF-Präsident Nauven Huu Tho auf einer Inspektionsreise durch die befreiten Gebiete Süd-Vietnams

Warum es keine gemeinsame Aktion der Solidaritätsorganisationen gibt

Zu den gescheiterten Verhandlungen über eine gemeinsame Aktion aller in der BRD arbeitenden Vietnam-Solidaritätsorganisationen hat der Koordinationsausschuß der Indochinakomitees in Bochum, Freiburg, Frankfurt, Göttingen, Hamburg, Heidelberg, Kiel, Mannheim, Wiesbaden, Wuppertal die folgende Erklärung abgegeben:

Am 10.1.1975 kam auf Initiative des Kölner Initiativkomitees für die Stärkung des vietnamesischen Film- und Fernsehwesens e. V. ein Treffen der Vietnam-Solidaritätsorganisationen zustande, bei dem die Initiative Internationale Vietnamsolidarität, die Hilfsaktion Vietnam e. V. das Kölner Initiativkomitee, die Indochina-Komitees vertreten durch ihren Aussschuß und das Komitee zur Wahrung der Rechte der vietnamesischen Studenten in der BRD vertreten waren. Zweck des Treffens sollte es sein, die Möglichkeit eines einheitlichen Vorgehens in Hinblick auf den 2. Jahrestag des Pariser Abkommens angesichts der Zuspitzung der Lage in Südvietnam zu klären. Der Ausschuß der Indochina-Komitees hat sich an diesem Treffen im Interesse der Herstellung eines solchen einheitlichen Vorgehens mit einem eigenen Aktionsvorschlag beteiligt.
Obwohl in bezug auf die jetzt entscheidenden Forderungen keine Differenzen auftauchten, kam die Verhandlung über eine einheitliche Aktion von vornherein nicht zustande. Die in der IIVS vertretenen Organisationen weigerten sich, gemeinsam mit den Indochina-Komitees öffentlich aufzutreten, da dies die Gefahr der Spaltung ihres Bündnisses beinhalte. Sie stellten an uns die Forderung, ihren Aufruf und ihre Aktivitäten zu unterstützen und darauf zu verzichten, als Mitinitiator aufzutreten, d. h. die Indochina-Komitees sollten ihre eigene politische Existenz aufgeben.
Wir bedauern es im Interesse der breitestmöglichen Unterstützung des vietnamesischen Volkes, daß auch in dieser Phase des zugespitzten Kampfes ein einheitliches Vorgehen der Vietnam-Solidaritätsorganisationen nicht zustandekam. Abgesehen davon meinen wir, daß eine Demonstration an einem Ort im derzeitigen Augenblick nicht im Interesse einer breiten Massenmobilisierung und Einbeziehung ist, daß das zu wenig ist, sondern daß Aktionen und Demonstrationen in vielen Städten der BRD möglich und notwendig sind.
Koordinationsausschuß der Indochina-Komitees in Bochum, Freiburg, Frankfurt, Göttingen, Hamburg, Heidelberg, Kiel, Mannheim, Wiesbaden, Wuppertal.

Veröffentlichung des Pariser Abkommens in Saigon verboten

Republik Vietnam
Das präsidentiale Amt
Das Informationsministerium
Nr. 176 PTUDV/PHBCNT/KSAL
Saigon, den 9.Juni 1973

Die Spezialabteilung des Informationsministeriums

An Herrn, . . .
Hiermit möchten wir Ihnen mitteilen, daß das Informationsministerium – trotz großzügiger Prüfung – Ihnen keine Genehmigung zum Druck des Werkes: **Das Pariser Abkommen zur Beendigung des Krieges und Wiederherstellung des Friedens in Vietnam,** erteilen kann.
Wir bitten Sie zur Zensurabteilung im Informationsministerium zu kommen, Phan dinh Phung Str. 170, zwecks Abholung Ihrer Vorlage.

Hochachtungsvoll
Chu ba Tuoc

Kambodscha
Die US-Statthalter sind umzingelt

Im Gefolge der großen Neujahrsoffensive der kambodschanischen Befreiungsarmee greift unter den amerikanischen Marionetten in Phnom Penh und ihren Helfern bei der internationalen Presse erneut die Angst vor dem drohenden Untergang um sich. Der für sein antikommunistisches Engagement bekannte ARD-Korrespondent Scharlau verstieg sich im "Weltspiegel" am 19.1. sogar zu der Behauptung, die "Selbstzerfleischung" und der Untergang ganz Kambodschas stünde bevor.

Damit meinte er wohl die ständig schrumpfenden, von Elend und Terror gekennzeichneten Gebiete, die noch von den Marionetten der US-Imperialisten kontrolliert werden. Oder meinte er gar, daß die US-Imperialisten ihre Bombenflüge über Kambodscha wieder aufnehmen werden, um das ganze kambodschanische Volk zu vernichten? Immerhin mußte sogar Scharlau zugeben, daß die Lon Nol-Marionette nur noch einige völlig voneinander abgeschnittene Städte in der Hand hat.
Durch die Eroberung von bisher 137 kleinen und größeren Stützpunkten rund um diese letzten großen Bastionen der US-Marionetten erkämpfte die Befreiungsarmee die Kontrolle sämtlicher Versorgungswege zu Land und zu Wasser. Sie kontrolliert jetzt insbesondere den Mekong – bisher Hauptversorgungsader von Südvietnam aus – an beiden Ufern über 70 Kilometer. Nur drei Stützpunkte sind hier noch in der Hand der US-Söldner. Während der ersten sechs Tage der Offensive konnten allein an diesem Frontabschnitt 14 Brigaden aufgerieben werden. Gegenwärtig konzentrieren sich die Angriffe auf den Stützpunkt Neak Luong, durch dessen Eroberung der Nachschub über den Mekong voll und ganz unterbrochen werden kann.
An der Front um Phnom Penh sind die Befreiungstruppen von zuvor 10 km bis auf zwei, drei Kilometer an das Stadtzentrum vorgerückt. Laut der Süddeutschen Zeitung vom 15.1. ist bereits die Hälfte der auf dem Ostufer des Mekong gelegenen Stadt besetzt. Die Truppen Lon Nols setzten "praktisch ihre gesamte Luftwaffe" rund um Phnom Penh ein.
Als letzte Nabelschnur, über die noch US-Waffen und andere Versorgungsgüter nach Phom Penh gepumpt werden können, bleibt die von US-Präsident Ford errichtete Luftbrücke von Thailand zum Flughafen Pochentong. Daß auch dieser nicht mehr sicher ist, zeigt der Abschuß eines Transportflugzeugs durch die Flugabwehr der Befreiungsarmee in der letzten Woche. (SZ, 17.1.)

Das kambodschanische Volk hat durch seine Neujahrsoffensive erneut bekräftigt, daß es zu keinerlei Kompromiß mit den USA-Imperialisten und dem von ihnen ausgehaltenen Marionettenregime bereit ist. "Wenn das kambodschanische Volk entschlossen und hartnäckig 90 Jahre lang gegen die französische Herrschaft gekämpft hat (1863–1953), dann sicher nicht, um sich schließlich doch (und für wieviele Jahrhunderte?) unter der Herrschaft der USA wiederzufinden, die tausend Mal schlimmer ist als der französische Kolonialismus." (Staatschef Sihanouk in einer Erklärung vom 6.12.1974)

–M.L.–

Lebenslauf eines Kettenhundes

Name und Vorname: Nguyen Van Thieu
geboren am 5.4.23, Ninh Thuan
–1948: studierte an der französischen Militärschule Dalat.
–1949: beteiligte sich an der Operation "Mien tay"
–1949: studierte an der französischen Militärschule Coequidan.
–1952: beteiligte sich an der Operation "Hung yen" (Operation des französischen Expeditionskorps gegen den Vietnamesischen Widerstand.)
–1954: beteiligte sich an der Operation "Atlante" (Operation des französischen Expeditionskorps gegen den Vietnamesischen Widerstand.)
Nach dem Genfer Abkommen
–1957: studierte an der Militärschule in Fort Learenworth (USA).
–1959: studierte an der US-Militärschule in Okinawa (Japan).
–1960: beteiligte sich an dem Lehrgang "Über moderne Waffen" in Fort Bliss (USA).
Generalstabschef, Verteidigungsminister, und dann Präsident der Republik Vietnam.

Viva Zapata!

Gegenkritiken

Ganz entgegengesetzte Kritiken zu dem Film VIVA Zapapta, der kürzlich im Fernsehen gesendet wurde, kamen bei der Redaktion an. In der ersten Nummer dieses Jahres druckten wir eine Korrespondenz ab, in der die These vertreten wurde, daß dies ein revolutionärer Film sei. In der letzten Nummer druckten wir daraufhin eine Entgegnung ab, die jetzt wieder heftig kritisiert wurde. Dazu hier Auszüge und im Kasten rechts eine Zuschrift zur Person des Regisseurs. Wir werden in der nächsten Ausgabe noch einmal auf diese Auseinandersetzung: "Ist Viva Zapata ein revolutionärer Film?" eingehen.

*

Richtig ist, daß der Film "Viva Zapata" nicht den Rahmen des bäuerlichen Kampfes überschritten hat, daß er nur eine bestimmte Etappe im Kampf des mexikanischen Volkes beschreibt und nicht den Weg zu ihrem Sieg aufzeigt.

Falsch aber ist, diesen Film einen konservativen zu nennen. Er ist nicht in dem Sinn revolutionär, daß er die Notwendigkeit der Führung des Proletariats entwickelte, aber er zeigt eindringlich, daß das Volk gegen seine Unterdrückung kämpfen muß. Der Schluß des Filmes will sagen: Zapata ist tot, aber seine Ideen leben weiter; wir haben eine Niederlage erlitten, aber wir werden weiterkämpfen und es werden neue Führer in diesem Kampf entstehen. Das wichtigste, was Zapata seinen Gefolgsleuten in diesem Film vermittelt, ist, daß sie sich nicht auf ihn allein verlassen dürfen, da er eines Tages nicht mehr da sein werde, daß sie auch ohne ihn kämpfen müssen. Die Perspektive ist: Kampf, und in diesem Kampf wird das Volk weitere Erfahrungen sammeln, die es braucht, um seine Ziele durchzusetzen. Der Film selbst zeigt ja in sehr ermutigender Weise, wie das Volk in seiner täglichen Praxis Erfahrungen mit der herrschenden Klasse macht und wie es diese Erfahrungen in Taten gegen die herrschende Klasse umsetzt: so hofft es zunächst auf Bittgänge und -schreiben an den Präsidenten und lernt aus ihrer Erfolglosigkeit, daß es sich seine Rechte mit Gewalt nehmen muß. Verlängert auf den Schluß des Films heißt das, daß das Volk weiterhin Erfahrungen machen wird. Insofern weist der Film über sich hinaus, bleibt nicht in einem Kreislauf von Rebellion und Niederlage befangen.

Die Kritik von G.S. ist außerdem unhistorisch. Sie macht dem Regisseur zum Vorwurf, sich nicht an das Beispiel China gehalten zu haben. Dies verkennt, daß es 1951 in der westlichen Welt noch kaum Informationen über die chinesische Revolution gab – wenn, wurde sie entweder verteufelt oder bewußt falsch dargestellt. Jedenfalls waren sie wohl nicht geeignet, einem relativ fortschrittlichen Menschen wie Kazan, der vom Marxismus/Leninismus keine Ahnung hat, den richtigen Gang der Revolution vor Augen zu führen, so daß er ihn in seinem Film hätte darstellen können. Der Film ist der weitestmögliche Schritt, den ein fortschrittlicher bürgerlicher Regisseur zu dieser Zeit tun konnte (noch dazu im Rahmen der Hollywood-Produktion). (. . .)

–U.S., Heidelberg–

*

Ich meine, daß man die Gegenkritik an der Filmbesprechung von "Viva Zapata" nicht akzeptieren kann. In einer schulmeisterlichen Auffassung vom Marxismus-Leninismus verdreht der Genosse G. S. einige Dinge, die man geradebiegen muß. Ist ein Umsturz einer alten Ordnung zugunsten einer neuen konservativ? Ist ein Film, der die Motive dieses Umsturzes sowie seine Formen im wesentlichen richtig darstellt und sich dabei eindeutig auf die Seite der Massen stellt – ist ein solcher Film konservativ? Natürlich ist er das nicht.

Der Genosse G.S. sagt, der Film sei konservativ, weil er die Verhältnisse als unveränderlich darstelle, Helden glorifiziere, weil "er im Zeitalter der proletarischen Weltrevolution die Tragik der erfolglosen Bauernrevolten" verherrliche. Er sagt mit abwertendem Unterton: "Die Bauern wollen ihren Grund und Boden erhalten und wollen ihn selbst bewirtschaften. Sie sind gegen die Grundbesitzer, aber nicht für den Sozialismus." Man muß sich einmal vorstellen, was diese Forderungen der Bauern im damaligen Mexiko bedeuteten: Die Forderung nach Bebauung des eigenen Landes zu eigenem Nutzen (und nicht das des Grundbesitzers und zu dessen Nutzen) bedeutete den Sturz der Klasse der Grundbesitzer. Und da kommt G.S. daher und mäkelt: Ja, die Bauern waren aber nicht für den Sozialismus und für die Vergesellschaftung der landwirtschaftlichen Produktion. Natürlich ist, wie gerade auch das Beispiel der Volksrepublik China zeigt, der Kampf der Bauern nur unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Kommunistischen Partei **siegreich**. Doch diese Führung war damals nicht da. Und trotzdem waren die Bauern und die Heere Pancho Villas und Emiliano Zapatas revolutionär, denn sie stürzten die alte Ordnung und verhalfen dem Lauf der Geschichte in Form der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft zum Durchbruch. (. . .)

G.S. macht den Herstellern und Schauspielern dieses Films den Vorwurf, sie wüßten nichts vom Verlauf der proletarischen Weltrevolution, sie hätten sich nicht am Beispiel der Volksrepublik China orientiert, sie würden nicht sehen, daß die Arbeiterklasse die Führung haben müsse und daß der Sozialismus das Ziel sei u. a. m.. Kurz: G.S. wirft ihnen vor, daß sie keine Kommunisten seien. Und weil der Film nicht kommunistisch ist, ist er "jedenfalls nicht revolutionär". So einfach ist das.

Tatsächlich ist es so: Der Film stellt eine Revolution dar, nämlich die bürgerlich-demokratische im Bereich der Landwirtschaft. Er stellt sie dar vom Standpunkt der Revolutionäre, d. h. der Unterdrückten und Ausgebeuteten. Dabei ist vollkommen klar, daß die Filmemacher Bürgerliche sind, denn sie bleiben bei der Lösung des Privateigentums, hier des Kleineigentums an Grund und Boden, stehen. Es wäre auch ganz falsch, von ihnen die korrekte Darstellung der national-demokratischen Revolution bis hin zum Sozialismus zu verlangen. Das ist **allein** die Aufgabe der Kommunisten. Der Film erweckt beim Betrachter nicht das Gefühl der Hilflosigkeit und Resignation. Er erweckt vielmehr das Gefühl der Empörung über Ausbeutung und Unterdrückung und daß es gerecht ist, dagegen notfalls auch mit der Waffe aufzustehen und daß es möglich ist, die alten Herren zu stürzen. Der Film veranlaßt den Betrachter, sich auf die Seite des gerechten bewaffneten Kampfes und der Revolution zu stellen. Deshalb ist er revolutionär. Er vermittelt allerdings nicht die Gewißheit, daß der Kampf bis zum Ende siegreich geführt werden kann. Diese Vermittlung ist Aufgabe der Kommunisten, die ihre Auffassung von der Entwicklung der proletarischen Weltrevolution gerade am Mangel dieses Films gut klarmachen können. Denn dieser Film hat den Mangel, daß er bürgerlich-revolutionär und nicht proletarisch-revolutionär ist.

–K.P., Frankfurt–



(. . .) Was besonders ärgerlich ist an der Kritik von G.S. ist, daß er im Grunde nicht den Film kritisiert –, den hat er ja auch vor langer Zeit gesehen –, sondern die mexikanische Revolution, den Kampf der Massen gegen die Landvertreibung und gegen die koloniale Unterdrückung.

G.S. ist darin ein Schematiker, bei dem die Revolution getreu der Revolutionsfibel ablaufen muß oder gar nicht revolutionär ist. Wenn die Bauern gegen die Großgrundbesitzer aufstehen und gegen die koloniale Unterdrückung (die G.S. geflissentlich verschweigt), dabei aber nicht die Perspektive des Sozialismus gleich messerscharf im Auge haben (was, wie G.S. scharfsinnig bemerkt, sie ja aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung auch gar nicht können), dann ist ihr Kampf nicht revolutionär. Wenn nicht die Arbeiterklasse ihnen die Führung gibt, damit sie die Produktion gesellschaftlich und planmäßig betreiben, dann muß der Kampf der Bauern scheitern und immer wieder scheitern. Richtig: Der Film zeigt wie die Bauern kämpfen, scheitern, wieder kämpfen, wieder scheitern und er zeigt nicht den endgültigen Sieg. Das wäre auch Geschichtsfälschung. Aber er verherrlicht keineswegs das Scheitern, sondern, wenn der Film etwas verherrlicht, dann ist es die Kraft des Volkes, das sich im Vertrauen auf die eigene Kraft gegen einen scheinbar weit überlegenen Gegner zusammenschließt und ihn besiegen kann. Genau das zeigt der Film, das ist seine zentrale Aufgabe, und genau so ist es auch in der Wirklichkeit: Kämpfen, scheitern, kämpfen, scheitern bis zum endgültigen Sieg – das ist die Logik des Kampfes des Volkes, wie Mao Tse-tung richtig die Erfahrung der Geschichte zusammenfaßt. Und genau solche auf die revoltierenden Bauern verächtlich herabblickende Kommunisten, für die es keinen revolutionären Kampf gibt, wenn er nicht direkt der der Arbeiter ist und unter Führung der Kommunistischen Partei, hat Mao Tse-tung scharf kritisiert. (. . .)

G.S. kommt mit seiner Kritik automatisch da hin, wo er gar nicht hinwill: er lamentiert darüber, daß die Bauernrevolten nicht die Revolution der Arbeiter sind und er verläßt den Standpunkt des Volkes. Er kritisiert den Zapata-Film als konservativ, d. h. den Zielen der Arbeiterklasse feindlichen, weil er den Aufstand der Bauern in Mexiko schildert, d. h. er kritisiert den bewaffneten Aufstand der Bauern gegen Ausbeutung und koloniale Unterdrückung als konservativ. Und das im Zeitalter der proletarischen Revolution, wo der Kampf der unterdrückten Völker zu dem mächtigsten Bundesgenossen der Arbeiterklasse im Kampf für die soziale Befreiung wird und wo – allerdings erst seit der Oktoberrevolution – immer klarer das Proletariat die Führung gewinnt.

Einen solchen Artikel veröffentlich zu haben, ist nicht einmal mit Nichtkenntnis des Film zu rechtfertigen. Es ist ein politischer Fehler, für den die Redaktion geradestehen muß.

–uk, Offenbach–

Es ist mir unverständlich, daß die KVZ eine Filmkritik über einen Film von Elia Kazan abdruckt, ohne auch nur mit einem Satz zu erwähnen, daß derselbe Kazan einige Jahre nach seiner Einwanderung in die USA aus der Kommunistischen Partei austrat und vor dem McCarthy-Ausschuß zahllose seiner ehemaligen Genossen denunzierte und verriet.

Andere Filme von Kazan, die das Deutsche Fernsehen ebenfalls Weihnachten 1974 sandte, wie z. B. "Ein Baum blüht in Brooklyn" sehen dann auch entsprechend weniger revolutionär aus: Kazan zeigt wohl Armut, Elend und Not, aber dem Ordentlichen, der immer fleißig, wahrheitsliebend und sparsam ist, gelingt es am Ende, sich am eigenen Schopf aus der Scheiße zu ziehen (d. h. in die bürgerliche Klasse aufzusteigen). Der Böse (da Trinker) stirbt im rechten Augenblick; die Witwe heiratet einen anständigen sauberen Polizisten, der immer schon ein Herz für die Armen und Unterdrückten hatte; aus den Kindern werden rechtschaffene ehrliche Bürger . . . Ich finde es jedenfalls falsch, einen späteren Verfolger und Verräter der Kommunisten als "fortschrittlichen Kulturschaffenden" und Opfer der Kommunistenhatz in den USA zu bezeichnen.

–od, GUV-Kiel–

Warum ein Schauspieler durchdrehte

"Er identifizierte sich zu stark mit seiner Rolle!"

Diese und ähnliche Schlagzeilen wandern durch den bürgerlichen Blätterwald.

Der Schauspieler W. Sembder hatte bei der Aufführung des Stückes "Die neuen Leiden des jungen W." sich nicht mehr an seinen Text halten können und redete wirres Zeug. Auch die Souffleure konnten nichts mehr retten. Das Stück mußte noch vor der Pause abgebrochen werden. Der Intendant kam dann auf die Bühne und erklärte den überraschten Zuschauern, so etwas komme selten in der Theatergeschichte vor, daß ein Schauspieler sich so stark mit seiner Rolle identifiziere.

Aber daß Sembder durchgedreht ist, liegt das wirklich an "Identifizierung". So möchten es gerne die Verantwortlichen darstellen, um nicht den Leuten erzählen zu müssen, was wirklich die Ursache war. Was steckt hinter der Identifizierung?

Kollegen aus dem Stadttheater sagten das ganz simpel, ohne Fremdworte: Überarbeitung.

Sembder hatte im Weihnachtsmärchen mitgespielt, bis 3 Vorstellungen am Tag. Nebenher mußte er noch eine Rolle besetzen. Seinen Urlaub konnte er nicht antreten, weil er Rollen lernen mußte. Durch diese Arbeitszeit wurde er immer nervöser, er mußte sich immer mehr Stichworte geben lassen. Diese Überarbeitung führte dazu, daß er auch hinter der Bühne durchdrehte. Er redete in überschwenglichen Tönen. Lobte den Intendanten als besten der ganzen BRD. Diese Tatsachen waren vor dem besagten Auftritt bekannt. Trotzdem mußte er spielen. Den Verantwortlichen ging es nur um die Einnahmen.

Das sind die Hintergründe der "Identifizierung".

Die Schauspieler werden heute eingesetzt, um gut zu spielen, so daß sie dicke Einnahmen garantieren! Was sie sagen und spielen, hat sie nichts anzugehen. Das wird von anderen bestimmt. Sie haben also überhaupt keinen direkten Bezug zu dem, was sie sagen und spielen. Man versucht, sie aus der Masse der Menschen herauszuheben und will ihnen weismachen, daß sie etwas besonderes seien. Dies zeigt sich tatsächlich an dem "seltsamen" Benehmen von Künstlern. Ein Paradebeispiel ist der Maler Dali, der nur noch Blödsinn macht und dabei noch teuer verkauft wird.

Wenn solche Menschen nicht von der Masse isoliert wären, würden sie sich schon überlegen, ob sie den Blödsinn machen oder nicht, denn dann würde ihnen klar, daß so etwas der großen Masse von Menschen, die sich tagtäglich um Arbeit und Brot kümmern müssen, absolut nichts bringen wird. Diese Situation, als etwas "besonderes" dazustehen, aber nicht zu wissen wofür, immer nur "gut" spielen zu müssen, diese Situation führt tatsächlich dazu, daß solche Menschen nicht mehr klar kommen und sich so verhalten wie Sembder. Wenn die Schauspieler aber im Interesse des Volkes eingesetzt werden, gibt es für sie keine Arbeitshetze, und weiter sind sie keine Besonderen, sondern nehmen am gesellschaftlichen Leben wie jeder andere teil. Und ihre Rollen sind nicht gespielt, sondern sie stellen das normale Leben der Volksmassen dar, und dies ist tausendmal wertvoller als Stücke zu spielen, in denen das Leben der Ausbeuter und Parasiten dargestellt wird.

–rs, Hildesheim–

Zum Artikel des Bühnenarbeiters T.

Lieber Kollege T. aus Hildesheim, ich finde es sehr gut, daß ihr angefangen habt, etwas gegen die miesen Arbeitsbedingungen bei euch zu unternehmen. Aber du schreibst auch, daß ihr Haustarif habt und das hälst du für einen Vorteil. Das ist aber falsch. Wenn nicht für alle Arbeiter einer Branche gleiche Bedingungen bestehen, nutzt der Arbeitgeber das aus: er könnte euch z. B. drohen, daß die Zahl der Eigenproduktion gesenkt wird und mehr Gastspiele von Tourneetheatern, wo die Leute vielleicht 50 Stunden machen, in eurem Theater stattfinden.

Gerade im öffentlichen Dienst gibt es große Unterschiede in der Kampfkraft: Hafenarbeiter, Seeleute, Müllwerker, aber auch Beamte und Schwestern. Die Kollegen, die schon weiter sind, müssen die anderen mit nach vorne ziehen. Wenn sie für sich Sonderrechte durchsetzen wollen, kann ihnen das bei guter Konjunktur vielleicht gelingen. Aber wenn's mal nicht mehr so gut geht, wie im Augenblick, dann werden sie um so gründlicher eingemacht, dann stehn sie nämlich allein!

–A.G., Delmenhorst–

„Wir wollen doch nur Ihr Bestes"

Auf einer Betriebsversammlung begründete der Personalleiter die Maßnahmen der Geschäftsleitung mit den Worten: "Aber, meine Herren, wir wollen doch nur Ihr Bestes!" Da meldet sich ein Kollege zu Wort und sagt: "Gerade das wollen wir Ihnen nicht geben!"